#65 Juni - August 26

autonomes Blättchen

in

Europa

ist al

le s i n

Or dn un g

autonomes Blättchen

Impressum:

Nr. 65 Jun-Sept 26

Kontakt:
Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer echten email-Adresse auf:
autonomesblaettchen.noblogs.org
oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage
Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:
1. September, 1. Dezember, 1. März, 1. Juni

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage(s):
autonomesblaettchen.noblogs.org
~~autonomesblaettchen.blackblogs.org~~ (offline)
Alle Ausgaben dort auch online.
ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den Tor-Browser) erreichbar.

https://de.indymedia.org
http://dvqlamnbbzli62qfyt5faspxunueqdxc4csrslhcp2z3haiflnrn6dqd.onion/
http://z3wodkq7fhc5jjscptwjf2pojnnaylo6e6ecba52icefvg5jbbyikeid.onion/
http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion/

solidarischer zusatzlink:
http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuq6h2veztdhicvoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/

barrikade.info
kontrapolis.info
http://kontrpolioglnxrcdwwxfszih4pifyidfj g4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/
knack.news
http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfi
ctgz42vjvad.onion/tumulte.org

Für sensible Veröff entlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angbe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurück-zusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft fi nden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprach-praxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin defi nieren oder sich in beidem wiederfi nden. Wir fi nden das richtig und verwenden diese Schreib-weise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einer-seits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Viscom angegriffen 04
Aufrüstung stinkt 04
Zur Zimmerwaldkonferenz 2.0 05
Rüstungsmesse stink 08
Angesichts der Kriege zwischen Staaten: Verweigerung und Sabotage 08
Kampf den Kriegstreibern - Für unsere Zukunft 09
Gästehaus Keglerheim angegriffen 10
Die Sponti-Kultur 11
Feine Risse oder nur den Kompass verlegt? 13
Ein Leuchtfeuer! Den Herrschenden den Saft abdrehen! Über den Blackout vom 3.1.2026 15
Einige Neuigkeiten von La Gare 23
Bahnhof „La Gare" geräumt 26
Die Banalität des Beamtentums - über die Razzia im Kalabalik und die Repressionswelle in Berlin 26
An die Hoffnungslosen / An die Hoffnungsvollen 29
Leseerlebnis: Planet der Habenichtse 31
Captain Future - Am Tag als der Regen kam 34
Stärker als der Tod - zum Tod von Sandra und Sandro 35
An Sara 35
Basel 18 - Ein Update 37
Warum ich mich dafür entschieden habe meine Haftstrafe nicht anzutreten - Nero 38
Digital Self Defense - was wir aus einem Prozess für unsere Kommunikation mit Signal lernen können 39
Das techno-industrielle Monster blenden - über den Kampf gegen ICE in den USA 40
USA - Der Lärm und die Wut einer zerfallenden Ordnun 43
Iran zwischen Unterdrückung, Kooption und Krieg 47
Canada: Wir gaben uns an diesem Tag unser tägliches Brot 56
Eine Kritik der Roten Hilfe 56
Im Morgengrauen 57
Alle Tage 59

Na, wie gehts dir? Kannst du manchmal auch die immer und immer wiedergekäuten Parolen nicht mehr hören? Die verbalradikalen Floskeln, die hohl klingen, weil sie nur sich selbst genügen sollen? Manchmal sind wir müde von dem allgemeinen Mangel an politischer Bewegung und von der daraus resultierenden Kleingeistigkeit, die zur Tarnung große Worte, wie Marschmusik, in den politischen Raum trompetet. Aufschneiderei ersetzt kein revolutionäres Denken und Handeln. Aber sie ist wieder groß in Mode gekommen. Dabei ist sie blind vor dem Elend der Kriege, dem Leid durch Klimakatastrophe und Artensterben, der Entwürdigung durch Armut... Wir trauen den Großkotzigen nicht, den Klugscheißern und ewigen Besserwisser_innen. Wir singen ein Lob auf die stetige Suche nach Antworten! Wir jubeln den ernsthaften Diskussionen zu, dem Streit um Erkenntnis! Wir trällern ein Lied auf den Zweifel und freuen uns über den Mut derer, die fragend voranschreiten wollen.

Manchmal sind wir müde - aber das ist nicht so schlimm. Man rappelt sich ja wieder auf; suchend, wütend, denkend. Das Autonome Blättchen braucht die Diskussionen, Berichte und zweifelnden Texte; die Lust an der Auseinandersetzung. Ein Blättchen, dass nur aus Statements und Verlautbarungen besteht, interessiert uns nicht. Wir sind niemandes Parteiorgan. Schreibt Texte fürs Blättchen, damit sie diskutiert werden, nicht, damit euch eure Follower lieben. Das wäre schön.

Aufgewacht!

Ist die AfD in Sachsen-Anhalt noch immer unversehrt? Bleibt sie es? Wie geht eine autonome Linke mit der möglichen Machtübertragung um? Die Linkspartei erklärt schon mal, dass sie mit der CDU koalieren würde, um die AfD-Regierung zu verhindern. Wir denken, das ist erbärmlich. Wählt ihr sie trotzdem? Oder deswegen? Der Machtkampf zwischen den Bürgerlich-Autoritären und den Faschistisch-Autoritären geht in eine neue Runde. Am Ende könnten sie verschmelzen. Spahn oder Dobrindt würde es ins Konzept passen.

Die EU hat beschlossen Lager für Unerwünschte an den europäischen Außengrenzen und in kollaborierenden Staaten bauen zu lassen. Ein Kipppunkt der äußeren und inneren Repression, möglich gemacht durch die Kooperation bürgerlicher und faschistischer Kräfte Europas. So wird ein europäisches Lagersystem außerhalb Europas etabliert.

Ein revolutionärer Antifaschismus wird sich in nächster Zeit beweisen müssen – oder er wird für lange Zeit nicht mehr existieren. Aber wie, weit abseits revolutionärer Umwälzungen, einen neuen, radikalen, einen revolutionären Antifaschismus in die Welt setzen? Die Parolen von vor 100 Jahren taugen uns nichts. Wir suchen und kämpfen - um Antworten und um eine Praxis, die den Verhältnissen gerecht wird, nicht der Moral.

Der Kampf für andere Verhältnisse bringt viele Mitstreiter_innen in den Knast. Während Thomas/Nanuk endlich aus der U-Haft entlassen wurde und auch Lina den Knast verlassen konnte, wurden in Griechenland Marianna zu 19 Jahren und Dimitra zu 8 Jahren Knast verurteilt. Die anderen Angeklagten in dem Prozess, der auf eine Bombenexplosion und den Tod von Kiriakos folgte, wurden freigesprochen. Wie sind in Gedanken bei euch und wünschen euch viel Kraft für die kommenden Kämpfe. Das gilt auch für Daniela Klette, die zu 13 Jahren Knast verurteilt wurde.

Der Text zum Prozess gegen Daniela Klette hatte es leider nicht in die letzte Ausgabe geschafft. Jetzt ist er im Internet veröffentlicht worden. Hier findest du ihn: https://freiheit-fuer-daniela.de/warum-solidaritaet-sarbeit-fuer-daniela-klette/ Außerdem gibt es dort die abschließende Prozesserklärung von Daniela Klette. Nicht nur die autobiographischen Anteile, sondern auch die Reflektionen über mehrere Jahrzehnte militanter Politik, sowie die eigene Rolle und Verantwortung darin, machen das Ganze lesenswert. Ob der Länge des Textes konnten wir den Text hier nicht abdrucken, eine gekürzte Version wäre ein grober Verlust.

In dieser Ausgabe erwarten Euch lange und kurze Texte, Trauriges und Hoffnungsvolles, genaue Analyse und grobe Pinselstriche, Action und Nachdenkliches.

Der Widerstand gegen die Militarisierung der deutschen Gesellschaft nimmt zu. Zumindest scheint es uns so, denn wir vernehmen da so einen strengen Geruch in der Luft.... Es haben uns einige Aktionserklärungen erreicht, die das erklären. Wir wissen, auch in anderen Staaten wehren sich Menschen gegen die größte Aufrüstung seit dem 2.Weltkrieg. Sie wehr(t)en sich auch gegen die atomare Bedrohung, die ebenfalls militärisch ist, in Bure/La Gare. Dem „Bahnhof" senden wir ein wehmütiges Auf Wiedersehen! Welchen Abschied den Bullen dort bereitet wurde, könnt ihr hier nachlesen. Macht das Hoffnung oder nicht? Braucht man das oder kann das weg? Wer weiß...vielleicht der Text des Kollektiv für den Anarchaqueerfeminismus Berlin, der sich dieser Perspektive ausführlich widmet.

Auch internationale Perspektiven verlangen nach Einsicht und Diskussion: Zwei genaue und ausführliche Analysen zur Situation im Iran und zu taktischen Perspektiven in den USA legen wir Euch ans Herz. Sie ermöglichen einen deutlich genaueren Blick als das Elend des simplen Gute gegen Böse, das praktisch nahezu niemals hilft. Wie man sich in Supermärkten der Zukunft benimmt, schreiben Leute aus Kanada. In Trauer dokumentieren wir zwei Nachrufe auf verstorbene italienische Genossen*innen.

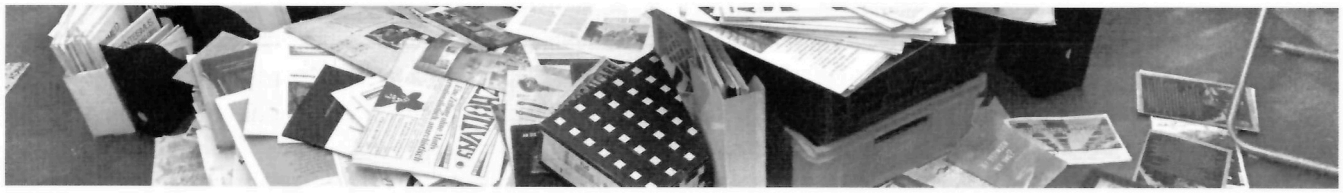
Wir haben auch mal wieder Post aus der Zukunft erhalten, genauer gesagt: einen Bericht über das Wetter und Wetterberichte im Jahr 2034. Von einem Mond meldet sich ein*e Lesende*r zu Wort, denn auf diesem nichtexistenten „Planet der Habenichtse" gäbe es angeblich eine anarchistische Gesellschaft.

Die „Vulkangruppe: Den Herrschenden den Saft abdrehen" kritisiert unser letztes Vorwort. Wir drucken das selbstverständlich ab, außerdem die dritte Erklärung zum Blackout in Berlin Anfang Januar. Auch bei uns tobte die

Debatte (siehe letztes Editorial des Autonomes Blättchens). Auch unsere Gedanken und Gespräche dazu sind weder abgedichtet, noch final, daher begrüßen wir die Zuschrift und die Kritik. Kleingeistigkeit stellt sich vor allem in den eigenen Echokammern ein und auch wenn es manchmal weh tut, wenn die eigene Perspektive kritisiert wird, ist die Gegenseitigkeit zumindest ein Zeichen von Lebendigkeit, die dem schrumpfenden Horizont entgegenwirkt. In diesem Sinne bedanken wir uns für die Kritik! Eine Antwort müssen wir in dieser Ausgabe trotzdem schuldig bleiben.

Als Ort für eine lebendige Auseinandersetzung wünschen wir uns das Blättchen. Denn das gestaltet vor allem Ihr, in dem Ihr uns Eure Texte schickt und nicht eine Redaktion die eine politische Linie aus sich selbst erzeugt, um sie dann den eh schon Gleichgesinnten vorzulegen.

Von daher fragen Euch Genossen*innen: Machen Spontis eigentlich Sinn? Ist Signal tot? Was ist das techno-industrielle Monster und will es uns alle fressen? Fragen? Fragen! Fragen? Antworten! Antworten? Antworten! mehr? mehr! mehr? Her damit!



Rüstungsunternehmen Viscom angegriffen

Bei der diesjährigen Hannover Messe gibt es eine „Defense Production Area", in der sich neben klassischen Rüstungsunternehmen auch Zulieferer präsentieren. Dort ist Viscom vertreten wegen seinen „Inspektionslösungen für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie". In ihrem Vortrag erzählen sie, wie ihre KI-gestützen Inspektionssysteme „vollständige Transparenz schaffen – von der Rohstoffbeschaffung über die Montage bis hin zur Logistik und Auslieferung."

Das Unternehmen aus Hannover-Badenstedt betreibt Tochtergesellschaften in allen möglichen Ländern und Kontinenten und ist eigentlich mit Röntgen-Geräten groß geworden. Mittlerweile mischen sie aber auch im Aufrüstungsbereich mit und sind damit ein Angriffsziel geworden. Die Aussicht auf staatlich gestützte Gewinne in schier endlosem Ausmaß und gesteigerte gesellschaftliche Akzeptanz bringt alle möglichen Unternehmen dazu, auf den Zug der Militarisierung aufzuspringen. Aber egal ob ihr nationale Aufrüstung wollt oder Geld um jeden Preis: Irgendwann gibt es die Quittung! Wir sind nicht bereit eure Zukunftsvision von der Hightech Militarisierung einfach so zu akzeptieren. Darum haben wir uns letzte Nacht dazu entschieden, bei den Profiteuren von Krieg und Ausbeutung, hier in Form von Viscom, die Scheiben einzuschlagen und für das Personal eine Denkanregung zu hinterlassen. KRIEG BEGINNT HIER steht jetzt an eurer Fassade. Denkt mal drüber nach.

Kein Militär! Kein Staat! Kein Rüstungsapparat!

Aufrüstung stinkt - SPD und CDU mit Buttersäure angegriffen

In der Nacht vom 2. auf den 3. März haben wir die SPD und CDU in Hannover angegriffen, da sie für die aktuelle Ausrüstung verantwortlich sind. Beide Orte haben wir mit Buttersäure besucht, bei der CDU außerdem einen Schriftzug "Nein zur Wehrpflicht" hinterlassen". Bei der CDU Landesgeschäftsstelle in der Loebensteinstraße waren schon vorher die Scheiben kaputt, scheinbar sind die unbeliebt in Hannover? Die SPD Geschäftsstelle in der Odeonstraße sah noch unbeschadet aus, dabei ist sie auch das Wahlkreisbüro vom Verteidigungsminister Boris Pistorius.

Ursprünglich wollten wir im Losverfahren entscheiden, wenn es treffen soll, da wir jedoch um eine faire Ausgestaltung unserer Aktionen bemüht sind, haben wir uns für beide Ziele entschieden. Unter dem Schlagwort "Zeitenwende" erleben wir eine massive Militarisierung der Gesellschaft. Aktuell werden Fragebögen zur Musterung verschickt – zukünftig scheint auch eine Wehrpflicht nicht mehr weit entfernt. Angesichts immer knapper werdender Ressourcen – vor allem bedingt duch den Klimawandel – ist das eine logische Entwicklung in einem System, das auf der Konkurrenz von Nationalstaaten und internationalen Bündnissen aufgebaut ist. Die Konkurrenz um Rohstoffe ist jedoch nicht das beliebteste Narrativ, wenn es darum geht in der Bevölkerung Zustimmung für astronomische Sondervermögen, eine mögliche neue Wehrpflicht oder immer weitreichendere Befugnisse der Bundeswehr zu generieren. 2010 musste Horst Köhler zurücktreten weil er offen gesagt hat, dass für Deutschland mit seiner Außenhandelsabhängigkeit im Zweifel militärische Einsätze notwendig seien um deutsche Interessen, wie zum Beispiel freie Handelswege, zu wahren. Auch wenn sich diese Argumentation in öffentlichen Debatten sonst selten findet, wird sie im "Weißbuch der Bundeswehr" seit 2016 unverhohlen vertreten.

Waren es in den Nullerjahren noch Frauenrechte, die am Hindukusch verteidigt werden mussten [Spoiler: hat nicht funktioniert], sind derartige ideologische Verrenkungen nicht mehr nötig, seit "der Russe" vor der Tür steht. Hier wird "unsere westliche Demokratie" hoch gehalten, die wir vor autokratischen und imperial handelnden Herrschenden schützen müssten. Das ist nicht nur in Anbetracht des autoritären Umbaus unserer Gesellschaft zynisch, sondern auch wenn man die Tatsache betrachtet, dass ein Großteil unserer gesellschaftlichen Strukturen überhaupt nicht demokratisch organisiert sind, sondern kapitalistischen Profitlogiken unterliegen. Die dadurch entstehende Ungleichheit führt dazu, dass einige wenige extrem viel Einfluss auf die Gestaltung der Gesellschaft haben und andere so gut wie gar keinen.

Wenn man die Bühne der internationalen Politik betrachtet, scheint es jedoch nicht nur um eine technokratische Sicherung von Rohstoffen zu gehen, sondern auch um die Reinszenierung eines wahnhaften männlichen Alleinherrschaftsanspruchs, der an Zeiten des Hochimperialismus, Faschismus oder Feudalismus erinnert. Und ja, bei aller Kritik der bürgerlichen Demokratie vergessen wir nicht, dass Diktaturen die deutlich schlechtere Alternative sind. Unsere Verteidigung dagegen ist jedoch nicht das Festhalten am Bestehenden, sondern der Kampf für eine Gesellschaft in der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Solidarität tatsächlich verwirklicht werden.

Damit das gute Leben für Alle weiter eine Option bleibt, wenden wir uns entschieden gegen die Logik von Militarismus und naturzerstörender Technologien. Und wir wenden uns gegen die Fantasien des Verteidigungsministers von deutscher Dominanz und Überlegenheit. Boris Pistorius kündigt eine Waffenmesse in Hannover mit folgenden Worten an: „Deutschland braucht solche Plattformen wie DSEI Germany (Defence Security Equipment International), um seine wehrtechnische Leistungsfähigkeit, Technologieführerschaft und Innovationsstärke auf internationalem Parkett zu demonstrieren." Wer nicht der Meinung ist, dass Deutschland "Technologieführer" im militärischen Bereich sein sollte, kann sich schonmal den 09.-12. März 2027 rot im Kalender markieren, um gegen die Waffenmesse auf die Straße zu gehen oder sie zu stören.

Damit wollen wir selbstverständlich nicht sagen, dass uns andere Länder als "Technologieführer" lieber wären, sondern dass Militärtechnologie, Imperialismus und Nationalstaaten auf den Müllhaufen der Geschichte gehören. Um beim globalen Spiel um Einflussnahme mithalten zu können, haben sich die alten Entscheidungsträger*innen überlegt, dass jetzt also die Jugend ins Militär gedrängt werden soll. Schließlich haben sie bei ökologischen Fragen schon bewiesen, wie man vorausschauend handelt und "unser Land" und die Zukunft der jungen Generation schützt!

Militarisierung bedeutet immer ein Denken und Handeln in nationalen Grenzen und internationalen Kriegs Bündnissen. Bedeutet ein massenhaftes Sterben wobei Klasse und Rassismus häufig entscheiden, wer zuerst an der Front sterben soll und wer Schreibtischtäter*in sein darf. Bedeutet eine Zuspitzung von Patriarchat und sexualisierter Gewalt. Und bedeutet zunehmend ein automatisiertes Töten z.B. durch Drohnen mit Verantwortungsverschleierung, damit niemand ein schlechtes Gewissen haben brauch, selbst abgedrückt zu haben.

Als Antimilitarist*innen wollen wir nicht zwischen schlechten Alternativen wählen, sondern die zugrunde liegende Logik angreifen und für ein gutes Leben für Alle kämpfen. Gegen jede Wehrpflicht, Nation und jedes Militär! Für eine Totalverweigerung jeder Art von Kooperation mit dem Militär! Fragebögen schreddern! Solidarische Grüße an die Schulstreiks!

Zur Zimmerwaldkonferenz 2.0

Am 6. September 2025 fand in Zürich die Veranstaltung "Zimmerwaldkonferenz 2.0; Die internationale Friedenskonferenz gegen Faschismus und Krieg" statt. Wir, das Zimmerwald-Komitee, freuen uns sehr, dass Organisationen, wie die bei besagter Konferenz maßgeblich beteiligte MLPD, an einer Organisierung derjenigen arbeiten, die sich gegen jede Parteinahme für Staaten und für eine konsequent kapitalismuskritische Perpektive positionieren. Wir bedauern, nicht an der Konferenz teilnehmen gekonnt zu haben, stehen aber mittlerweile mit den Organisator*innen im Austausch. Nichtsdestotrotz haben wir einige inhaltliche Kritik an der Abschlussresolution. Die haben wir aufgeschrieben, den Organisator*innen geschickt und hoffen auf eine weitere inhaltliche Auseinandersetzung. Um mögliche Verwechslungen wegen der Namensgebungen aufzuklären und um auch für andere die inhaltliche Auseinandersetzung zugänglich zu machen, veröffentlichen wir hier unser Schreiben an die United Front (https://www.united-front.info/) und freuen uns wie immer über Rückmeldungen, Kritik, Ergänzungen.

Liebe Organisator*innen der Zimmerwald-Konferenz 2.0,

wir freuen uns sehr über eure Initiative und das tatsächliche Zustandekommen der Konferenz im September. Wir sind als Zimmerwald Komitee seit 2023 damit beschäftigt, Kontakt und Zusammenarbeit mit Organisationen aufzubauen, die sich gegen eine Parteinahme in jeglichen zwischenstaatlichen Kriegen positionieren. Die immer wieder und immer häufiger auftretenden Kriege sind eine Folge eines Weltsystems, in dem kapitalistisch wirtschaftende Staaten in Konkurrenz zueinander ihre Interessen verfolgen. Eine Kritik dieser Logik, die Diskussion über die tatsächlichen Kriegsursachen und die bürgerlichen Staaten, die die Kriege führen, halten wir für die wichtigste Grundlage für den Aufbau von Strukturen, die dem etwas entgegnen können. Lohnabhängige haben in solchen Kriegen nichts zu gewinnen. Insofern begrüßen wir eure Positionierung gegen jegliche Staaten, sowohl den "Hauptfeind im eigenen Land" als auch die vermeintlichen ""geopolitischen Alternativen" wie Russland, China oder BRICS". Ebenso teilen wir eure Feststellung, dass es wohl an der Klasse der

Lohnabhängigen liegt, ob es eine Überwindung kapitalistischer Verhältnisse geben kann oder nicht.

In einigen, wie wir meinen, grundlegenden, Punkten, teilen wir aber die Analyse bzw. die Standpunkte der Resolution vom September nicht. Wir beziehen uns hier auf die wichtigsten: Krieg bedeutet immer auch die Vernichtung großer Mengen von Kapital. Die Entscheidung Deutschlands 2022, den Wirtschaftskrieg gegen Russland zu intensivieren, hat der Wirtschaft in Deutschland stark geschadet, die Krise verschärft (nebenbei: Auch hier sind wir im Widerspruch zu eurer Aussage, die Kriege würden geführt, um Wirtschaftskrisen zu lösen). Welche wirtschaftlichen Interessen verfolgt Israel mit seinem Krieg im Gazastreifen? Warum verschärfen Staaten Grenzkontrollen, die nicht zuletzt dem Kapital dieser Staaten schaden? Dies sind einige Beispiele, mit denen wir bebildern wollen, warum wir eure Aussage, die Staaten seien Dienstleister des Kapitals (aus Punkt 3: "Die Staaten sind Dienstleister internationaler Monopole und führen die erkämpften sozialen Errungenschaften für die Kriegsfinanzierung auf die Schlachtbank.") für falsch halten. Sicher, Staaten bemühen sich, zumindest in Friedenszeiten, darum, dass ihre Kapitale möglichst ungehindert möglichst viel Profit machen. Sie bemühen sich um das Funktionieren des Kapitalismus auf ihrem Gebiet. Funktionierendes Wirtschaftswachstum ist ja gerade die materielle Grundlage für die Macht der Staaten, nach innen wie nach außen. Das Interesse der Staaten als ideelle Gesamtkapitalisten unterscheidet sich aber von dem Interesse einzelner Kapitale.

Kapitalistische Staaten organisieren nach innen ihre Gesellschaft als Klassengesellschaft, indem sie alle Mitglieder ihres Volkes um Eigentum konkurrieren lassen. Die einen durch den Verkauf, die anderen durch die Ausbeutung von Arbeitskraft. Die bürgerliche Gesellschaft, maßgeblich begründet durch die Sicherung des Privateigentums, erzeugt dauerhaft und unlösbar Interessengegensätze. Der Staat betreut diese Gesellschaft der Klassenwidersprüche. Er erlangt die materielle Basis seiner Souveränität, also seiner Fähigkeit, über diese Konflikte innerhalb seines Herrschaftsbereiches die letztgültige Entscheidungsgewalt zu haben, aus eben diesem Widerspruch, dem Interessengegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeiter*innen. Darum leisten sich funktionierende Staaten einen ausgiebigen Gewaltapparat, Infrastruktur, und einen Sozialstaat, der die Klasse der Lohnabhängigen je nach Bedarf des Kapitals zurichtet (aber eben auch, als Klasse, am Leben erhält). Die dafür benötigten Einnahmen durch Steuern und die Fähigkeit, sich als Staat zu verschulden, hängen wiederum unmittelbar von der Potenz seiner Wirtschaft ab. Sich in dieser Weise um sein Volk und sein Territorium zu kümmern, das macht den Staat zum ideellen Gesamtkapitalisten. Er beherrscht seine Klassengesellschaft, das bedeutet aber, dass er sich um das Fortbestehen BEIDER Klassen sorgt. Und zwar nicht aus "Nettigkeit", sondern weil Kapitalismus ohne die Klasse der Ausgebeuteten nicht funktioniert. Die einzelnen Kapitalist*innen haben kein Eigeninteresse an Arbeitsschutz, der Begrenzung von Arbeitszeit oder der Fortpflanzung der Arbeiter*innen-Klasse. Damit Kapitalismus funktioniert, braucht es also einen Staat, der von den Interessen der Einzelkapitale abstrahiert.

Als Ideeller Gesamtkapitalist ist ein Staat umringt von anderen Staaten, die das selbe für sich beanspruchen. Der Erfolg und die Wachstumschancen der Unternehmen in einer gut funktionierenden Volkswirtschaft hängen aber maßgeblich davon ab, welche Möglichkeiten des Gewinnemachens diese auch über das jeweilige Staatsgebiet hinaus haben. Die Auseinandersetzungen zwischen Staaten haben daher vor allem den Inhalt, welcher Staat in welchem Umfang die Bedingungen bestimmen kann, unter denen Kapitale auf einem internationalen Markt Gewinne machen können.

Um die eigenen Bedingungen durchsetzen zu können, brauchen Staaten neben einer gut funktionierenden Wirtschaft auch ein gut ausgerüstetes Militär. Die wirtschaftliche Fähigkeit, anderen die Regeln zu diktieren, wird bestenfalls unterfüttert und ergänzt durch militärisches Drohpotential (Im Falle Deutschlands war die USA bzw. die NATO als militärische Übermacht als Verbündeter immer auch Teil der wirtschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit. Wie wichtig deren verlässlicher Beistand bisher war, macht die panische Aufrüstung seit der erneuten Wahl von Donald Trump und der Rede seines Verteidigungsministers J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz deutlich). Auch das müssen sich Staaten leisten können. Frieden zwischen kapitalistischen Staaten bedeutet somit ein geklärtes Kräfteverhältnis, ein Machtverhältnis, in dem es sich für die einen nicht lohnt, die Bedingungen der anderen zu durchbrechen beziehungsweise zu ignorieren. Eine ständige Abwägung, in wie weit die Akzeptanz der Bedingungen sich für die Durchsetzung und den Erhalt der eigenen Ansprüche lohnt, findet auch in Friedenszeiten dauernd statt. Der Krieg (denn nur die Option, die militärischen Mittel tatsächlich anzuwenden, macht sie zu ernsthaften Erpressungsmitteln) ist daher in der Konkurrenz der Staaten dauerhaft angelegt.

Die Staaten nutzen und brauchen also den Erfolg ihrer Kapitale, und sorgen bestmöglich dafür, dass die Bedingungen des Weltkapitalismus diesem Erfolg zugute kommen. Es sind aber trotz allem die Staaten, die als Akteure auf der Welt gegeneinander antreten, die Militär, Geheimdienste und Menschenmaterial liefern und benutzen, um ihre Machtinteressen durchzusetzen. Um die Bedingungen ihres Kapitalismus zu wahren oder zu verbessern, sind Staaten dann auch bereit, den Erfolg ihrer Kapitale, ihre Wirtschaft, ihre Bevölkerung zu opfern.

Insofern sehen wir in den "Friedensbeteuerungen" auch keine "Lügen" (Punkt 11). Alle Staaten wollen Frieden. Aber Frieden bedeutet für sie eben ein geklärtes Machtverhältnis zu ihren Gunsten. Diesen Frieden meinen sie toternst und opfern ihm im Zweifel alles.

Wir schreiben das nicht aus dem abstrakten Interesse eines theoretischen Wettkampfes marxistischer Erklärungsversuche. Wie Staaten und Kapital sich zueinander verhalten, hat unmittelbare Folgen für das, was wir als Klassenkampf verstehen. Staaten sind nicht, wie oben ausgeführt, am Erfolg einzelner Kapitale interessiert, sondern am Erfolg des Kapitalismus auf seinem Gebiet. Das widerspricht keineswegs der Unterstützung und Förderung einzelner, potenter Einzelkapitale (wie Airbus oder Daimler). Jedoch nicht als Selbstzweck, sondern als Möglichkeit für das jeweilige staatliche Wirtschaftswachstum. Die "Rettung" von Airbus war ein politisch lange umstrittener Akt, bei dem Kosten und Nutzen für die staatlich organisierte Konkurrenzgesellschaft sorgfältig abgewogen wurden. Das Kriterium dabei war nicht der Erfolg von Airbus, sondern der Erfolg der deutschen Wirtschaft. Dass aber jegliche Entscheidung daran gemessen wird, ob sie der Wirtschaft nutzt, also das Wirtschaftswachstum des jeweiligen Staates befördert, macht deutlich, wessen Interessen die letztgültigen sind: die Interessen der Staaten.

Damit der Kapitalismus auf seinem Gebiet funktioniert, setzt der Staat durch, dass sich alle Mitglieder der Gesellschaft frei und gleich auf ihn als Entscheidungs- und Gewaltinstanz berufen. Er macht rechtlich tatsächlich keinen Unterschied zwischen der Wahrung des Eigentums eines Kapitalisten und dem eines Lohnarbeiters. Das Ausbeutungsverhältnis ergibt sich auf der Grundlage der rechtlichen Gleichheit, also auch der Einschränkung des Kapitals durch das Regelwerk des Gesetzbuchs. In diesem Sinne müssen auch sozialstaatliche Eingriffe und Regelungen verstanden werden: Nicht als Dienst an den Bürger*innen, sondern am reibungslosen Ablauf der kapitalistischen Akkumulation.

Der Staat als rechtliche Berufungsinstanz ist aber meistens der Grund, warum Menschen zu dem Schluss kommen, auf "ihren" Staat angewiesen zu sein, ihn sogar als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen zu betrachten. Und genau dieser Schluss ist die Grundlage der Loyalität, die die Bürger*innen (nicht nur, aber besonders drastisch) im Kriegsfall veranlasst, für ihren Staat einzustehen.

Die Forderung nach Klassenkampf macht für uns nur dann Sinn, wenn wir diesen als Kampf zur Überwindung von Klassen verstehen. Der alltägliche, und alltäglich nötige, Kampf für die Wahrung oder Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen ist dagegen einen Kampf für den Erhalt der Klasse, also auch der Klassengesellschaft. Der Erhalt der Klasse der Lohnabhängigen ist der Erhalt einer Klasse, die nur der Benutzung durch das Kapital dient. In diese Falle tappt mensch leicht, wenn Staatsinteressen mit denen des Kapitals gleichgesetzt werden. In der Frage, wie wir als internationale Arbeiter*innenklasse gegen die Kriege handeln können, ist es daher ganz grundlegend, wen wir als Subjekte der Kriegsführung benennen. Das Kapital als Hauptgegner zu adressieren, ignoriert, dass es die Staaten sind, die die Lohnabhängigen für die Ausbeutung durch das Kapital für ihr (das der Staaten) Wirtschaftswachstum zurechtorganisieren und sie dann auch für ihre Interessen gegen andere Staaten in den Krieg oder die Munitionsfabrik schicken. Daher sollten wir vor allem anderen gegen die falsche Gleichsetzung der Interessen der Staaten und der Menschen, die im Staat leben, agitieren.

Eine weitere Kritik haben wir an eurer Gleichsetzung bzw. In-Eins-Setzung von Krieg und Faschismus ("Zwei Seiten einer Medaille"). Die Unterstellung, alles "Böse" müsse auch irgendiwe auf den Faschismus zurückzuführen sein, verharmlost einerseits die Härte der bürgerlichen Demokratien, zum anderen verhindert es eine tiefergehende Beschäftigung damit, was Faschismus tatsächlich ist und ausmacht. Gerade die Kräfte auf der Welt, die häufig als faschistisch oder rechtspopulistisch bezeichnet werden, halten von den aktuellen Kriegen noch am wenigsten. Trump ist der Krieg in der Ukraine zu teuer, Ungarn findet Kontakt zu Putin nützlich, und die AfD findet auch, dass es wichtigeres für Deutschland gibt, als die Ukraine zu unterstützen. Auch wenn gerade überall eine Stärkung reaktionärer, autoritärer usw. politischer Kräfte zu sehen ist, lässt sich das nicht unmittelbar aus den Kriegen bzw. dem Kriegswillen der Staaten ableiten. Wir legen auf diese Differenzierung wert, unter anderem weil mit der Begründung des Antifaschismus so ziemlich jede politische Handlung rechtfertigt werden kann. Russland hat als eine seiner Kriegsbegründungen die "Entnazifizierung" der Ukraine genannt. Die Ukraine und der Westen kämpfen gegen den neuen "Hauptfaschisten" Putin. Der Vorwurf des Extremismus, der sich zum Teil durch die "antifaschistische Leuterung" der deutschen Nation legitimiert, ist Grundlage für jegliche antikommunistische Handlung der Regierungsinstitutionen in Deutschland.

Wir wollen auf keinen Fall die Gefahr der faschistoiden Tendenzen kleinreden, ebenso wenig wie die bedrohlichen Entwicklungen der "Antifa"-Verbote oder die Diskursentwicklung, in der alles links der Rechten als linksradikal bezeichnet wird. Wir halten diese Gefahr aber für eine zusätzliche, mit eigenen Vorzeichen. Daher sehen wir auch die Notwendigkeit, beide Gegebenheiten (Kriege und Aufstieg der extremen Rechten) getrennt zu benennen und so auch ihren Zusammenhang besser beschreiben zu können.

Das beiden gemeinsame Phänomen ist der Nationalismus. Damit meinen wir nicht nur rechtsextreme, völkische Ideologie, sondern schlicht die Sichtweise von Menschen, den Staat, in dem sie leben, "ihre" Nation, als etwas zu betrachten, dessen Interessen sich mit den ihren decken. Das beginnt mit dem "wir", mit dem Menschen sich auf "ihr" Gemeinwesen beziehen. "Wir müssen uns Gedanken um die Bildung unserer Kinder machen", "Wir haben da was mit der Integration falsch gemacht", dann ist es nicht weit zu "Wir müssen uns und unsere Werte verteidigen". Wir, das Zimmerwald Komitee, halten es für grundlegend wichtig, klarzustellen, dass die Interessen eines Staates, einer Nation, dem Interesse der Menschen, die in ihm leben, entgegenstehen. Das Interesse der Nation ist das Interesse an einer funktionierenden Klassengesellschaft, siehe oben.

Während in der liberalen Demokratie dieses Interesse darauf basiert, dass alle Bürger*innen ihre individuellen Interessen mit dem Mittel des Gelderwerbs verfolgen, also das individuelle Konkurrenzstreben der Beitrag zum Erfolg der Nation ist, werden im Faschismus die individuellen Interessen vollkommen dem großen "Wir" untergeordnet - wenig überraschend haben auch dabei die Lohnabhängigen davon weniger als die Kapitalinhaber*innen. Die Verteidigung der liberalen Demokratie ist also die Verteidigung der freien Teilnahme in der Klassengesellschaft, mit allen seinen Folgen für die Lohnabhängigen.

Es ist dieser beschriebene Nationalismus, der es Menschen einleuchten lässt, dass für "unser" Gemeinwesen auch "unsere Kinder" in die Armee müssen. In sofern ist der Nationalismus, die Gleichsetzung der eigenen individuellen Interessen mit denen des Staates, zentral in unserer Kritik. Durch die Gleichsetzung staatlicher Interessen mit denen der Einzelkapitale und der eskalierenden Kriegsdynamik mit dem Erstarken der extremen Rechten wird, das hoffen wir, aufgezeigt zu haben, der wichtigste Aspekt, der kriegerische Auseinandersetzungen eines Staates erst möglich macht - der Wille der Bürger*innen zum Mitmachen - unzureichend besprochen und erklärt. Für letzteres wollen wir eine Lanze, ganz wie die Schwerter zu Pflugscharen, brechen ;)

Diese Kritik wollen wir als Beitrag zu einer möglichen Zusammenarbeit verstanden wissen, nicht als Willensbekundung zur Abgrenzung. Wie bereits oben geschrieben, halten wir die Klärung der theoretischen Grundlagen für den wichtigsten Ausgangspunkt einer politischen Praxis. Auf diese wollen wir hinarbeiten.

In diesem Sinne grüßt solidarisch das Zimmerwald Komitee

Rüstungsmesse stinkt

Diese Woche läuft die Hannover Messe mit Schwerpunkt auf KI in der Produktion, Automatisierung und Robotik und einer eigenen Halle für Rüstungsunternehmen. Unter dem Thema "Produktionstechnologie für Verteidigung" versammeln sich verschiedene Drohnenfirmen, Zulieferer und IT-Unternehmen.

Wir haben am Montag die Rede von Boris Pistorius besucht und gezaubert, dass es unaushaltbar stinkt. Wir gehen sehr sicher davon, aus dass er seine Rede nicht wie geplant zu Ende bringen konnte. Auch nachfolgende Reden auf der zentralen Bühne in Halle 25 dürften beeinträchtigt gewesen sein. Irgendwie scheint der Kriegsminister widerlichen Gestank anzuziehen – vor Kurzem erst wurde sein Wahlkreisbüro schon mit Buttersäure besucht:https://de.indymedia.org/node/712862

Bei der Messe taucht unter anderem Siemens, die auch sonst global mit Ausbeutung und Naturzerstörung tätig sind, als Rüstungsunternehmen auf. Verschiedene Strukturen vom Fraunhofer-Institut, die schon lange im Rüstungsbereich tätig sind, werden nicht im Verteidigungsbereich aufgeführt. Big Tech-Unternehmen wie Amazon und Microsoft sind auch vor Ort. Sie üben sich die letzten Jahre nicht nur in Faschismus, sondern auch in Militarisierung. Generell finden sich hier die Themen, die gerade Wirtschaft und Politik begeistern: Aufrüstung und KI Umweltzerstörung und KI, Automatisierung und KI... Besonders bezeichnend fanden wir den Werbeslogan "AI-Powered by People". Ob damit wohl die Millionen ausgebeuteten Clickworker gemeint sind?

Wir brauchen weder Aufrüstung noch technologische Bullshit-"Lösungen". All diese Unternehmen sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems: Ressourcen klauen und verschwenden, unendliches Wachstum propagieren, Konkurrenz, usw.

Am Sonntag vor der Messe hat Friedrich Merz den brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva getroffen, um eine Partnerschaft der beiden Länder zu vereinbaren, von der Deutschland sich vor allem Seltene Erden erhofft. Boris Pistorius wurde während seiner Eröffnungsrede mit Buttersäure gestört. Als Kriegsminister mit Büro in der Stadt und Verantwortlicher der DSEI-Waffenmesse nächsten März in Hannover hat er sich einfach besonders als Ziel geeignet.

Gegen den Verteidigungsmythos! Gegen euren Krieg!

Angesichts der Kriege zwischen Staaten: Verweigerung und Sabotage!

In der Nacht vom 6. auf den 7. April haben wir in Bourges (Frankreich) und Umgebung das Stromnetz sabotiert, das diese „Hochburg der nationalen Verteidigung" versorgt. Dort treffen Militärschulen, die Generaldirektion für Rüstung (eine französische Behörde für Rüstungsbeschaffung) und technische Ausbildungszentren auf den „wichtigsten Standort der Rüstungsindustrie in Europa": den Raketenhersteller MBDA, den deutsch-französischen Panzerbauer KNDS (Nexter) sowie Zulieferfirmen wie Roxel, Michelin, Mécachrome, Auxitrol Weston und ASB Aerospatiale und zahlreiche weitere Unternehmen der Branche.

Kriege sind die Geburtsakte der Staaten; ihre Arsenale und Armeen sind zugleich ihre Lebensversicherung und ihre Visitenkarte.

Für die Staaten ist das Wettrüsten eine Frage des Überlebens, in der Angriff und Verteidigung ineinander übergehen – und in der am Ende immer die Bevölkerung den Preis zahlt. Waffen werden nicht für die Paraden am 14. Juli produziert, sondern um verkauft und eingesetzt zu werden. Dieses verdammte Land ist immerhin der zweitgrößte Exporteur von Todestechnologien weltweit und beliefert rund sechzig Staaten damit. Diese Militarisierung bringt überall Gehorsam, Eroberung, Massaker, Vergewaltigungen, Inhaftierungen und Zerstörung hervor.

Krieg und Frieden sind nur scheinbare Gegensätze innerhalb einer strategischen Kontinuität aller Mächte: zu unterwerfen und sich alles anzueignen, was sich zur Ressource machen lässt. Diese schonungslose Realität wird täglich durch eine Propaganda verschleiert, die zugleich subtil und plump ist. Jede Seite bedient sich derselben Muster: „Der andere ist eine Bedrohung", „der andere ist ein Monster", „unsere Werte und unsere Sache sind die einzig gerechten", „wir reagieren lediglich auf eine Aggression".

Wir sind jene, die die Mythen zerschlagen wollen, die die Unterdrückten glauben lassen, sie stünden auf der Seite ihrer Unterdrücker. Von der Front bis ins Hinterland beruht der Kriegsaufwand auf unserer Zustimmung und unserer massenhaften Mobilisierung – so wie in diesem militärisch-industriellen Komplex. Hier wie anderswo trägt jede*r, aktiv oder passiv, Verantwortung dafür, dass diese Kriegsmaschine weiterläuft.

Doch fernab von männlich dominierten Hierarchien und ihrem disziplinarischen Gestank – was würde uns daran hindern, eines schönen Morgens in einen zermürbenden Kampf gegen alle Kriege und ihre Ursachen zu ziehen?

Sich den Kriegstreibern zu widersetzen, ist jederzeit möglich und absolut notwendig. Lasst uns also alle die Reihen verlassen – und vorwärts!

Kampf den Kriegstreibern – Für unsere Zukunft!

Kommt zum Rheinmetall-Entwaffnen-Camp nach Köln vom 1.-6. September und den Aktionstagen gegen das NATO-Manöver in Hamburg vom 24.-26. September.

Wir sagen Rüstungsindustrie, Kriegstreiberei und Militarisierung den Kampf an!

Seit unserem Camp letzten Sommer ist viel passiert: Die Kriege eskalieren immer weiter und die Auswirkungen spüren auch wir in Deutschland. Sie stecken unsere Welt in Brand. Die USA hat zusammen mit Israel den Iran angegriffen – jeden Tag sehen wir die Bilder der Bombardierung in den Nachrichten, sehen wie Krankenhäuser und Schulen getroffen werden, ebenso wie Treibstofflager, deren Brände in zwei Wochen mehr Emissionen verursacht haben als 80 Staaten zusammen. Auch der Genozid in Palästina geht auf brutalste Weise weiter. Im Januar sind viele für Rojava – die Selbstverwaltung in Nord-Ost-Syrien – auf die Straße gegangen: Das syrische islamistische Regime hat mit westlicher Unterstützung eine Großoffensive auf die Menschen gestartet, die der Welt zeigen, dass Revolution nicht nur ein Traum ist, sondern Praxis.

Der Druck steigt und steigt, denn die NATO kämpft um ihre Machtposition in der Welt. Dafür will und muss der Kapitalismus im mittleren Osten mit den brutalsten Mitteln durchgesetzt werden. Es werden ganze Völker massakriert, um neue Handelsrouten zu erschließen. Das wahre Gesicht zeigt sich immer offensichtlicher: Für Geld und Macht wird gemordet, versklavt, vergewaltigt, die Menschen in Armut getrieben und abgeschoben.

Deutschlands Position als Vorreiter der europäischen NATO wird immer klarer. Merz und Kriegsminister Boris Pistorius sollen Deutschland kriegstüchtig machen, träumen von der „größten konventionellen Armee Europas". So wird das Leben immer teurer und Kürzungen in jedem sozialen Bereich stehen auf der Tagesordnung. Jugendliche fragen sich, wofür es sich zu leben lohnt, wenn sie gezwungen werden an die Front zu gehen, wenn einfachste Lebensmittel unbezahlbar werden. Wenn wir über die sozialen Medien live mitverfolgen können, wie in Deutschland fast jeden Tag eine Frau ermordet wird, führende Männer der Welt ein Vergewaltigungs-Netzwerk aufbauen, wie Menschen an Grenzen ermordet werden, wie Genozide ungehindert weitergehen, wie Regierungen mit militärischer Macht scheinbar alles durchsetzen, was sie wollen, wie jeder noch so grausame Krieg kalt gerechtfertigt wird. Was soll das für eine Welt sein?

Alles steht auf Krieg: Die Betriebe, Schulen, Werbung, Krankenhäuser und und und… Die Militarisierung bedeutet nicht nur die massenhafte Produktion und Export von Waffen, sondern dass alle Bereiche des Lebens kriegstüchtig gemacht werden. Wer denkt, dass das ohne unseren Widerstand so weitergeht, hat sich getäuscht: Die antimilitaristische Bewegung hat gezeigt, dass wir das nicht einfach geschehen lassen und dass wir füreinander kämpfen werden! Wir kämpfen zusammen in Solidarität mit Palästina, mit der kurdischen Freiheitsbewegung, mit den streikenden Schüler:innen gegen die Wehrpflicht, mit den Protesten gegen die Abschiebebehörde ICE in den USA und Frontex in der EU. Wir kämpfen gemeinsam gegen rassistische Gewalt und Femizide. Wir verweigern! Wir sabotieren! Wir protestieren! Wir streiken!

Mit unserem Camp in Köln und den Aktionstagen in Hamburg beziehen wir klare Haltung gegen Krieg und für den Frieden! Wir haben im vergangenen Jahr gezeigt, dass wir Teil einer entschlossenen Antikriegsbewegung sind. Wir werden Köln, Hamburg und der ganzen Welt Mut machen und zeigen, dass Widerstand möglich ist und dass wir diese Kriege stoppen können.

Wie wir das anstellen wollen, werden wir gemeinsam diskutieren und dabei Fragen stellen, aber auch Antworten geben. Wir zeigen, was wir bekämpfen, aber auch, was wir erreichen wollen. Mit Aktionen, Bildung, Diskussionen, Kultur und einem solidarischen, gemeinsamen Zusammenleben.

Mit Aktionen im September werden wir die Kriegsmaschinerie und -propaganda ganz direkt stören und unseren Protest auf die Straße tragen. Wir werden nicht zulassen, dass in Köln die Rüstungsproduktion, Bundeswehrstandorte und alltägliche Militarisierung ruhig weiterlaufen. Und wir wollen, dass das NATO-Manöver in Hamburg nicht wie geplant stattfinden kann!

An beiden Orten werden Menschen aus der linken, revolutionären und antimilitaristischen Bewegung zusammenkommen, um gemeinsam den Kampf gegen Kriege und die Militarisierung in Deutschland voranzubringen. Vor Ort können wir uns gemeinsam ausprobie-

ren und voneinander lernen. Das Camp und die Aktionstage werden Teil der Stadt werden: Alle Kölner:innen und Hamburger:innen, alle Antimilitarist:innen von überall sind herzlich eingeladen mitzuwirken und gemeinsam den Kriegstreibern den Kampf anzusagen.

Als Kriegsgegner:innen müssen wir den Krieg an allen Orten, wo er vorangetrieben wird, stoppen! Und genau deswegen geht's dieses Jahr auch nach Hamburg, denn schon zum dritten Mal will die Bundeswehr die größte Verteidigungsübung der zivil-militärischen Zusammenarbeit in Deutschland seit dem Ende des Kalten Krieges durchführen. Das Nato-Manöver „Red Storm Charlie" spiegelt die Zuspitzung der Militarisierung wieder und das vor aller Augen der Anwohner:innen mitten in der Millionenstadt Hamburg!

In das Manöver sind verschiedene Bereiche eingebunden: Rettungskräfte, Jobcenter, Militär, Polizei, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, weitere Behörden sowie Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung. Die Bundeswehr probt, wie Truppen Richtung Russland verlegt werden, denn Deutschland ist die europäische Drehscheibe für Truppen und Rüstung in den Osten. Geübt wird hier nicht für eine weit entfernte Dystopie, sondern eine sehr nahe Realität.

Auch in Köln werden wir genau da weitermachen, wo wir letztes Jahr aufgehört haben: Anfang des Jahres gingen Briefe aus der Kölner Kaserne an alle 18-Jährigen. Köln ist der Dreh- und Angelpunkt für die kommende Wehrpflicht! Die Jugend in Deutschland zeigt, dass sie nicht an der Front sterben und andere Jugendliche töten wollen. Daran schleißen wir dieses Jahr an!

In und um Köln tummeln sich die Rüstungsfirmen – unter anderem auch DER deutsche Konzern für Waffenproduktion „Rheinmetall". Unter Chef Armin Papperger materialisiert Rheinmetall all das, wogegen wir kämpfen und greift das an, wofür wir stehen. Der massenhafte Gewinn seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs zeigt das finanzielle Interesse an Krieg. Profit wird aufgebaut mit Menschenleben – vor allem das von Jugendlichen und Frauen.

Wir haben noch eine Rechnung offen: Die brutale Zerschlagung unserer Demo und Welle der Repression nehmen wir nicht einfach hin. Keine Repression wird uns klein kriegen, denn unser Widerstandsgeist und unsere Hoffnung ist ungebrochen! Wir kommen wieder!

Ob Köln, ob Hamburg: Kampf den Kriegstreibern – Für unsere Zukunft!

Gästehaus Keglerheim angegriffen

Wir haben am frühen Dienstagmorgen (07.04.2026) das Gästehaus Keglerheim in der Hagener Str. 78 in Gevelsberg aufgesucht, die Fensterscheiben mit Pflastersteinen zerstört und danach Innenraum und Fassade mit Farbe verschönert.

Im Gästehaus Keglerheim haben wiederholt Veranstaltungen der AfD, beziehungsweise der AfD-Jugend stattgefunden. Am 22. November 2025 war das Keglerheim Austragungsort einer Akademie des NRW-Jugendverbandes (Fotos: https://recherche-nord.com/gallery/2025.11.22.W.html). Am 13. Januar 2026 traf sich die AfD Gevelsberg im Keglerheim zu ihrem Neujahrsempfang. Zuletzt fand hier am Samstag ein weiteres AfD-Treffen statt.

Im Herbst könnte die AfD bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt eine absolute Mehrheit erhalten und damit droht uns die erste AfD-Regierung in einem deutschen Bundesland. Die Inhalte aus dem Entwurf für ein Regierungsprogramm in Sachsen-Anhalt lassen wenig Spielraum: Streichung jeglicher Förderung für sämtliche progressive Projekte und Initiativen, massiver Ausbau von staatlichem Rassismus und eine Rückbesinnung der Gedenkpolitik auf deutsche Helden. Für viele Menschen würde eine solche Politik das Leben unerträglich machen. Zahlreiche gesellschaftliche Entwicklungen würden zurückgeworfen.

Wir müssen nicht auf eine AfD-Regierung warten um diese Entwicklungen in Teilen zu beobachten. Aus zahlreichen Kommunen gibt es Beispiele wie andere Parteien im Rahmen des alltäglichen Brandmauerbruchs zusammen mit der AfD zum Beispiel gegen antirassistische Kulturprojekte stimmten. Während CDU oder SPD dann oft Finanzierungssorgen anführen, geht es der AfD explizit ums Abschaffen: Ihr Ziel ist es solche Projekte verschwinden zu lassen. In AfD-Kreisen existieren sogar Leitfäden für die Kommunalpolitik, wie man Initiativen und Projekte, die nicht in ihr Weltbild passen, das Leben schwer machen kann. Solche Angriffe werden zunehmen. Zeit zu handeln!

Mit mehr als 350 Mitstreiter*innen haben wir im Februar 2025 gegen den Rechtsruck demonstriert. Auch wenn das schon wieder mehr als ein Jahr her ist, haben die großen Demonstrationen doch ein gesellschaftliches Potenzial gezeigt, dass mobilisiert und organisiert werden kann. Inspiriert durch die Aktion gegen das AfD-Parteibüro im Januar in Gummersbach, wollen wir unsere auch unter das Motto #DankeAntifa stellen. Wir denken das es wichtig ist, sich antifaschistisch zu organisieren und einzugreifen, bevor sich die AfD flächendeckend weiter vernetzen und normalisieren kann.

Die AfD in Gevelsberg erlangte bei der Bundestagswahl im Februar 2025 17,9 Prozent, in einigen Wahlbezirken wurde sie stärkste Kraft. Bei der Kommunalwahl im September 2025 wurde die AfD mit 14,19 Prozent drittstärkste Kraft. Mit Alexander Maurer (Fraktionsvorsitzender), Markus Hille (stellv. Fraktionsvorsitzender), Stephanie Hille, Dieter Feldhaus, Oliver Müller, Mirco Ludwig sitzen sechs AfD-ler im Stadtrat. Kürzlich forderte Alexander Maurer auf TikTok die "Einführung eines Remigrationministers" in Gevelsberg.

Die kürzlichen Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben nochmal verdeutlicht, dass sich die AfD in kleinen Städten, Dörfern und auf dem Land, die durch den Wegfall sozialer Infrastruktur geprägt sind, erfolgreich verankern kann. In einem AfD Strategiepapier mit dem Titel "ländliche Raumnahme" wird explizit dazu aufgerufen Anlaufzentren und Treffpunkte zu schaffen um so direkte Kontakte zu Bürgern zu schaffen.

Wir sehen auch das Gästehaus Keglerheim (geführt von Eduard Beliashov) als einen solchen Treffpunkt.

Schluss damit! Den Rechten die Räume nehmen! Für eine lebendige, antifaschistische Kultur. Gevelsberg bleibt bunt!

Free Maja! Free all Antifas!

Die Sponti-Kultur

In den letzten Jahren erfreuen sich Spontis einer steigenden Beliebtheit in der linksradikalen Szene. Überall finden sie zu jedem erdenklichen Anlass statt. Eine Genossin wurde verurteilt? Sponti. Die Wehrpflicht soll wieder eingeführt werden? Sponti. Ein linker Feiertag? Sponti.

Trotz einer sinkenden Teilnehmerzahl steigt die Anzahl dieser Spontandemonstrationen. Dieser Text soll die Frage aufwerfen, warum das der Fall ist und welchen Zweck Spontis überhaupt erfüllen.

Eine Erklärungsmöglichkeit: Durch die Unmöglichkeit von Hausbesetzungen und den Mangel an Ideen für andere direkte Aktionen haben Spontis den Status eines politischen Allheilmittels erlangt. Denn nichts lässt einen radikaler und militanter erscheinen, als komplett in Schwarz, unangemeldet und im Laufschritt zehn Minuten durch ein Viertel zu hetzen – der Höhepunkt der Aktion ist dann das Zünden von fünf Bengalos.

Da stellt sich die Frage: Warum machen wir das? Welchen Sachschaden erzielen wir dadurch? Wie viele Leute sprechen wir an? Und wie selbstermächtigend und kämpferisch ist das wirklich?

Spontis als Aktionsform können zwar in einer Einkaufsstraße oder beim Vorbeiziehen an potenziellen Zielen hohen Sachschaden anrichten. Meist wird das jedoch nicht als Ziel angesehen. Kleingruppenaktionen eignen sich aufgrund gezielterer, massiverer und schnellerer Interventionen bedeutend besser für das Anrichten von hohem Schaden – falls Personen darin überhaupt einen politischen Sinn sehen.

Zur Frage der Selbstermächtigung: Fühlen wir uns wirklich stärker während oder nach einer Sponti? Demonstrieren wir wirklich so, wie wir wollen? Ist es wirklich kämpferisch wegzulaufen, sobald das erste Blaulicht zu sehen ist?

Um ein paar Antworten zu versuchen: Ja, es kann empowernd sein, mit 500 Menschen unangemeldet zu demonstrieren und sich vollkommen ruhig und entschlossen die Straße zu nehmen. Aber diese Zahlen kriegen wir selbst in den Zentren seit über fünf Jahren nicht mehr auf die Beine. Meist sind es 15 bis 30 angsterfüllte Anfang-20-Jährige, die für solche Aktionen nachts zusammenkommen. Selbstermächtigung sieht anders aus.

Dass Spontis in den meisten Fällen keine gute Außenwirkung haben, sollte allen klar sein. Allein das Auftreten als vermummter schwarzer Mob macht den meisten Menschen eher Angst, anstatt Lust darauf, sich antikapitalistisch zu engagieren. Wenn es dann noch dazu kommt, dass einige Student*innen meinen, die Autos von Anwohner*innen angreifen zu müssen, ist es mit der Sympathie vollständig vorbei. Es ist kaum verwunderlich, dass Menschen es nicht mögen, wenn man an ihrer Haustür vorbeiläuft und ihr Auto kaputtschlägt. Leider hält es sich in einigen (insurrektionalistischen) Kreisen als radical chic, solchen Blödsinn zu verzapfen. (Dass es völlig legitim ist, Autos im Falle einer echten Revolution als Barrikaden gegen das Vorrücken der Cops oder als Schutzschild gegen Kugeln zu nutzen, muss hier nicht weiter betont werden. So zu tun, als wäre dies der Fall bei 30 Vermummten, muss ebenfalls nicht weiter ausgeführt werden.)

Eine neue Legitimationsstrategie ist die „Politisierung von neuen Personen" – also das Einladen von neuen Menschen zu Spontis oder die Durchführung nach dem offiziellen Ende einer Demo. Was gibt es für eine bessere Politisierung als eine Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs? Wie die Aktivitäten einzelner Menschen und ganzer Gruppen nach G20 in Hamburg oder Tag X in Leipzig gezeigt haben, führt Repression nicht zu einer Politisierung, sondern im Gegenteil meistens zu Rückzug und Entpolitisierung. Menschen, die noch nicht mal das Demo-1x1 kennen (wie das Handy zu Hause zu lassen), in Aktionsformen einzubinden, die mehrjährige Haftstrafen nach sich ziehen könnten, ist also absolut fahrlässig und unvernünftig.

Die meisten Linksradikalen kennen diese Einwände und teilen sie auch. Da die Mehrheit aber nicht einmal weiß, ob sie eine Revolution machen will, geschweige denn, wie diese aussehen soll, wird sich mit dem Bewährten und Altbekannten zufriedengegeben. Um Personen aus verschiedenen Spektren anzusprechen, soll hier bewusst keine allgemeine Lösung formuliert, sondern dazu animiert werden, selbst nachzudenken und neue Aktionsformen auszuprobieren.

Aber zur Klarstellung: Der Text richtet sich nicht gegen Spontis an sich. Wenn Menschen nach Räumungen, Polizeigewalt oder politischen Maßnahmen richtig wütend sind, kann eine Sponti extrem befreiend sein. Sie kann Sinn ergeben, wenn Leute Bock haben, die Schweine mal unvorbereitet zu treffen und sie für ihr Verhalten zahlen zu lassen. Alle ein bis zwei Jahre kann eine Sponti auch ein Zeichen setzen und selbstermächtigend sein, wenn Hunderte Menschen Lust haben, ohne Verbote und Kontrollen zu demonstrieren. Spontis können sinnvoll sein. Sie dürfen nur nicht die einzige Aktionsform bleiben, denn sonst verkommen sie zu einer zahnlosen Beschäftigungstherapie.

Nachtrag: Eine kleine mögliche Antwort

Auch wenn der Text eher dafür plädiert, selbst nachzudenken und neue Aktionsformen auszuprobieren, soll hier doch eine mögliche Antwort aufgezeigt werden, um deutlich zu machen, dass Alternativen möglich sind. Vorweg zur Frage nach Sinn und Zweck von Aktionen – also dem Ziel unseres politischen Handelns als Antwort auf den vorherrschenden (und teilweise berechtigten) autonomen Pessimismus: Ja, es ist möglich, Dinge zu verändern, wie das Verbot von Kinderarbeit, der Achtstundentag, die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe, der Atomausstieg oder die Aussetzung der Wehrpflicht gezeigt haben. Mit einer breiten Protestbasis, die ansprechbar und offen für unterschiedliche Meinungen ist sowie einen niedrigschwelligen Zugang zum Mitmachen bietet, können Diskurse beeinflusst und Veränderungen erreicht werden. Das funktioniert besonders dann, wenn auch militante Teile in der Bewegung existieren oder eine breite Radikalisierung der Bewegung erfolgt. So können mit einer Massenmilitanz Forderungen durchgesetzt statt erbettelt werden. Gerade deswegen war „Vermittelbarkeit" das große Kriterium für die Autonomen in den 80er-Jahren.

Die weitreichendsten Veränderungen können in einer Revolution umgesetzt werden oder sind sowieso nur in einer solchen möglich, wie die Beispiele des Achtstundentages, der Betriebsräte und des Frauenwahlrechts in Deutschland zeigten. Gerade deswegen sind wir ja alle keine reformistischen SPD-Mitglieder, sondern revolutionäre Linke. Für eine Revolution ist es entscheidend, Menschen von deren Notwendigkeit zu überzeugen und sie dazu zu animieren, daran teilzunehmen. Dies geht nur durch Theorie, klar ausgearbeitete Standpunkte und Strukturen, in denen Mitmachen möglich ist. Wer also mehr als ein paar Reformen will, muss sich revolutionär organisieren. Jedenfalls zeigt das die Geschichte jeder Revolution.

Unsere Aufgabe ist es also, linksradikale Standpunkte unter die Menschen zu bringen (insbesondere in neuen Massenbewegungen), ihnen Strukturen anzubieten, an denen sie mitarbeiten können, und an ihren Kämpfen teilzunehmen. Statt wie Außerirdische nur als schwarzer Block in sozialen Kämpfen aufzutauchen, der nach der Demo noch zur Sponti aufruft, müssen wir uns an neuen (Demo-) Bündnissen beteiligen, Flyer mit unseren Kritiken und Forderungen verbreiten sowie generell als sichtbare und ansprechbare Gruppen auftreten. Die aktuelle Dominanz der K-Gruppen erklärt sich auch gerade daraus, dass sie dies verstanden haben und diese Leerstelle füllen.

So langweilig es klingt: Statt nur Spontis zu organisieren, sollten mehr Flyer verteilt, Demo-1x1-Hefte verbreitet, Veranstaltungsreihen organisiert, Lautis gefahren und Reden gehalten werden.

Auch wenn es den meisten Autonomen nicht gefällt: Das ist die Basis für Massenmilitanz. Wenn eine kritische Masse auf den Straßen ist, kann auch mal ein Farbbeutel oder Stein fliegen. Denn wenn der Wille dann da ist, dass es knallt oder Bullen in die Demos reinrocken, wissen die Leute, wo wir sind – nämlich direkt neben ihnen.

MEHR BILDER!!!

Feine Risse oder nur den Kompass verlegt? - Vulkangruppe : Den Herrschenden den Saft abdrehen

Einleitung:

„Bei ehrlicher Betrachtung entlarvt sich das kapitalistische Paradigma des technologischen Fortschritts und des grenzenlosen Wachstums derweil als das, was es eigentlich schon immer war; das Festklammern der Herrschenden an ihre Macht und ein System, das längst zum Scheitern verurteilt ist!" macchie nr.2: Magazin gegen Ökozid und das Fortbestehen der techno-industriellen Zerstörung

„Der bizarre Punkt an dem wir uns heute befinden, ist jener, dass eine Unterbrechung dieses Netzes der Herrschaft weitläufig als etwas lebensgefährliches dargestellt wird. [...] das Blackout wird zum Synonym für den Kollaps der heutigen Gesellschaftsordnung." antisistema

„Aber wenn für 60 Stunden [Anschlag 8.6.2025 Technologiepark Adlershof Berlin mit Auswirkung auf anfänglich 43.000 Haushalte] den Fortschrittfans und Waffenschmieden der Strom abgeklemmt wird, ist die Aufregung groß. [...] Es aufzuzeigen und in Relation zu setzen, scheint trotzdem wichtig, weil viele (auch vermeintlich Antiautoritäre) äußerst empfänglich für staatliche Propaganda zu sein scheinen. Dabei geht es nicht darum, das eine gegen das andere aufrechnen zu wollen, sondern zu verstehen, wie es zueinander im Verhältnis steht. Die Erkenntnis daraus ist so simpel wie aufschlussreich – der Wohlstand der einen erzeugt das Elend der anderen. Sowohl auf lokaler Ebene wie auch im globalen Umfang. Abgesehen davon braucht es in einer Welt, in der Geld mehr Wert ist als ein Menschenleben, keinen Blackout, um tragische Geschichte zu schreiben." macchie nr.2: Magazin gegen Ökozid und das Fortbestehen der techno-industriellen Zerstörung

„Wenn du Verzweiflung empfindest, wenn du dich besiegt fühlst, wenn du dich dabei ertappst, dass du dich distanzierst oder dich darauf konzentrierst, was unsere Unterdrücker tun, anstatt darauf, was du selber tun könntest – dann ist das ein Gebiet in dir drin, das der Feind erobert hat." Crimethinc

Zu den deutschen Befindlichkeiten des Editorials im Autonomen Blättchen#64 März-Mai 26 haben wir einige Fragezeichen. Geht es nur uns so, oder lesen auch andere Menschen euer Editorial als Distanzierung?

Wie ein toxischer Ölfilm legt sich ein Distanzierungsimpuls über einen Teil linker und radikaler Gruppen, die mit den Auswirkungen der Aktion am 3.1.2026 am Gaskraftwerk in Berlin Probleme hatten. Wir reden nicht einer unkritischen Haltung das Wort. Die Aktion hat Fragen aufgeworfen, die wir teilweise in unserer dritten Erklärung (unten!) aufgegriffen haben, die auch unsere Fragen sind. Aber wir lehnen eine Selbstgerechtigkeit ab, mit der das „Autonome Blättchen" im Editorial einer Entsolidarisierung aus subjektivistischen Gründen die Tür öffnet. Dass wir euch schreiben, und in deutlichen Worten unsere Kritik an euch und eure Verantwortung als Redaktion adressieren, ist der Sympathie, Wertschätzung und Solidarität zu euch geschuldet. Aber ihr macht euch mit der Form einer zu hinterfragenden Kritik, die zur Begründung einer Nichtveröffentlichung herhält, zum Werkzeug einer Propaganda, die auf Spaltung und Zerschlagung radikaler Ansätze zuläuft. Bevormundend entscheidet ihr darüber hinaus über die Leser:innen, die sich durch den Nichtabdruck keine eigene Meinung zu der zweiten politischen Erklärung bilden können. Und damit auch nicht über die von euch gemachten Vorwürfe. Weder können sie überprüfen, ob unser Text „überheblich", „flapsig" ist, noch wie die Aktion von uns inhaltlich diskutiert und politisch bewertet wird.

In der Vergangenheit habt ihr Aktionen von Vulkangruppen, auch in erkennbarer Solidarität, abgedruckt oder dokumentiert. Zum Beispiel zu dem Blackout von Tesla. Die Dokumentation militanter Aktionen, so sie denn nicht aus Platzgründen unmöglich ist, ist unserem Eindruck nach bisher der Mindeststandard im „Autonomen Blättchen" gewesen. Eine Aktion zu dokumentieren, heißt nicht automatisch, sie (vollständig) gut zu heißen. Aber die Dokumentation ermöglicht, dass sich daran kritische Diskussionen entwickeln können, die auch für die Akteur:innen von Aktionen, wie uns oder andere Gruppen, bzw. Leser:innen, wichtig sind.

Wir nehmen euch in die Verantwortung, euch politisch mit den Widersprüchen der Aktion auseinanderzusetzen und nicht so zu tun, als hättet ihr politisch damit nichts zu tun. Wenn dem so wäre, wäre dies eine andere Zeitung. Bewertet mit uns gemeinsam die Folgen dieser Aktion und verbindet zum Beispiel einen (auszugsweisen) Abdruck mit einer inhaltlichen Kritik. Ihr steht für uns in der Verantwortung. Aus der wollen wir euch nicht entlassen. So wie wir uns der Kritik stellen, erwarten wir das auch von euch.

Das betrifft vor allem die politische Einordnung der Schwierigkeiten und möglicher Folgen, die fundamentale Eingriffe in die kritisch Infrastruktur mit sich bringen! Und die aus unserer Sicht nicht widerspruchsfrei sein können. Uns diesen Widersprüchen zu stellen, ist mit euch zusammen unserer gemeinsame Aufgabe. Denn die Folgen militanter Interventionen diesen Ausmaßes und die politischen Auswirkungen tragen wir alle.

Wir stehen der Diskussion und kritischen Reflexion der Aktion im Rahmen unserer Möglichkeiten offen gegenüber. Wir wünschen sie. Wir fordern sie ein – auch von euch! Dazu gehörte aus unserer Sicht der Abdruck unsere zweiten Erklärung. Dass wir aus unserer Haltung keinen Hehl machen, und die Aktion politisch verteidigen und richtig finden, haben wir in unserer dritten Erklärung noch einmal unterstrichen. Das Leute zum Teil existenziell davon betroffen waren, ist uns in keinster Weise egal.

Vulkan- Switchoff- und andere Gruppen agieren zum Teil mit Eingriffen in die Mobilität oder Strominfrastruktur in einem Feld, in dem sie sich auch bewusst sein müssen, dass Menschen nicht von A nach B kommen oder keinen Strom haben – mit all den Folgen. Unsere Prämisse ist und bleibt, es darf kein Menschenleben gefährdet werden. Unsere Auswertung hinsichtlich dieser Frage ist nicht abgeschlossen.

Eure Anmerkung: „Wenn so ein kolossaler Fehler [„unbeabsichtigter Stromausfall"] bei einer Aktion passiert, wünschen wir uns eine tiefgreifende und ehrliche Fehleranalyse und ein entsprechendes politisches Statement", sehen wir aus einer anderen Perspektive (Nachzulesen in unserer dritten Erklärung unten). Wir fürchten, dass sich die gesellschaftlichen Koordinaten so sehr verschieben, dass Eingriffe in gesellschaftliche Abläufe, wie die unseren, nicht nur ein Vorschlag sind, sondern zwingend für die Zukunft werden könnten. Wir oder andere Gruppen werden uns zukünftig in ganz anderen Widersprüchen bewegen lernen müssen. Dafür brauchen wir andere Herangehensweisen als das Abwürgen politischer Diskussionen. In Hinblick auf diese Aussichten sollten die Auseinandersetzungen gestern, jetzt und morgen gewissenhaft, mit Ruhe, ehrlich und entschlossen geführt werden. Das Heute entscheidet auch über das Morgen mit.

Wollen wir eine militante Perspektive, die die Infrastruktur als Lebensader des technologischen Angriffs hier und in vielen anderen Ländern gezielt ausschaltet, um jenen Angriff zu stoppen und die dabei in den Aktionen den höchstmöglichen Standard an den Respekt für das Leben anderer setzt? Wollen wir die fossile Energiewirtschaft und die „Energiewende" sabotieren? Oder sind wir mit Aktionen zufrieden, die zwar richtig sind,

deren Wirkungen aber nicht mehr im Verhältnis zur Realität stehen? Welche politischen Ziele haben wir? Regional. Überregional. Global. Welche Widersprüche können wir uns oder anderen im Kampf befindlichen Gruppen und Bewegungen zumuten? Welche Widersprüche müssen wir uns allen zumuten? Welche Widersprüche müssen wir politisch beantworten? Wo setzen wir Grenzen? Wie kommunizieren wir Widersprüche, die wir einzugehen bereit sind, mit den Betroffenen von Aktionen, die nicht primäres Ziel der Aktionen sein sollen? Dies nicht zum Selbstzweck, nicht für das gute Gewissen oder andere Eitelkeiten, nicht wegen der Repression oder der Angst vor Ablehnung und Diffamierung, sondern weil die Menschen uns alles andere als egal sind. Weil wir die Menschen und eine befreite Gesellschaft als Maßstab anlegen.

Und weil wir oder die nachfolgenden Gruppen diesen Maßstab nicht aufgeben werden, müssen wir in die Auseinandersetzung kommen, die uns von reflexartigen Distanzierungen wegführt und befreit. Für uns geht es um den Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen in Beziehung zu einer wirkungsvolle Sabotage der Verhältnisse, die weder einen Event- noch einen Symbolcharakter hat, sondern eingreift. Und damit auch Neuland betritt und dadurch neue Risiken eingeht.

Smart City Berlin und EXPOlympia sind keine abstrakten Angriffsziele. Die Aktion gegen Tesla war kein Zufall, Adlershof keine Laune, Gaskraftwerk kein Fehler. Es waren drei Blackouts. Und sie waren alle drei erfolgreich. Tesla, der Industriepark und das Gaskraftwerk waren shut down. Bei allen drei Aktionen waren Privathaushalte betroffen. Die Aktionen sind die Konsequenz, die Verhältnisse einer mörderischen Gesellschaftsform zum Kippen zu bringen. Es ist kein Spiel. Wir kämpfen um das Leben über das unsere hinaus. Wir und andere riskieren sehr viel. Überall auf der Welt riskieren Menschen ihr Leben für eine andere Welt. Viele Kämpfe sind widersprüchlich und nicht mit dem moralischen Zeigefinger beizukommen. Um so wichtiger ist eine grundsolidarische Zeitung, die wertschätzend mit uns Widersprüche diskutiert. Und nicht abwürgt.

Wir bitten Gruppen um analogen Nachdruck und Verbreitung unserer zweiten und dritten Erklärung.
Unsere erste und zweite Erklärung findet ihr zum Beispiel hier
Erste Erklärung 4.1. https://knack.news/14715
Zweite Erklärung: https://knack.news/14834
Dritte Erklärung ist unten:
Ein Leuchtfeuer! Den Herrschenden den Saft abdrehen! Über den Blackout.

Dies ist unsere vierte Erklärung. Andere Erklärungen, die unter unserem Namen „Vulkangruppe : Den Herrschenden den Saft abdrehen" veröffentlicht wurden sind Fakes. Für zusätzliche Klarheit sorgte die „ Vulkangruppe „Das Grollen des Eyajfjallajökull" auf indymedia: http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion/node/620231

Wir gehen von einem beispiellosen Angriff auf Kommunikationsstrukturen wie de.indymedia.org ab dem 3.1. aus. Die Fakekampagne ist nur ein Teil des Angriffs gewesen. Die Urheber des Angriffs sind im Umfeld der Ermittlungsbehörden oder eines Geheimdienstes zu suchen. Eine umfassende Auswertung des medialen, repressiven und geheimdienstlichen Angriffs und deren koordinierten Zusammenspiels steht aus.

Wir erklären unsere Solidarität mit allen verfolgten und gefangenen Antifas, Anarchist:innen, Klimaaktivist:innen und den vielen Widerspenstigen, die von keinen formalen Kategorien erfasst werden. Liebe und Kraft für Dimitra & Marianna im Frauenknast in Griechenland. Switch off the system of destruction. Schafft eins, zwei, drei, viele Vulkane. Disrupt EXPOlympia Mit solidarischen Grüßen „Vulkangruppe : Den Herrschenden den Saft abdrehen"----------

Ein Leuchtfeuer! Den Herrschenden den Saft abdrehen! Über den Blackout vom 3.1.2026:

Ein Leuchtfeuer erhellt eine Kabelbrücke, um ein fossiles Kraftwerk vom Stromnetz zu trennen. Mit beachtlicher Reichweite. Wirkungsvoll und polarisierend. Als „Vulkangruppe : Den Herrschenden den Saft abdrehen" wenden wir uns mit einer dritten Erklärung an euch. Wir wollen ein paar Dinge klarstellen. Wir äußern uns auch zu den bezüglich der Aktion aufgetretenen Widersprüchen.

Während die Brücke noch nicht erkaltet war, wurden von der EU bereits zwanzig neue Gaskraftwerke für Deutschland bewilligt. Das ist der verheerende Normalzustand, der sich zum dauerhaften Ausnahmezustand entwickelt. Wir können nicht warten. Bald könnte jeder Widerstand aussichtslos sein. Wir handeln in Notwehr! Die Zerstörung der Erde mit ihrer Artenvielfalt muss gestoppt werden. Das Leiden ist jetzt schon unvorstellbar. Wir handeln auch, weil Widerstand ein Lebenselixier ist, angesichts der aussichtslos erscheinenden globalen Katastrophen.

Die Aktion vom 3.1.2026 wird wahrscheinlich erst in ein paar Jahren in seiner politischen Bedeutung erkannt und ihren Platz im Repertoire notwendiger Interventionen finden. Noch herrscht einige Verunsicherung hinsichtlich der politischen Einordnung und der praktischen Schlussfolgerungen. Wir wünschen uns jetzt (!) eine Debatte dazu. Wir wünschen uns, dass eine traditionelle, auf den Erhalt des Status-Quo bedachte Linke, sich endlich den fundamentalen Problemen unserer Zeit stellt.

Ob von dieser noch eine Bedrohung für die Tech-Faschisten und deren autoritäre Träume ausgehen wird, halten wir für fraglich. Viele Linke sind mittlerweile so stark in die hegemoniale imperiale Lebensweise eingewebt, dass weder politisch noch sozial der eigene Status erkannt und hinterfragt wird. Alternativen können so weder gedacht, vermittelt noch erkämpft werden.

Auch wir kennen keinen geraden Weg in eine von aller „Herr"schaft befreite Gesellschaft. Wir wissen aber, dass es einer mit vielen Abzweigungen, Irrtümern, Niederlagen und Schmerzen ist. Und vielleicht gibt es auch Momente des Glücks, der Hoffnung und der Zuversicht. Ganz sicher ist, wir wollen und können ihn nicht alleine beschreiten. Deshalb wenden wir uns an euch, die ihr die Offenheit und Bereitschaft nach grundsätzlicher Veränderung habt.

Widerstand bspw. der Vulkangruppen gegen totalitären Machtanspruch und den Umbruch von Herrschaftsformen hat immer wieder Neuland beschritten. Deshalb ist zum jetzigen Zeitpunkt eine abschließende Bewertung und Einordnung des Blackouts vom 3.1.2026 von unserer Seite nicht möglich. Wir lernen noch und immer wieder.

Wir wissen, viele haben nicht verstanden, warum wir einen solchen Angriff auf die Stromwirtschaft und die fossile Struktur gemacht haben. Viele verstehen nicht, was an einer smarten Stadt so schlimm sein soll. Und viele glauben, dass Technik das ökologische System retten wird. Viele glauben, man müsse nur die ideologischen Konzepte auswechseln oder die politischen Führer, dann könnte es vielleicht wieder gut werden; und dass der Fortschritt doch etwas Positives sei. Viele fragen, wie kann man nur so bescheuert sein, die Menschen vom Strom zu trennen - wo es doch als das Selbstverständlichste der Welt scheint, immer und überall Strom für die unsinnigsten Sachen zu haben.

Warum also eine Aktion gegen die fossile Engergiewirtschaft, die in der Folge zu einem großen Blackout vorwiegend in den Vierteln der Reichsten dieser Stadt führte? Zwei Beispiele.

KI-Betrieb funktioniert nur durch ressourcenverschlingende Rechenzentren. Ki-Boom, neue Rechenzentren, explodierender Stromverbrauch bedingen einander. Der Energiehunger von Rechenzentren für KI-Anwendungen und andere Digitalisierungsprojekte wird sich in Europa bis zum Jahr 2030 fast verdreifachen. Wo die Unmenge des benötigten Stroms herkommen soll, wird für Tech-Konzerne und Gesellschaften zu einem zunehmenden Problem. Und weil das öffentliche Netz diesen Hunger nicht mehr befriedigen kann, werden in den USA gleich neben den Rechenzentren Gaskraftwerke gebaut. Schon heute gibt es Kriege um die Ressourcen zur Stromerzeugung. Die Erde wird ausgebeutet, vergewaltigt und verzehrt, um die Gier nach Energie bedienen zu können. Diese Ausbeutung war schon immer kapitalistischer, patriarchaler und kolonialer Herrschaft immanent, sprengt aber jetzt mit der digitalen „Revolution" jede Vorstellungskraft, was Dimension und Dynamik angeht.

Noch während des Blackouts im Berliner Südwesten winkt die EU zwanzig neue Gaskraftwerke allein für Deutschland durch. Der Hauptlieferant für das benötigte Fracking-Gas ist die USA. Die Klimastabilität geht dabei drauf. Ist uns das erst egal, wenn aus dem Hahn kein Wasser kommt, wenn das Grundwasser versiegt, die Alten in den Heimen wie die Fliegen sterben, weil es zu heiß ist, wenn uns das Wasser bis zum Hals steht oder wenn der Sturm unser Dach abgedeckt hat? Und das alles für eine KI und ihre autoritären Herren, die uns in einer Weise bedrohen, wie die Welt es noch nicht gesehen hat. Auch die Zusammenhänge zwischen der Aktion vom 3.1. und der allgegenwärtigen und rapide um sich greifende technologischen Überwachung und Beherrschung von Menschen sind nicht schwer zu verstehen. Stromnetz Berlin artikuliert die Absicht, viel Strom für die Zukunft bereit zu stellen, weil Berlin eine Modellstadt einer smarten City werden soll. Woher kommt der Strom für die Smart-City-Scheiße? Hat uns wer um Zustimmung gefragt? Was hat das mit zerstörerischen Verhältnissen zu tun? Wer profitiert davon? Wofür brauchen wir noch mehr Strom? Was hat das mit Klimakatastrophe zu tun? Alles ist offensichtlich.

Es hilft kein Wegschauen. Es hilft auch nicht, diese Zustände und eine düstere Zukunft zu beklagen. Und keine noch so gute Analyse hilft uns, wenn wir nicht bereit sind zu handeln.

Was braucht es noch, um nachzuvollziehen, dass wir radikal an den Verhältnissen rütteln müssen? Die Abschaltung von Tesla war für uns und viele Anti-Faschist:innen und Klima-gerechtigkeitsaktivist:innen Mutmachend. Hier hatte eine Vulkangruppe tatsächlich in die Verhältnisse

eingegriffen. Viele fanden das gut, obwohl auch Haushalte vom Stromnetz getrennt wurden. Der wirtschaftsschädigende Aspekt über mehrere hundert Millionen Euro wurde lachend begrüßt. Natürlich kann eine Aktion alleine den Wahn des technologischen Fortschritts und die ihm immanente Zerstörungskraft nicht stoppen. Aber sie kann eine notwendige radikale Infragestellung darstellen und gleichzeitig materiell substanziell eingreifen. Ist das angesichts des Zustands der Welt nicht notwendig?

Vielleicht ist diese letzte Frage ketzerisch: Ist eine traditionelle Linke dermaßen staatsgläubig geworden, dass sie herrschende Narrative nicht hinterfragt? Wie kann es sein, dass der medialen und staatlichen Reduzierung des vermögendsten Bezirks Berlins auf ein Altenheim und einen Wohnblock armer Leute, wider besseren Wissens, vorbehaltlos gefolgt wird?

Wir werden uns einige Hardfacts der Aktion heranholen und stellen damit den Reflex in Frage, der die Aktion als Eigentor beurteilt. Im Gegenteil: wir stellen fest, dass die Aktion ein Volltreffer war. Aus der Wirtschaft kam ein Aufschrei; der Anschlag träfe das Rückgrat der Wirtschaft und den Technologiestandort. Die Widersprüche, die durch die Auswirkungen unserer Aktion entstanden sind, verleugnen wir nicht und setzen uns mit ihnen auseinander. Sie diskreditieren die Aktion aber nicht. Überhaupt nicht.

Inhalt:

1. Hardfacts

2. Eigentor - Echt jetzt?? Der Notstand ist jetzt – Noch zu warten wäre Wahnsinn!

3. Arbeiter, die Vulkane wollen euch eure Villen in Zehlendorf wegnehmen. Völker, hört die Signale.

4. Eine Million Euro oder eine Millionen Gründe für Widerstand!

Grundsätzliches:

Die Zukunft zwingt uns und alle, die nicht zynisch geworden sind, in allen gesellschaftlichen Sektoren, in allen Ländern dieser Erde und mit allen politisch und moralisch vertretbaren Möglichkeiten nach Wegen zu suchen, Herrschaft und der Zerstörung von Leben ein grundsätzliches Ende zu bereiten. Dies ist und bleibt Ausgangspunkt!

Unser Beitrag vom 3.1.2026 war ein Angriff auf die fossile Energiewirtschaft, eine Kampfansage an die „Smartifizierung" der Städte und eine Sabotage des totalitären Angriffs auf unser aller Leben durch die neuen Technologien. Wir stehen zu den Auswirkungen des Feuers unter der Kabelbrücke.

Der totale Blackout in den reichsten Bezirken dieser Stadt war nicht unser Ziel. Aber bei näherer Betrachtung ein zu begrüßender Effekt, den wir in diesem Beitrag noch einmal politisch aufbereiten und ausdrücklich verteidigen! Wir können uns nicht nur die Reichen nicht mehr leisten, sondern wir sabotieren auch eine imperiale Lebensweise, die auf Kosten anderer organisiert ist und uns selbst auch zu (un-)gewollten Kompliz:innen macht. Während in anderen Regionen der Welt viele Menschen um ihr Überleben kämpfen, haben sich die Reichen im Berliner Südwesten auf ein weiteres Jahr gefreut, in dem sie von der weltweiten Verarmung und Ausbeutung profitieren. Unser militanter Neujahrsgruß traf mehrheitlich nicht die Falschen.Diese Aktion hat auch zu Widersprüchen geführt. Wir tragen die Verantwortung für die Auswirkungen auf das Leben von etwa 100.000 Menschen. Und übernehmen sie selbstbewusst.

Wir sind uns sicher, dass wir in wenigen Jahren anders auf die Aktion zurückschauen werden. Dann werden die Machbarkeit und die Notwendigkeit solcher Aktionen in den Vordergrund rücken, weil zunehmend offensichtlich werden wird, welche politische Perspektive in der Sabotage des zerstörerischen Fortschritts liegt. Gleichzeitig wird unsere Aktion mitsamt ihren Widersprüche in den Erfahrungsschatz der Sabotage von kritischer Infrastruktur eingehen. Alle, auch wir, lernen daraus. Zu der Aktion gegen die fossile Energiewirtschaft stehen wir nach wie vor. Und wir bleiben bei der Prämisse, dass kein Menschenleben durch unsere Aktionen gefährdet werden darf.

Über die Verunsicherung

Die Linke, im allgemeinen gesprochen, erschrickt immer, wenn es einen offensiven Schritt des Angriffes gibt, der sich nicht aus einem reaktiven Opferstatuts her legitimiert. Auf eine Ungerechtigkeit militant zu reagieren fällt Linken leichter, als selbstbestimmt Zeitpunkt und Form einer offensiven Handlung in die Tat umzusetzen. Auch halten bei Aktionen ähnlich der unseren viele Aktivist:innen die Luft an, weil sie nicht mit der Tragweite offensiver Aktionen umzugehen wissen. Zum Anderen sorgte die Medienhetze für große Verunsicherung. Wir hätten den Tod von Menschen bewusst im Kauf genommen - dabei lag das Versagen auf Seiten eines Stromanbieters. Die Menschen in den Heimen wurden von einer Regierung und einer Wirtschaftspolitik instrumentalisiert, die tagtäglich Menschenleben verhöhnt, verächtlich macht und gegen Arme hetzt. Eingeschüchtert von den Bildern frierender Menschen, die für propagandistische Zwecke ins Feld geführt wurden, verdrängten viele Linken, dass der Stromausfall eigentlich einen Standort mehrheitlich Superprivilegierter, Reicher und Mächtiger getroffen hatte.

Jene, die glauben wir hätten der Klimabewegung oder der Linken einen „Bärendienst" erwiesen, überzeugen uns nicht. Denn einige jener, die diese Vorwürfe an uns richten, stehen nicht auf der gleichen Seite der Barrikade wie wir. Sie haben bezahlte Stellen in Parteiapparaten und NGOs oder agieren aus Gründen taktischer Machtpolitik. Wer von ihnen ist gewillt, grundsätzlich andere Verhältnisse herbeiführen?

Uns interessiert die Vielzahl der Menschen, die unsere Motivation und Argumentation verstehen wollen. Uns interessieren die Menschen, die an der Klimapolitik, an dem Rechtsruck, an der Ungerechtigkeit, die sie täglich identifizieren können, verzweifeln aber Fragezeichen zu gängigen Methoden von Demonstrationen, Petitionen, Wahlen etc. haben; die sich aber auch unsicher sind, ob Sabotage ein richtiges Mittel zur Veränderung ist. Uns interessieren die Menschen, die in Parteien, in NGOs abhängen, die aber berechtigte Zweifel an der Wirksamkeit ihrer Arbeit haben. Uns interessieren die Menschen, die sich gefreut haben, dass der Südwesten

als eine „Bonzenhochburg" mal sein Fett abbekam. Uns interessieren die Menschen, die sich mit uns gerne auf Augenhöhe streiten würden, ohne uns zu denunzieren und die unsere Beweggründe ernst nehmen. Uns interessieren andere militante Gruppen und was sie aus der Aktion für sich mitnehmen werden. Uns interessieren die Menschen, die den Blackout von Tesla begrüßten aber verunsichert sind, was die Aktion gegen das Gaskraftwerk am Teltowkanal betrifft. Für uns endet eine Aktion nicht mit der Tat!

Da unsere Aktion zu Widersprüchen führte, und das tut eigentlich jede größere militante Intervention, übernehmen wir Verantwortung, um jene Herzen und Köpfe der Menschen zu erreichen, die uns wichtig sind. Auch im Nachgang. Doch in einem Land, in dem die Distanzierung von der militanten Aktion seit Jahrzehnten zum guten Ton vieler Linker gehört, müssen wir genauer hinschauen.

Widersprüche tauchen im Kontext von Widerstand ständig auf, denn es gibt immer Kräfte, die gegen die militanten Interventionen agieren, oder ein taktischen Verhältnis dazu haben. Und eine widerspruchsfreie Aktion, die im günstigsten Fall für sich selbst spricht, ist eher die Ausnahme und nicht sehr realistisch. Selbst die Aktion einer Vulkangruppe, die Tesla erfolgreich und mit sehr viel Zustimmung in der Bevölkerung in den Blackout schickte, war nicht widerspruchsfrei. Um die 5000 Haushalte waren kurzzeitig vom Netz getrennt und auch hier agierte der geübte Propagandaapparat in der gewohnten Weise und schrie „Terror". Auch hier wurden Krankenhäuser und Pflegeheime gegen die Vulkanaktivitäten angeführt. Nur wurden die Widersprüche von der Öffentlichkeit und vieler Linker hier eher nachgeordnet betrachtet, weil die Freude über die tote Gigafactory überwog. Und eine soziale Bewegung rund um „Tesla den Hahn abdrehen" war in großer Anzahl nicht bereit sich zu distanzieren. Auch bei der Aktion gegen Tesla in Grünheide traf es Leute, die nicht Ziel der Aktion waren. Viele aber reagierten sehr gelassen oder sogar zustimmend, obwohl ihr Eisfach tropfte. In unserem Fall liegen einige Rahmenbedingungen schwieriger. Etwa 45.000 Haushalte wurden zu Eisfächern.

Fehlende oder faktische Zustimmung alleine sagt nichts darüber aus, ob die Aktion nun „richtig" oder „falsch" ist. Wahrscheinlich konnte die Vulkangruppe die Tesla abschaltete, auch die soziale Zustimmung oder Ablehnung zur Aktion nur bedingt kalkulieren. Auch sie griffen mit Statements in die Debatte ein, um Distanzierungen und den Vorwurf des Terrorismus politisch zu parieren. Wer jetzt die Aktion gegen Tesla (gut) gegen die Aktion gegen das Gaskraftwerk (schlecht) ausspielt, verbaut sich und der Bewegung einen geweiteten Horizont auf kontinuierliche, praktische und wirkungsvolle Interventionen und Sabotageformen.

Es geht nicht darum Robinhoodaktionen zu machen, die gefällig sind und der traditionellen Linken in den Kram passen, sondern den ganzen Laden der Ausbeutung, Zerstörung und der Kriege zum Erliegen zu bringen. Dazu braucht es natürlich eine Analyse, worauf die Ausbeutung, Zerstörung und die Kriege beruhen und wo die Hebel sind, Herrschaft ohne Hintertürchen aus den Angeln hebeln zu können. Das geht natürlich nicht allein durch Sabotage. Es braucht eine globale soziale Revolution und es braucht die Entschlossenheit zur Organisierung - aus der heraus die Kontinuität direkter Interventionen möglich ist.

Aus den Kämpfen und den daraus erwachsenen Widersprüchen sollte eine Bewegung grundsätzlich lernen. Und damit offensiv, solidarisch und ehrlich zugleich umgehen. Und nicht eingeschüchtert von der Propaganda zurückweichen. Als wir am 3.1. die Kabel unter der Kabelbrücke am Teltowkanal in Brand setzten, setzen wir mehr in Bewegung, als wir damals selber vermuteten. Jede Aktion ist aus unserer Sicht in ihrer Wirkung anders. Punkt.

Die Hardfacts. Pssst. Darüber besser schweigen. Still jetzt.

Es wurde über die frierenden Menschen in den Senior:innenresidenzen geredet, die Krankenwagen, die Betroffene verlegen mussten. Geredet wurde über zusammengebrochene, elektronisch gesteuerte Fernwärmesysteme, die von uns nicht angegriffen wurden. Warum haben die kein autarkes System? Geschrieben wurde über einen Anschlag, der Menschenleben angreift, anstatt zu fragen, warum das Stromnetz nicht redundant ausgelegt ist.

Schauen wir auf die verschwiegenen Fakten:

Um die 90 ausgeschaltete Handymasten auf einen Schlag. Kein Funk. Kein Internet. Um die 2200 Gewerbe ohne Strom. In den reichen Vierteln zum Beispiel: Immobilenunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien der Vermögenden, Delikatessenläden, Juweliere, Boutiquen reicher Damen, Cafes für die gehobene Schicht, Start ups, die sich die teuren Mieten leisten. Lebensmittelläden, deren Angebote und Preise sich vom Rest der Stadt abheben. Ausgeschaltet auch die Auslandsvertretungen, Botschaften, Botschaftsresidenzen und Konsulate, als verlängerter Arm der Eliten ihres jeweiligen Landes.

Lahmgelegt die Rückzugsorte der Lobbyist:innen in der Hauptstadt. Ohne Empfang musste sich die Elite aus dem Südwesten verdrücken. Lasst euch das Bonbon mal auf der Zunge zergehen. Mehrere Zehntausende Superprivilegierte, Reiche und deren Personal, deren Leibwächter, Sekretär:innen, Nannis mussten das Weite suchen. Kein Friseur, kein Beautyshop. Kein Klavierunterricht für die Sprösslinge, die mal den Dreck erben werden, den Papa und Mama anhäufen. Ausgeschaltet jede Möglichkeit vom Homeoffice die Börsenkurse zu checken. Ausgeschaltet der Handel mit CO^2 Zertifikaten oder Aktien. Keine Rhein-Metall-Aktien zu kaufen. Kein Tictoc, mit dem die Kids auf den superteuren Smartphones rumspielen und ihre Lateinnachhilfe skippen können. Kein Tracking von gar nichts. Ausgeschaltet alle Elektroladestationen für E-Autos und ausgeschaltet jedes Bezahlsystem. Lahmgelegt das teure E-Bike. Ausgeschaltet die Möglichkeit das Handy aufzuladen, zu telefonieren. Ausgeschaltet die Tankstellen. Ausgeschaltet die S-Bahnen, deren Trafohäuser über das Kraftwerk versorgt wurden. Kein Flug, mal eben schnell zu buchen und gleich zu bezahlen. Ausgeschaltet Rathäuser und staatliche Verwaltungsstellen. Ausgeschaltet auch sämtliche Polizeistationen und deren digitales Funknetz. Nur die Notversorgung läuft noch, wenn überhaupt. Ausgeschaltet auch Sicherheitsfirmen, Bodyguards von Promis, Managern, Bankern, Politiker:innen. Ausgeschaltet die Institutionen zivil-militärischer Strukturen, die vor uns verborgen sind. Davon gibt es einige. Ausgeschaltet die Orte der Geheimdienste und militärischer Verbündeter, die wir hinter manchen Mauern nur erahnen können. Ausgeschaltet Straßenbeleuch-

tung und Ampeln. Keine einzige Kamera mehr auf Sendung. Auch keine Verkehrkamera.

Tausende Villen ausgeschaltet. Ausgeschaltet die privaten beheizten Swimmingpools und Tennishallen. Ausgeschaltet jegliches Sicherheitssystem und die Schießanlagen im Keller. Ausgeschaltet die Luxusrestaurants. Das elektrische Rolltor verschlossen. Der Wagen, der nicht aus der Tiefgarage kommt. Angezählt ein Bürgermeister. Getroffen ein Gaskraftwerk mit einer Giffey, die Berlin als Modellprojekt einer smarten Stadt betreibt. Getroffen ist reibungslose Nutzung fossiler Energie. Getroffen eine „Energiewende", die den CO^2 Ausstoß auch für die Zukunft in Kauf nimmt. Getroffen auch ein technologisches Sicherheitsversprechen, das nicht eingelöst werden kann. Angekratzt der Wachstumswahn und das Versprechen auf selbstverständlichen „Wohlstand". Bloßgestellt sind die Menschenjäger im Bundesinnenministerium. Ins Schwimmen geraten: Stromnetz Berlin als lahme Ente auf dem Teltowkanal, weil es keine Resillienz vorweisen kann. Totalschaden für den Technologiestandort Berlin und für die Zukunftspläne. Kann die Stadt EXPO und Olympia? Volltreffer: Imageschaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Imageschaden für die EXPO und Olympiade in Berlin. Der Technologiestandort unattraktiv. Ohne Zukunft: Der Fortschritt der Zerstörung und eine imperiale Lebensweise. Pssst. Darüber besser schweigen. Still jetzt. Das könnte sonst die Fragen in die richtige Richtung lenken, ob wir den ganzen Scheiß nicht einfach ausschalten können. Und ausschalten sollten. Eigentor - Echt jetzt?? Der Notstand ist jetzt – Noch zu warten wäre Wahnsinn!

„Wachstum, Wachstum, Wachstum. Das ist die Schicksalsfrage der Nation", so der Rechtsextremist Jens Spahn am 16.1.2026. Das ist Parole und unhinterfragte Ideologie. Unverblümte Propaganda für die Zerstörung der Erde zum Wohl einer Nation. Das könnte auch China in anderen Worten, ebenso nationalistisch und ideologisch aufgeladen, so formulieren. Auch die USA mit ihrer „Make Amerika great again" Ideologie nimmt sich da nichts.

Die Klimabewegung ist leider global gescheitert. Wie werden die Herrschenden jetzt gezwungen, den Kurs zu ändern? Jetzt ist der Zeitpunkt, auch mit den Mitteln der Sabotage, jedes fossile Kraftwerk vom Netz zu nehmen. Widerstand gegen die fossile Energiewirtschaft, gegen die Smartifizierung der Städte und des Landes ist richtig. Stromnetz Berlin artikulierte (siehe erste Erklärung 4.1. https://knack.news/14715) explizit den Anspruch auf ein smartes Berlin als Modellstadt. Wie soll ein Bruch mit dieser Entwicklung stattfinden? Das müsste diskutiert werden. Wie kann ein Bruch mit der imperialen Lebensweise stattfinden? Wie autoritäre Überwachung und Manipulation der Gesellschaft durch Tech-Konzerne, Tech-Faschisten und staatliche Akteure unterbinden? Wir reklamieren für uns das Recht und die Pflicht zu einem umfassenden Widerstand im Rahmen politisch vertretbarer moralischer Prinzipien, die die Achtung von Menschenleben unbedingt einschließen.

Dass der Ansatz der Sabotage ein radikaler ist, ist uns klar. Aber die Mittel der Sabotage, die seit Jahren gegen den technologischen Angriff politisch wirkungsvoll etabliert wurden, trennen uns nicht von anderen Initiativen. Wir sind nur einer der militanten Arme der verschiedenen Bewegungen. Widerstand gegen den Ausbau der Stromnetze (hier unter dem Deckmantel der „Energiewende") gibt es überall auf der Erde, weil die Ideologie des Fortschritts und die kapitalistischen Voraussetzungen weltweit wirken.

Nur mit „grenzenlos" zur Verfügung stehender Energie kann der technologische Angriff durchgeführt werden. In diesem Wettstreit befinden sich die verschiedensten Herrschaftssysteme weltweit. Es ist ein Kampf um Vorherrschaft inmitten der laufenden Krisen und Zusammenbrüche, es ist ein Kampf um die Dominanz ideologisch unterschiedlicher Ansätze und Herrschaftsformen. Ein Herrschaftsmodell ökonomisch so folgenreich und zerstörerisch wie jedes andere auf der Erde. Denn allen ist gemein, Wachstum, Wachstum, Wachstum.

Deswegen kennt unser Kampf dagegen auch keine Grenzen. Er ist nicht nur regional. Wir reihen uns mit unserer Aktion in die vielen globalen Kämpfe ein und werden ein Teil von ihnen. Vielerorts gibt es Sabotage an Infrastruktur, die im Dienst herrschender Interessen steht, weil Menschen begriffen haben, dass diese ein Netz der Zerstörung darstellt. Wir sind mit unserem Denken und Handeln nicht allein. An vielen Orten wird über die Richtigkeit und Wirksamkeit von Sabotage gestritten. Das ist gut und wichtig. Soziale Strukturen, die solche Erfahrungen diskutieren und hier und andernorts aufgreifen, weiterentwickeln und Echos geben, das braucht es. Die Vulkane sind nur ein Echo dieser Kämpfe unter vielen in vielen Teilen der Welt, die einem Geist des Widerstands entsprechen. Ökonomisches Wachstum zu sabotieren, liegt auf dem Weg, eine menschenwürdigere Welt zu erkämpfen. Wir sagen da nichts Neues.

Die Globalisierung neuer Kämpfe gegen Wachstum, imperiale Lebensweise und den technologischen Angriff läuft wirkungsvoll über viele Stränge. Die Sabotage der Vulkane gegen wichtige Infrastruktur ist nur ein Strang. Wir verstehen uns als Teil einer global existierenden Widerstandsbewegung. Sie mag schwach sein. Aber sie ist unsere einzige Hoffnung.

War unsere Aktion nun ein Eigentor? Anmaßend? Wir entgegnen: Was bringt ein Vulkan in Bewegung und welche Bewegungen erzeugt er? Wir sind weder politisch noch technisch gescheitert.

Politisch und „technisch" betrachtet:

Gescheitert ist Stromnetz Berlin, das 45.000 Haushalte nicht mehr beliefern konnte. Gescheitert ist ein Senat, dessen Bürgermeister Tennis spielt, während andere in ihren Wohnungen sitzen und frieren. Blöd gelaufen für die Umfragewerte. Gescheitert sind Parteien wie die Linke (oder die Grünen), die vom Klimaschutz reden und sich von einer militanten Aktion distanzieren müssen, weil sie nur noch in der Logik zukünftiger parlamentarischer Regierungsmacht handeln können und ohne Antworten auf den kommenden Kollaps und die Verwerfungen sind. Gescheitert ist das Versprechen, dass „Wachstum, Wachstum, Wachstum" ein guter Weg sei, während die Welt im Kampf um die Ressourcen und den Folgen des Klimakollaps im Chaos versinkt. Gescheitert ist eine Propaganda, die ernsthaft glaubt, Aktionen, wie die unsere verhindern zu können. Gescheitert sind die Reichen in ihren Villenvierteln, weil sie glaubten, sie könnten ungeschoren so weitermachen wie bisher.

Technisch gescheitert wären wir, wenn es keine Folgen gegeben hätte. Wenn die Kabel durchgebrannt wären, das Kraftwerk aber weiter geliefert hätte. Es hat aber nicht geliefert. Es hat zwar, entgegen unserer

Annahme, mutmaßlich keinen Strom teuer zu den tagesüblichen Preisen an der Strombörse zugekauft, um den Südwesten nach einem Blackout zu beliefern (um nicht vertragsbrüchig zu werden). Doch deren Netz ist noch so aufgebaut wie vor dem Mauerfall. Es ist ein Relikt aus dem letzten Jahrtausend, wie die politische Klasse, die Stromnetz jetzt führt.

Es kam zum Blackout, aber auch zu einem hohen Schaden für die Energieindustrie. Über die gesamten Kosten wird auffallend geschwiegen. Der Schaden dürfte gewaltig gewesen sein und irgendwo zwischen einem zweistelligen hohen bis dreistelligen Millionenbetrag gelegen haben. Doch die Medien wurden auffallend mit den Einzelschicksalen von Menschen gefüttert, so dass jede Aufmerksamkeit für die politische, strukturelle und finanzielle Wirkung überdeckt wurde. Einzig der Frage, warum ein Vulkan einen solchen strukturellen Schaden mit diesen Auswirkungen anrichten kann, wurde nachgegangen.

Für uns war immer klar, wir werden das Kraftwerk nicht direkt ausschalten. Es ging um das Kappen der Lieferung. Es ging immer darum, das Gaskraftwerk vom Stromnetz zu trennen. Wir waren davon ausgegangen, dass der Strom in kurzer Zeit durch einen redundanten Netz-Strang (teurer Zukauf zum Nachteil von Stromnetz Berlin) wieder geliefert wird. Das war eine Fehleinschätzung. Die Fähigkeiten von Stromnetz, die auf Profit und nicht Energiesicherheit ausgerichtet sind, reichten dafür nicht aus.

Die Sommertage wären aus Rücksichtnahme auf einige mittellose Bevölkerungsgruppen und Senior:innenheime, aus heutiger Sicht der elegantere Weg zur Durchführung der Aktion gewesen. Mit den flächendeckenden Auswirkungen, die vor einem armen und einem reichen Haushalt nicht unterscheiden, kamen auch Menschen zu Schaden, denen wir Wärme, bezahlbare Lebensumstände und Respekt wünschen. Diese Menschen zu treffen, war nicht unser Ziel. Dahingehend haben wir uns entschuldigt, mehr konnten wir als klandestine Gruppe nicht tun. Zusätzlich haben wir uns bedankt bei den Menschen, die in Selbstorganisierung aktiv wurden und anderen Bedürftigen zur Seite standen.

Eine zweifache Absicherung bei Krankenhäusern, Pflegestationen und lebenswichtigen Einrichtungen ist Pflicht und zwingend vorgesehen. Ein funktionierendes autarkes System zur Stromerzeugung (z.B. Generatoren) für lebensnotwendige Versorgungseinrichtungen ist in Deutschland Vorschrift und wird regelmäßig überprüft. Es liegt in der Verantwortung der direkten Aktion, die Auswirkungen einschätzen zu können und dabei Abwägungen zu treffen. Das sollte nicht dazu verleiten, unnötig darauf zu spekulieren, denn eine jede Aktion dieser Größenordnung birgt immer auch ein Risiko, dass nicht alles bis ins letzte kalkulier- und planbar ist. Die auf Redundanz ausgerichteten Einrichtungen mit lebenswichtiger Versorgung waren für uns eine Voraussetzung, das Gaskraftwerk überhaupt vom Netz zu trennen.

Nachweislich waren die lebensnotwendigen Einrichtungen und Institutionen, wie zuvor recherchiert, stabil aufgestellt. Das betraf darüber hinaus auch lebensnotwendiges Gerät im privaten Bereich, sodass dieses bei Stromausfall für mindestens sechs Stunden auf Batterieversorgung umgeschaltet wurde. Ohne diese Kenntnis wäre die Aktion von uns nicht verantwortet worden. Es war für die Betroffenen, bzw. für das Pflegepersonal, ausreichend Zeit gegeben, für dieses Problem eine Lösung zu finden.

Heute können wir mit zeitlicher Distanz zurückblicken und die Instrumentalisierung z.B. vieler Heimbewohner:innen belegen. Dass den Regierenden die Menschen eigentlich egal sind, das hat der Tennisprofi Wegner als Bürgermeister der Stadt eindrucksvoll dokumentiert. Das ist kein Ausrutscher auf dem Tennisplatz, sondern der Arroganz der Macht geschuldet. Mit der gleichen Kaltschnäutzigkeit lassen deren Parteien Menschen nach Afghanistan abschieben oder nehmen die bedrohten in Pakistan festsitzenden Menschen nicht auf, deren Fähigkeiten sie zuvor im Krieg gegen die Taliban ausgebeutet haben. Die gleichen Parteien lassen Menschen an den Grenzen sterben, kürzen das Bürgergeld und unterstellen Arbeitslosen Faulheit, greifen die Gesundheitsvorsorge an und wollten die Leistungen für Zahnbehandlungen auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen. Aus ihrem Mund kommen nur Lügen und Verachtung, verpackt in Worthülsen, strategische Sätze und offenkundige Hetze gegen jene, die dem Wachstumswahn im Wege stehen.

Warum hören wir ihnen noch zu und lassen uns von deren Geschrei beeindrucken, wenn ihr Klientel nicht mehr in die Villen kommt?

Die Notunterkünfte waren auffallend leer. Weil zum einen die Reichen in die Hotels umzogen und auf Diskretion, sprich Verheimlichung ihres Reichtums setzten, gab es keine Dokus über sie. Dokumentiert wurden das Leben jener, die geeigneter waren, Munition gegen die Aktion zu liefern. Das Jammern über die kalte Villa wäre überdies nicht gut angekommen. Anderen Menschen zeigten angesichts des Stromausfalls Solidarität und Empathie. Die sozialen Netze in der Stadt funktionierten für viele Betroffene des Stromausfalls.

Lechts oder Rinks?

Die offensichtliche und beabsichtigte Instrumentalisierung frierender Menschen sollte den politischen Volltreffer verschleiern. Und sie wurde bereitwillig aufgegriffen. Das Narrativ der „armen Opfer“ im Südwesten wurde bewusst gesetzt und fand seine emotionale Zustimmung bei Lechts wie Rinks. Damit ließ sich alles machen. Reiche? Doch nicht im Südwesten. Die Bilder waren mächtig. Wer die Macht über die Bilder hat, bestimmt den Diskurs. Das war schon immer so.

Wir hatten dem in diesem Fall wenig entgegenzusetzen, zumal wir mit diesem Ausmaß des Blackouts nicht gerechnet hatten und uns selbst einen Überblick über die mediale Instrumentalisierung von Betroffenen und den realen Problemen, die durch den Blackout ausgelöst wurden, verschaffen mussten. Das kann man für naiv halten. Doch Aktionen mit einer großen öffentlichen Wirkung durchlaufen eigene Dynamiken und erfordern im Prozess schnelle Einschätzungen, die so schnell nicht immer zu haben sind. Die Wirkung bis ins Kleinste ist in der Regel nicht vorher absehbar, darum endet eine militante Intervention nicht mit der Sabotage als solche. Ihre Wirkung entsteht auch im folgenden Diskurs – und in der Inspiration, die sie im besten Fall bietet. Doch einmal mehr zeigte sich, wie unkritisch und erstaunlich schnell viele Linke sich vor den Karren spannen ließen. Darüber brauchen wir eine Auseinandersetzung..

Auch die Rhetorik vom Terrorismusvorwurf, die vielen Fakeschreiben auf Plattformen wie de.indymedia.org, vorgeblich in unserem Namen, die Lügen von der ersten Toten, die wir auf dem Gewissen hätten, die unterstell-

te Nähe zu russischen Geheimdiensten, sind das Repertoire aus dem Waffenschrank der psychologischen Kriegsführung, um die soziale Wirkung und konstruktive Auseinandersetzungen einzugrenzen, Desorientierung zu verbreiten, Diskussionen zu beeinflussen und Ansätze militanter Intervention gegen die Verursacher der laufenden Zerstörung grundsätzlich zu delegitimieren.

Und deshalb weisen wir immer wieder darauf hin – Im Südwesten Berlins leben überproportional viele Reiche. Reiche, die auf Kosten anderer Menschen leben. Ihnen gegenüber haben wir uns nicht zu verantworten. Im Gegenteil, hier traf es die Richtigen.

Im Bereich unserer Verantwortung lag, in der Erklärung nicht ausreichend auf den Blackout eingegangen zu sein und Vorschläge zum Umgang damit unterbreitet zu haben. Im Verantwortungsbereich öffentlicher Gruppen lag es, nicht sofort in die wenigen Wohnblocks zu fahren, wo gegen Ende des Monats kein Geld mehr da ist, und mit Essen oder warmen Getränken oder anderen Angeboten präsent zu sein. Das konnten wir angesichts des Repressionsdrucks nicht selber tun.

Für einen angemessen Umgang bedarf es einer organisierten Struktur und politischer Diskussionen im Vorfeld. Und dann müssen auch noch die Kapazitäten da sein und schnelle Kommunikationen funktionieren. Als politische Bewegung müssten wir Ressourcen schaffen, um eine solidarische Versorgung von Hilfsbedürftigen mit zu unterstützen, bzw. anzubieten. Das hätten wir vorher mitbedenken sollen.

Im gemeinsamen Bereich der Verantwortung öffentlicher und nichtöffentlicher Gruppen liegt es, in der Offensive zu bleiben, wenn die Aktion zu dynamischen Entwicklungen führt, die Fragen aufwirft. Wir beanspruchen als Vulkangruppe, in die Gesellschaft hinein zu wirken. Wir sagen nicht das dies einfach sei. In unserem Fall war es eine große Herausforderung mit den komplexen unterschiedlichen Ebenen und unerwarteten Umständen einen verantwortlichen Umgang zu finden. Als wir erkennen mussten, dass das Stromnetz entgegen unser Analyse keine Redundanz für den Berliner Südwesten vorsah, haben wir uns bekanntlich bei den pflegebedürftigen Personen und deren Angehörigen und den mittellosen Menschen entschuldigt, die wir nicht treffen wollten. Den Villenbesitzern gönnen wir weiterhin diesen militanten Neujahrsgruß.

Aber wir konnten in der Erklärung ein Dilemma nicht auflösen. Dass ein gewaltiger medialer Apparat sofort in Bewegung kam und Bilder setzte, die die Realität verzerrten, ist nicht neu. Aber die Unverfrorenheit, den Südwesten (wir reden bei dem Bezirk Steglitz-Zehendorf insbesondere von den Vierteln Wannsee, Nikolassee und Zehlendorf), wie eingangs beschrieben, zu einem einzigen frierenden Pflegeheim zu machen, als gäbe es nichts anderes, verfehlte sein Wirkung nicht. Dass eine Traditionslinke bis hin zu radikalen Gruppen sich von diesem medialen Angriff beeindrucken und verunsichern ließ, machte es nicht einfacher.

Zu glauben, aufgrund dieses Dilemmas den Kampf auf Gesten und symbolische Aktionen runterzufahren und pressegefälligen Aktionismus zu simulieren, steht angesichts des beschriebenen Abgrunds, in den die Menschheit gerade blickt, nicht zur Diskussion. Zur Diskussion steht, wie wir wirkungsvoll intervenieren und die Härten, die wir dadurch anderen zumuten, kommunizieren und vermitteln wollen, und dafür grade zu stehen. Das wir nicht dafür umarmt werden, wenn wir diese Härten verteidigen, ist ein Umstand mit dem wir leben müssen und den wir zu akzeptieren haben. Denn Widerstand gegen die himmelschreienden globalen ungerechten Verhältnisse greift natürlich ein und an.

Und in diesem Fall haben wir es, ohne es darauf angelegt zu haben, überproportional vielen Reichen den Start ins neue Jahr versaut. In diesen lahmgelegten Viertel sitzen bis auf die Ausnahmen ein großer Teil derer, die mitverantwortlich sind, für die Misere, die sie tagtäglich produzieren. „Wir können uns diese Reichen nicht mehr leisten" und das haben sie zu spüren bekommen. Genau genommen haben wir den militanten Ansatz der „Vulkangruppe Friede den Hütten…" zum ersten Mai 2025 nochmal Ausdruck verliehen und eine ihrer Forderung: „Reiche enteignen – Besitz abschaffen" für vier Tage eingelöst. Sie hatten in einem mehrheitlich von Reichen bewohnten Viertel ein Trafohaus angesteckt.

Völker, hört die Signale.

Arbeiter, die Vulkane wollen euch eure Villen in Zehlendorf wegnehmen.

Das Jahr fängt schlecht an in den Berliner Arbeiterbezirken. Am 1.3. 2026 gehen in Zehlendorf und Wannsee die Lichter aus. Die Ärmsten der Armen müssen in ihren engen Behausungen zusammenrücken und frieren trotzdem. Sie können sich keine Hotels leisten und warten mehr als vier Tage auf Strom. Der Aldi hat geschlossen und auch der Späti hat zu. Nichts zu trinken und kein Handyempfang, um sich eine Pizza per App zu bestellen. Währenddessen holen die Millionäre in den wohlhabenden Viertel in Neukölln, Marzahn, Lichtenberg und Wedding den Champagner aus dem wohltemperierten Keller und stoßen auf den Stromausfall im Berliner Südwesten an. Endlich mal die Richtigen, denkt sich der ein oder andere Villenbesitzer in Marzahn oder Neukölln. Die Dubaischokolade schmecken doppelt so gut, wenn man weiß, der Pöbel leidet in seiner engen Bude am Schlachtensee.

Das „Neues Deutschland" (ND) kombiniert messerscharf; „Anschlag in Berlin: Nützliche Idioten der herrschenden Klasse". Und dann: „Geschulten Marxisten ist es ein Leichtes, diese Rabulistik als einen Wiedergänger einer historischen Irrlehre zu erkennen. Es handelt sich um eine besonders destruktive Variante des Anarchismus, die unserer Bewegung für die Befreiung des Menschen seit mehr als 150 Jahren wie ein Klotz am Bein hängt. Die Entwicklung der Produktivkräfte wird hier nicht als notwendige Dialektik erkannt, sondern als neue Form der Unterdrückung verteufelt. Statt die ungleiche Verteilung der Früchte dieser Produktion zu kritisieren und die Planwirtschaft als einzige Möglichkeit einer rationalen Allokation der bestehenden Ressourcen zu propagieren, um die Klimakatastrophe aufzuhalten, versteift man sich auf eine Grundkritik der Moderne und romantisiert geradezu esoterisch anmutend die Natur. Maskiert unter linker Rhetorik wird eine zutiefst konservative, ja reaktionäre Ideologie präsentiert, die die Menschheit zu ihren primitiven Wurzeln statt zum Fortschritt führen will."

Und weiter heißt es: „Während die Bonzen in Zehlendorf genügend Kleingeld übrig haben, um sich während des Stromausfalls in Hotels einzuquartieren, muss die Arbeiterklasse in bitterkalten Wohnungen ausharren. Was wir Kommunisten wollen, ist das Gegenteil von dem, was die

Vulkangruppen in Wort und Tat umsetzen. Der Sozialismus wird Ordnung in die Verhältnisse bringen, kein Chaos."

Keine noch so seelenlose KI hätte es besser ausdrücken können, als der „geschulte Marxist" im Kommentar des „Neuen Deutschland". Das es eher der kommunistische „Wiedergänger" ist, der jeder Bewegung wie ein Klotz am Bein hängt, hat in dem Hirn des Parteisoldaten keinen Platz. Jede kommunistische Machteroberung führte in eine ordentlich geführte Diktatur mit den notwendigen Säuberungen und erfolgreicher Planwirtschaft. Die erfolgreichsten Planwirtschaftsmodelle waren unter Stalin die Zwangskollektivierung mit Millionen Toten und der große Sprung von Mao Zedung mit Millionen Opfern.

Aber die Konkurrenz schläft nicht. „Nützlicher Blackout" titelt wiederum die „Junge Welt": „Ob es die »Vulkangruppe« nun wirklich gibt, ob sie von einzelnen V-Leuten durchsetzt ist oder komplett von einem Dienst gesteuert wird, ist aber im Grunde nebensächlich." Glaubt der Schreiber den hirnverbrannten Blödsinn, fragen wir uns? Als wäre es nebensächlich, ob militante Gruppen durchsetzt sind von Geheimdiensten oder nicht. Der Schreiberling vermag sich nicht vorzustellen, dass autarke, militante Gruppen organisiert sind und Zeitpunkt, Inhalt und Ziel von politischen Aktionen ohne jede autoritäre Führung selbst bestimmen, sehr zum Ärgernis der Geheimdienste. Nachdem „die Vulkangruppe" als politisch eigenständige Kraft inexistent gemacht wird, kommt man schnell zur Sache: „Der Anlass zum Angriff auf alles, was sich links nennt, ist da." Denn nur darum geht es, einen Anlass zu fingieren. Und der Grund ist auch schnell gefunden: „Der Verdacht liegt nahe, dass hier propagandistisch ein Großangriff auf Kriegsgegner vorbereitet wird. Wer Krieg gegen einen äußeren Feind führen will, muss zuerst die »Heimatfront« im Griff haben. Dass am 5. Dezember im ganzen Land 50.000 Jugendliche quasi unter kommunistischer Führung gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht demonstrierten, dürfte die Herrschenden beunruhigt haben." Die Vulkangruppen sind für diesen Pseudokommunisten folglich nur eine Inszenierung mit der die „kommunistische Führung" zur Strecke gebracht werden soll. In den Arbeiterbezirken im kalten Südwesten Berlins dürfte diese Information wahrscheinlich wie eine Bombe eingeschlagen haben. Wir hören deren Gelächter bis in unser Versteck.

Und was macht die parlamentarische Linke? Die Partei „Die Linke" distanziert sich von der Vulkangruppe und klärt die Bevölkerung auf: „Das sind keine Linken." Heidi Reichinnek findet zwar die Parole „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten" schick, und verteidigt die Parole im „Spiegel", als hätte ihre Partei diese erfunden und nicht von der Bewegung geklaut. Reichinneks Meinung ist Parteimeinung: „Für mich ist der Anschlag nicht links. Linkssein heißt, sich für eine Gesellschaft einzusetzen, die für alle gerecht ist. Deswegen hat es nichts mit Linkssein zu tun, wenn man Menschen mitten im Winter den Strom abkappt." Damit wäre eigentlich alles gesagt. Mit solchen Aussagen könnte dann die Partei künftig auch die Innensenator:in stellen.

Vulkane passen nicht in die Welt staatsgläubiger Kommunist:innen oder linker Parlamentarier:innen - das ist auch gut so. Wir wollen nicht das Gleiche. Dem Fortschrittswahn entkommen auch sie nicht. Sie schlagen die Übernahme der Produktionsmittel durch die Ausgebeuteten vor, die als Horizont der Befreiung gilt. Die Feststellung, dass das Produktionssystem in der Logik der Verwertung, Ausbeutung, und dem Wachstumswahn angelegt ist und an sich der Freiheit (und im weitesten Sinne dem Leben und der Natur) schadet, führt natürlich zu unbequemen und gefährlichen Fragestellungen: ein Abgrund dem sich viele nicht zu stellen bereit sind. Und ob wir im Kampf gegen die (Tech-)Faschist:innen noch auf der gleichen Seite stehen, muss sich erweisen. Wir trauen den autoritären Konzepten und ihren Protagonist:innen nicht. Wir lernen aus der Geschichte und unseren Kämpfen.

Eine Million Euro oder eine Millionen Gründe für Widerstand!

Wer sind die Terrorist:innen. Jene die die Zerstörung der Lebensgrundlage und Ausbeutung von Mensch, Tier und Erde stoppen wollen, oder jene, die sich daran eine goldene Klobrille verdienen? Wundert uns, warum der bekannte Rechtsextremist Dobrindt 1 Millionen Euro Kopfgeld ausgesetzt hat? Alleine, dass seit 15 Jahren keine Ermittlungserfolge gegen die Vulkane zu verzeichnen sind, ist schon Grund genug für die Behörden, Menschen für den Verrat zu kaufen.

Denn die Fähigkeit von Vulkanen und anderen Gruppen bisher unentdeckt zu bleiben, wird für weitere Organisierungsdebatten wichtiger, je mehr sich faschistische Verhältnisse verfestigen. Auch die politischen Impulse, die von den Aktionen gesetzt werden, machen den Regierenden zunehmend Sorge. Die Aktivitäten, die zum Teil eine (internationale) Zustimmung erfahren, entziehen sich ihrer Kontrolle und einer Berechenbarkeit. Die Aktion in Grünheide auf das Tesla-Werk und somit auch gegen den Tech-Faschisten, welche die größte E-Auto Fabrik eine Woche lang ins Blackout schickte, erfuhr einen großen Zuspruch. Und in zeitlicher Nähe zueinander wird plötzlich der riesige Technologiepark in Adlershof lahmgelegt. Das waren dort keine harmlosen Firmen, die plötzlich keine Saft mehr hatten.

Die Aktionen gegen Infrastruktur der Herrschenden transportieren mittlerweile auch die Kontur eines risikobeladenen Investitionsklimas in Deutschland in die Welt. Wer hier investieren will, will das ohne große Aufmerksamkeit. Und ohne finanzielles Risiko. Und ohne das Risiko angegriffen zu werden. Die militanten Aktionen stören stärker, als sie eingestehen. Sie treffen finanziell und ramponieren das Image Berlins, Brandenburgs, Deutschlands wirkungsvoll. Es ist die Wirtschaft, die die Fäden zieht. Ob nun in einer Diktatur oder Demokratie investiert wird, ist dem Kapital und den Kapitalanlegern erstmal egal. Stimmen die wirtschaftlichen Voraussetzungen, zählt alleine der Gewinn. Es ist kein Problem, wenn eine Gesellschaft und fundamentale Widersprüche mundtod gemacht werden oder wenn sich eine Opposition in demokratischen Gremien verschleißt und ein bisschen rummeckert. Wenn aber Tesla, der Technologiepark Adlershof oder die Reichen im Südwesten nichts zu lachen haben, sieht das anders aus. Wenn die Stromversorgung nicht gewährleistet ist, der Zugang zu der Infrastruktur unsicher wird, wenn nichts stabil ist, sucht man sich vielleicht andere Investitionsorte. Wenn dann die Schäden in die viele Hundert Millionen Euro gehen, dann kann man schwarze Zahlen nicht garantieren. Und vor allem, kommt da noch mehr?

Unsere Aktion hat einen weiteren Widerspruch sichtbar gemacht, über den wenig geredet wird. Dem Tennisprofi Wegner nehmen die Reichen nicht übel, dass er Tennis spielt, sondern dass er sie nicht schützen konnte. Dass er den Schaden für den Standort Deutschland nicht erkannt hat, spricht gegen ihn als verlässliche Marionette der Wirtschaft. Hier ist nicht

nur Berlin oder Brandenburg in Verruf geraten. Sondern Deutschland als sicherer Technologie- und Wirtschaftsstandort, in dem sich planen und investieren lässt. Und weil es so schön war, noch einmal: Der Blackout hat in ein Wespennest gestochen. Die Aufregung ist groß. Überwiegend Promis, Reiche, Bankiers, Manager:innen, Industrielle, Botschafter:innen, Immohaie, Politiker:innen und andere hatten ein kurzes aber echtes Problem. In diesen Vierteln konzentriert sich Geld, Macht und Einfluss. Aus diesen Vierteln melden die Botschafter:innen in ihre Heimatländer den Totalausfall. Dieser Schaden ist mehr als nur ein Imageschaden. Er ist real, spürbar und greifbar und hat Teile der herrschenden Elite ins Mark getroffen. Da tobt der Berliner Bär. Jeder aus dem Haufen der Reichen kennt wen, der als Millionär ein Problem mit seiner verödeten Villa hatte.

Vordergründig hielten die Getroffenen auffallend das Maul, sieht man von ein paar Promis oder die „Frau von Lindner" ab. Aber hinter den Kulissen brodelt es. Der Druck auf die Politik und die Ermittler ist riesig. Die eigene Verletzlichkeit war es, die den Aufschrei (Terror, Menschenleben gefährden, keine Linken etc.) so laut machte, den wir im Nachgang gehört haben. Sie wussten, dieser Anschlag hat ihnen als herrschende Klasse gegolten. Sie, die Eliten haben geschwiegen und sich in die Hotels für über 200,- und mehr die Nacht zurückgezogen und sich Bad und Balkon dazu gemietet. Für sie ist Geld kein Problem im Gegensatz zu den Armen, die sie verhöhnen und täglich erniedrigen. Aber dass sie aus ihren Villen getrieben werden, dass sie nicht wissen, ob wer einbricht, dass andere plötzlich über ihr Leben mitentschieden haben, das sind sie nicht gewohnt. Ihre Villa war von einem Tag auf den anderen für sie „nutzlos" geworden und versprach weder Rückzug, Reproduktion, Arbeitsatmosphäre noch Sicherheit. Sie besaßen zwar eine Villa, aber sie war ohne Sinn für vier lange Tage. Diese Lektion ist nicht zu unterschätzen. Einige haben sich in ihren Villen selbst eingebunkert, aus Angst vor dem Mob, der alles leerräumt. Welche:r Arbeiter:innen der Nacht haben nicht überlegt, wo hier die Chance zu ergreifen ist. In manch einer Villa war dann tatsächlich nicht mehr alles an seinem Platz. Deshalb patrouillierte die Bundespolizei. Plötzlich steht die Bundeswehr an der Kreuzung und verteilt Tee. Ein Alptraum für die Reichen, die gewohnt sind, sich immer rechtzeitig aus dem Staub zu machen, wenn es eng wird. Und plötzlich präsentiert ihnen jemand zu ihrer Überraschung schon mal eine kleine Rechnung für ihre mörderische Lebensweise. Das sind sie nicht gewohnt. Das ist ihnen unerträglich. Sie haben für ein paar Tage etwas Macht und Kontrolle verloren.

Wie ein Mafiaboss haut Dobrindt eine Million auf den Tisch und sagt leise: fangt sie mir, um jeden Preis. Eine Millionen ist auch eine Beruhigungspille an die, die man zu schützen versucht. Einerseits. Andererseits: man kann heutzutage ja alles kaufen (Grönland im Sonderangebot). So hofft man nun darauf, einen Vulkan einfach und billig erstehen zu können.

Man setzt darauf, unsere Würde und Selbstachtung mit einer lächerlichen Million kaufen und korrumpieren zu können. Wir lehnen die Geldverhältnisse grundsätzlich ab. Eine Million bedeutet uns nichts. Uns bedeutet es, wem über die Runden zu helfen, wenn es an Geld mangelt. Oder uns helfen zu lassen, wenn wir knapp bei Kasse sind. Wir wollen eine andere Welt, in der niemand mehr in der Lage ist, wen anderes zu kaufen, zu schmieren, oder zu korrumpieren. Sie können sich ihre Million sonst wo hinstecken. Wir vertrauen auf den Weg, den wir in Bezug auf eine andere Welt versuchen, zu gehen. Wir vertrauen auf ein Umfeld, das uns schützt. Wir vertrauen den Menschen, die ahnen, was wir tun. Wir danken euch allen ohne Unterschied.

Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten
Smart City Berlin sabotieren
Technologiestandorten weltweit den Saft abdrehen
Das Ende der imperialen Lebensweise einleiten
Für ein Recht auf ein analoges Leben – Sabotiert die Tech-Faschisten!
Fossile Kraftwerke abschalten ist Handarbeit
Den Raubbau an der Erde stoppen
Freiheit für alle Antifas, Klimaaktivist:innen und all die anderen Widerspenstigen

---

Vor dem Weiterlesen
vielleicht
erstmal eine
Limonade
trinken?

[Anmerkung der Redaktion: Relativ zum Schluss des Textes wird Bullen das Menschsein abgesprochen. Auch wenn wir davon ausgehen, dass es sich um ein Übersetzungsproblem handelt, mussten wir kurz schlucken, der Text gefällt uns trotzdem.]

Einige Neuigkeiten von La Gare und zu den jüngsten Mobilisierungen vor Ort

Dieser Artikel gibt nicht die Sichtweise der gesamten Opposition gegen Cigéo im Departement Meuse wieder. Er wurde von sechs Personen gemeinsam ausgearbeitet, von zwei verfasst und von zwei weiteren Personen Korrektur gelesen. Auch wenn wir nicht den Anspruch erheben, im Namen des gesamten Kampfes zu sprechen, übernehmen wir die Verantwortung, als Teil dieser Opposition zu sprechen.

Zusammenfassung der letzten Tage

Es wurde zu Mobilisierungen aufgerufen, um den Bahnhof (La Gare) zu verteidigen und in einer Woche die Räumung des Bahnhofs zu verhindern. Uns war angeordnet worden, das Gelände des Bahnhofs ab dem 9. April zu verlassen. Es stand fest, dass es gemäß den Vorgaben des Staates nicht in Frage kam, diesen Ort zu verlassen. [Falls es euch interessiert, der Aufruf war im letzten Blättchen zu lesen].

Es war eine intensive Woche – voller Vorbereitungen, Emotionen und Gedanken. Am Sonntag dann brachen wir vom Bahnhof aus zu einem Marsch auf. Wir waren etwa hundert Personen, umgeben von Polizeiwagen. Rund um die ANDRA, im Bois Lejus und auf den Straßen vom Labor zum Wald, von Mandres-en-Barrois bis Cirfontaines, aber auch auf den Hauptverkehrsachsen wie Joinville und Ligny. Die ANDRA und ihre Bullen haben sichtlich Angst vor uns. Der Präfekt kündigte 800 mobile Gendarmen an. Wir haben sicher mehrere Hundert gesehen.

An diesem Sonntag war das Wetter schön, es wurden Kartoffeln, Salate und Kräuter vom Bahnhof auf den Grundstücken der ANDRA gepflanzt, Barrikaden tauchten auf der Straße auf, andere brannten… Es war ein sehr fröhlicher und schöner Moment. Die gesamte Zusammenfassung dieses Tages mit Fotos gibt es auf dem tollen Info-Feed:

http://bure3iqeqde7ynpluyuubochndt33wwsbkmo7kgf32bmli4zigjwvzid.onion/events/event/fil-info-marche-de-la-gare-%e2%99%a5/

Der Kontext des Kampfes vor Ort

Allgemeiner betrachtet ist es wichtig, den Kontext zu verstehen, in dem sich die Ereignisse der letzten Tage einordnen. Der Druck, den der Staat, die Andra und die Bullen ausüben, hält schon seit Jahren an. Die Repression in der Region Bure ist bekannt, insbesondere die Schikanierungsstrategien und die zahlreichen Identitätskontrollen. In letzter Zeit bedeutete die Organisation am Bahnhof und in der Umgebung, auf Drohnen, Hubschrauber, Polizeiautos, aber auch auf digitale Überwachung zu achten.

Zudem werden bei Aktionen systematisch monströse Aufgebote eingesetzt, sei es durch die Anzahl der Gendarmen oder durch die ihnen zur Verfügung stehende Ausrüstung. Der Staat bestimmt die Agenda und den Fortschritt des Cigéo-Projekts, indem er seine Termine und sein Machtverhältnis durchsetzt, das offenbar keine Grenzen kennt.

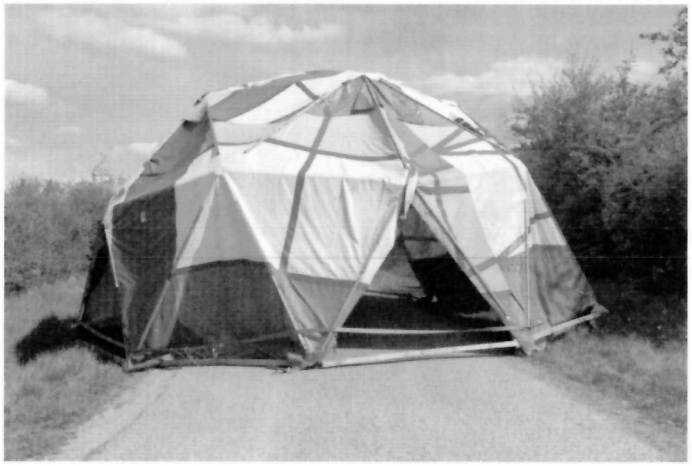
Wir haben wenig Kontrolle darüber, angesichts der Waffen des Kapitalismus. Ihr Spiel mitzuspielen, uns ihrem Rhythmus und ihren Entscheidungen anzupassen … Das bedeutet mit Sicherheit, unsere Energie, unsere psychische Gesundheit, unsere Verbindungen und unser Leben zu zerstören. Die Entscheidung, wegzugehen und die ZAD vom Bahnhof auf

die Straße auszuweiten, war eine Möglichkeit, wieder Macht über das zu erlangen, was uns aufgezwungen wurde.

Feiern wir unsere Siege

Der Aufbruch vom Bahnhof am 19. April (oder am 231. September, im unendlichen Kalender) war ein bewusster Aufbruch.

Er war symbolisch und betraf nicht alle gleichermaßen. Einige blieben bis zum Abend der Räumung, andere setzen ihre Aktionen im Verborgenen fort. Viele Menschen konnten oder wollten aus vielfältigen Gründen nicht in Betracht ziehen, unter dem Druck einer Räumung und/oder einer polizeilichen Evakuierung vor Ort zu bleiben. Dieser Aufbruch ermöglichte es ihnen, einen würdigen Abschluss zu finden. Sie brachten ihre Hilfe, ihre Energie und ihre Liebe zum Bahnhof an die Barrikaden, die wenige Stunden später in Flammen standen.



Den ganzen Sonntag über gab es keine Verletzten, keine Festnahmen und keine Polizeigewahrsamnahmen. Die Organisation der Sanitäter*innen, die Vorausplanung und logistische Improvisation an den anderen Orten, die Vorausplanung und Mobilisierung des Legal Teams, die zusammenlaufenden Unterstützer*innen und die Ehemaligen, die sich für ein paar Tage oder Stunden wieder mit diesem Ort verbanden; all das hat es uns ermöglicht, zusammenzuhalten und einen (etwas undurchsichtigen) Plan umzusetzen, der von Anfang bis Ende der unsere war.

Die Woche mit Baustellen, Auktionen, Workshops, Aufführungen und Festen fand statt. Die Vorbereitungen für die Räumung konnten getroffen werden. Der Stress relativiert immer die Freude und den Erfolg von Momenten wie denen, die wir gerade erlebt haben. Die Ängste der einzelnen, die manchmal aufeinanderprallen, erschweren den gemeinsamen Aufschwung. Dennoch haben wir gute Gründe, Angst zu haben, und wir sind ebenso stolz darauf, so gut wir können füreinander zu sorgen, um so lange wie möglich zusammenzuhalten.

Den ganzen Sonntag über haben die Anstrengungen der letzten Tage, Monate und sogar Jahre zu einer kollektiven Dynamik geführt, die eine große Freude war. Die Erweiterung des Bahnhofs, wenn auch nur für ein paar Stunden, war ein weiterer Beweis dafür, wozu wir gemeinsam fähig sind. Und wir bewahren diese Momente sorgfältig in unseren Köpfen und Herzen, denn wir wissen bereits, dass die Erinnerung daran uns für die Zukunft helfen wird.

WISSENSWERTES!!

– Wasserpanzer* GEGEN Barrikade = Wasserpanzer 0 – Barrikade 1
Die Bullen haben sich damit abgefunden, eine Barrikade von Hand abzubauen, weil der Zentaur, als er dagegen rannte, einfach … von der Barrikade aufgehalten wurde ☒ Unterschätze niemals die Stabilität einer guten Verflechtung aus Reifen, Paletten, Baumstämmen, Gasflaschen usw. … <3

– Die Bullen brüllen sich gegenseitig an, wenn sie Angst haben und wenn sie sich abmühen, eine Barrikade zu beseitigen! Das würde sie fast menschlich machen! Aber gut, dafür müssten sie aufhören, eine Regierung von Kapitalisten zu schützen, ihre rassistische Gewalt beenden, aufhören, Waffen zu tragen, um andere Menschen zu demütigen … zurückzutreten wäre ein guter erster Schritt!

– Eine Kuppel von ~4 m Höhe und ~10 m Durchmesser lässt sich von etwa zwanzig Personen tragen

– Eine Windkraftanlage von etwa ~10 m Höhe lässt sich von etwa zwanzig Personen + Seilen aufstellen

Das zeigt, dass es gar nicht so viele sein müssen, um das Vorrücken der Bullen zu behindern.

Trotz alledem bleibt die Situation rund um die Enteignungen durch die ANDRA, von denen zahlreiche Familien im Süden der Meuse betroffen waren, beängstigend. Es war manchmal – oft sogar – schwierig, gemeinsam Perspektiven für den Kampf zu finden oder zu klären. Trotz der enormen Zahl von Menschen, die diesen Ort durchquert, bewohnt und unterstützt haben, bleibt der Bahnhof ein 8 Hektar großes, verlorenes Gelände tief im Herzen der Meuse. Es war nicht unbedingt ein Konsens, aber viele von uns sagten: „Den Bahnhof werden wir verlieren; wir wissen nicht genau wann, aber wir können entscheiden, wie wir ihn verlieren."

Deshalb wollen wir nun die illegale Besetzung feiern, die im unendlichen September begann, einen Winter überstand und in diesen Tag, den 231. September, mündete. Diese Besetzung hat vieles ermöglicht. Diese Besetzung ist auch das Ende des Lebens eines Ortes, das fast zwanzig Jahre gedauert hat.

Wir werden Zeugen seiner Zerstörung durch die ANDRA sein; das macht uns schon jetzt wütend. Aber wir wissen auch, dass diese Erinnerung unsere Wut nähren wird, die wir gegen die Arbeiten an Cigéo richten werden, sollten sie eines Tages tatsächlich beginnen. Der Kampf ist noch nicht vorbei, er beginnt von Neuem.

Vor uns liegt noch viel zu tun. Auch wenn die Aussichten manchmal düster sind, weil wir mächtigen Feinden gegenüberstehen und die Widersprüche in unseren Organisationen manchmal unüberwindbar erscheinen, versuchen wir nie zu vergessen, dass der Kampf gegen die Atomkraft ein Kampf gegen die Welt der Atomkraft ist.

Es gibt keine nachhaltige Alternative zur Atomkraft. Die Antworten sind in der politischen und sozialen Organisation zu finden. Regierungen halten es für gerechtfertigt, Gebiete wie im Kongo oder anderswo zu opfern, um Uran und die phänomenalen Mengen an Metallen abzubauen, die die

Atomindustrie und die Elektrifizierung der Welt benötigen. Es ist gerechtfertigt, ganze Völker der nuklearen Bedrohung auszusetzen, wie im Nahen Osten, in Afrika, in Asien und in Südamerika (wir erinnern daran, dass die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats die fünf ersten Mächte sind, die Atomwaffen erworben haben), um die kapitalistische Hegemonie des Westens aufrechtzuerhalten. Ist es gerechtfertigt, die kapitalistische Zerstörung immer weiter voranzutreiben, die uns nun in einen allgemeinen ökologischen Zusammenbruch führt (es ist NIEMALS zu spät, die Zerstörung zu stoppen, wobei wir uns bewusst machen müssen, dass Verluste nach und nach irreversibel werden und wir um sie trauern müssen)?

Wir akzeptieren diese Tatsachen nicht als unabwendbares Schicksal. Es gibt noch viele andere Realitäten, die um ihre Existenz kämpfen und davon zeugen, dass ein ganz anderes Leben möglich ist. Diese Regierungen widern uns an, und wir haben keinerlei Vertrauen darin, dass sie für die Bedürfnisse der Bevölkerung sorgen. Sie verstehen nur, die Stärksten zu beschwichtigen, indem sie die Schwächsten opfern. Wir finden unsere Kraft anderswo als in der Herrschaft. In der Solidarität, die immer im Aufbau begriffen ist; in der Fürsorge füreinander, die sich ständig wandelt; in der Entschlossenheit, den Faschisten dieser Welt die Stirn zu bieten.

Auf lokaler Ebene schreitet Cigéo weiter voran. Es hat bereits Verspätung, die Kosten werden weiter steigen und der Neustart der Atomkraft ist noch nicht vollzogen; dennoch schreitet Cigéo voran. In wenigen Wochen wird im Süden der Meuse eine x-te öffentliche Anhörung stattfinden, und zwar zur DAC (Genehmigungserklärung für die Errichtung, die derzeit von den Atombehörden geprüft wird). Diese öffentliche Anhörung wird aus der Ferne stattfinden (per Videokonferenz, LOL); wahrscheinlich, weil sie wissen, dass wir sie nicht ungehindert ablaufen lassen würden. Diese öffentliche Anhörung wird eine Farce sein, wie die vorherigen. Eine Farce, die lustig wäre, wenn die Einsätze nicht so enorm wären. Aber sie wird als demokratische Legitimation dienen und die Strategien der ANDRA zur sozialen Akzeptanz in der Meuse und in der Haute-Marne befeuern. Ihr Ziel ist es, die DAC vor 2027 genehmigen zu lassen. Noch vor den Präsidentschaftswahlen? Vielleicht, ganz sicher.

Wenn die Atomkraftbefürworter Angst vor politischer Instabilität haben, gibt es für uns Anhaltspunkte dafür, was wir weiterhin tun müssen: alle Kämpfe überall unterstützen und uns daran beteiligen, so gut wir können.

Hier in der Meuse ist Platz für viele Menschen – und natürlich hängen die Möglichkeiten zur Mobilisierung weitgehend davon ab, ob vor Ort genügend Menschen organisiert sind. Aber der Kampf in der Meuse ist nicht wichtiger als andere Kämpfe anderswo; was zählt, sind vielmehr die Verbindungen zwischen unseren Kämpfen und die Solidarität, die wir aufbauen können. Also kommt in die Meuse; und nehmt euch die Zeit dafür, damit wir Zeit haben, uns zu organisieren. Der Kampf in Bure ist bereits an vielen Orten präsent; es liegt an allen, sich die Frage zu stellen: Wie kann die nukleare Katastrophe gestoppt werden?

Und wenn euch die Freude, euch in der Meuse niederzulassen, für eine Weile oder für lange Zeit packt, wisst, dass ihr bereits willkommen seid <3

Lieber Bahnhof, auf Wiedersehen,

Bahnhof, wir haben uns also von dir verabschiedet.

Wir bewahren alles, wofür du stehst, all die Erinnerungen und Symbole in unserem Gedächtnis. Wir werden unsere Erinnerungen und einige Spuren in unseren Herzen bewahren, wie zum Beispiel die ∞ ZINE, die im Laufe dieses unendlich langen Septembers erschienen sind.

Wir haben uns von dir verabschiedet, aber nicht für immer.Gewiss, das Ende des Bahnhofs als Ort des Lebens ist ein immenser Schmerz. Aber es ist nicht das Ende unserer Geschichte, Bahnhof. Glaube nicht, dass wir die Bauarbeiten ungehindert ablaufen lassen oder die Castor-Züge über dich hinwegfahren lassen, ohne dass es zu einer Entgleisung kommt.

Wir vermissen dich sehr, bis zum nächsten Mal.

*„Centaure“ ist der Name eines relativ neuen gepanzerten Fahrzeugs, das von der französischen Gendarmerie eingesetzt wird (https://fr.wikipedia.org/wiki/V%C3%A9hicule_d%27intervention_polyvalent_de_la_gendarmerie) Da der Zentaur ein Fabelwesen ist, ist festzustellen, dass das Militär weiterhin kriegerische Vorstellungswelten nutzt, um seine Fantasien von Macht, Kontrolle und Zerstörung zu nähren. Das Unternehmen (Sofram), das dieses Fahrzeug hergestellt hat, ist Teil dieser Vorstellungswelt. Auch unsere Feinde brauchen Fantasiewelten, und sie nutzen diese für tödliche Zwecke. Wir stellen ihnen andere Fantasiewelten entgegen. Unter den Zentauren galten einige als weise. Es ist daher eine Verflachung und eine imperialistische Vereinnahmung, das Bild des Zentauren zu verwenden, um ein Kriegs- und Unterdrückungsgerät zu benennen.

Auf der nächsen Seite kommen noch ein paar Zeilen zum Bahnhof.

Bahnhof „La Gare“ geräumt.

Der ehemalige Bahnhof von Lumeville auf der zukünftigen Castorstrecke in Bure/Frankreich ist geräumt.

Seit 19 Jahren war der Bahnhof ein wichtiger Ort des Widerstandes gegen das Atomprojekt CIGEO welches in Bure einen Ort der Endlagerung für den französischem Atommüll schaffen soll.

Viele Aufrufe aus Bure in Frankreich gab es in den letzten Monaten zur Besetzung und Verteidigung des Bahnhofs, welcher seit einigen Wochen nach langem juristischem Tau ziehen, auch „offiziel“ räumbar war. Leider haben diese Aufrufe nur mässig funktioniert. Im Angesicht des 8 Hektar großen Geländes bräuchte es eine große Anzahl entschloßener Menschen im Moment der Räumung um diese zu verhindern.

Aufgrund des unbekannten Räumungsdatums wäre diese Anzahl realistisch nicht zu erreichbar gewesen. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden die Geschichte dieses wundervollen Ortes selber weiter zu schreiben und sie nicht der Präfektur zu überlassen. Wir werden nicht zulassen das sie unsere Ohnmacht zur Schau stellen sondern haben die Geschichte des Bahnhofes auf unsere Weise kämpferisch und kraftvoll weiter geschrieben.

Für das Wochenende vom 16 bis zum 20. April gab es einen Aufruf am Bahnhof zusammenkommen und sich gemeinsam kraftvoll am 20. zu verabschieden. Am Sonntag war es dann soweit. Kurz vor 15 Uhr wurde die Straße zwischen Lumeville und Mandres besetzt und verbarrikadiert. Nach einer Stunde fröhlichem Barrikadenbauens setzten sich viele der Anwesenden zu einer Demonstration nach Mandres in Bewegung und verabschiedeten sich von diesem geliebten Ort.

Als gegen 19 Uhr die Polizei mit zwei Räumpanzern (Centaur) auftauchte entzündeten sich wundersamerweise die Barrikaden und verhinderten die direkte Durchfahrt. Bis in die späten Abendstunden brauchten sie, um die Straße zu räumen (sie waren nicht erfolgreich) und auch die Räumpanzer kamen an ihre Grenzen. Am Morgen des 20. April begann die eigentliche Räumung des Bahnhofs. Aber wir waren schneller und wollten uns nicht verprügeln, mit Tränengas beschießen und festnehmen lassen. So fand die überraschte Staatsmacht ein verlassenes brennendes Gelände vor.

Wir haben unsere Geschichte selbst geschrieben.

Die Banalität des Beamtentums – über die Razzia in der Anarchistischen Bibliothek Kalabalik und die Repressionswelle in Berlin

Am frühen Morgen des 24. März 2026 war es mal wieder soweit. Bei 17 Objekten in Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Kyritz knallten die Türen und ein Trupp Vermummter stürzte sich auf die Schlafenden oder – wie in unserem Fall – über Bücherregale und Zeitungsarchive. Anlass für das rabiate Weckkommando des Berliner LKA war diesmal ein Brandanschlag im vergangenen September auf die Stromversorgung des Technologieparks Adlershof, der einen weitreichenden Blackout zur Folge hatte. Die Cops suchen nach Beweisen, welche die Gehirnakrobatik der Ermittlungsgruppe Spannung endlich würdigen und ihre herbei halluzinierten Konstrukte untermauern sollen. Zumindest lässt sich nichts Anderes aus dem vorgelegten Durchsuchungsbeschluss ableiten, der von dem richterlichen Vollstrecker Jacob abgesegnet wurde. Unter den betroffenen Objekten befand sich neben dem Infoladen Scherer8, dem L5 Späti und mehreren Privatwohnungen, wie schon mehrmals in der Vergangenheit, die Anarchistische Bibliothek Kalabalik in Kreuzberg

Alle guten Dinge sind drei?

Wir erinnern uns: 2018 waren die staatlichen Spürnasen schon einmal einem ganz großen Ding auf der Spur. Reggaemützen tragende Personen sollen Plakate mit einem Fahndungsaufruf geklebt haben, auf dem die verantwortlichen Politiker des G20 Gipfels 2017 in Hamburg und einige besonders eifrige Exemplare ihrer Schlägerbande abgebildet waren. Außerdem waren sie auf der Suche nach Plakaten mit Fotos von Zivibullen. Einzelnen Ausführungen davon konnten sie bei der Razzia zwar habhaft werden (schließlich hing eines in unserem Türfenster), zum Aufspüren der mysteriösen Plakatierer:innen und ihren Reggaemützen hat es, obwohl in dieser bedeutungsvollen Sache keine Mühe gescheut wurde, jedoch nicht gereicht. So endete dieses Verfahren dann auch bald mit einem Freispruch und Mensch munkelt, ob das plötzlich auftretende Reggae-Fever beim LKA, nicht etwa ein Resultat von exzessivem Bubatzkonsum aus der Asservatenkammer war. Wie dem auch sei, dorthin wurden dann auch die entwendeten Gegenstände wie PCs, Plakate etc. entführt, wo sie ausgewertet und dann ordnungsgemäß verwahrt wurden, bis sie zwei Jahre später ihren Weg zurück ins Kalabalik fanden. Das Glück sollte aber nur von kurzer Dauer sein. Denn der nächste Akt in diesem dramatischen Stück ließ nicht lange auf sich warten.

Im September 2020 standen die schwerbewaffneten Schergen erneut mit Rammbock auf der Matte oder – genauer gesagt – in der Bibliothek. Diesmal im Auftrag der Bundesanwaltschaft und ausgestattet mit dem Vorwurf, dass mehrere Personen, von denen manche sich manchmal dort aufhalten würden, 2016 eine kriminelle Vereinigung gegründet haben sollen. Von den Durchsuchungen erhoffte sich die Ordnungsmacht das Auffinden entsprechender Beweise. Neben dem Kalabalik waren 5 Wohnungen in Berlin und 2 weitere in Athen betroffen. Diesmal kam also das BKA zum Zuge und neben den neu angeschafften elektronischen Gerä-

ten, waren sie sich nicht zu blöde, die noch vom LKA verpackten Asservate der letzten Razzia gleich wieder mitzunehmen. Wir haben sie bis heute nicht wieder gesehen – geschenkt. Dieses Verfahren sollte in der Folge jedoch weit größere Kreise ziehen und die Betroffenen viele Jahre lang beschäftigen. Und trotzdem, nach umfangreichen Überwachungsmaßnahmen, abgehörten Telefonen, verwanzten Fahrzeugen, einem äußerst schwatzhaften Vergewaltiger- und Verräterschwein und tausenden Seiten Akten – nichts als heiße Luft. Auch wenn die Bemühungen der umtriebigen Ermittler:innen diesem Drama eine Wendung zu verpassen deutlich zu erkennen sind, wird auch diesmal, zumindest das Hirngespinst einer kriminellen Vereinigung, im Herbst 2025 ohne Anklage und Gerichtsverhandlung ad acta gelegt.

Im Wandel der Zeit

Obwohl nur wenige Jahre dazwischenliegen ist die Welt seit den letzten Durchsuchungen 2020 eine gänzlich andere geworden. Die Zeit des Covid-Ausnahmezustands haben der sozialen Kontrolle und der Digitalisierung massiv Vorschub geleistet und der darauf folgende Ukraine-Krieg hat selbst aus den letzten liberalen Pazifist:innen begeisterte Befürworter:innen von Aufrüstung und der Bundeswehr gemacht. Begriffe wie "Zeitenwende" und "Kriegstüchtigkeit" bestimmen den öffentlichen Diskurs und normalisieren Krieg als würden wir hierbei über einen Kindergeburtstag sprechen. Sondervermögen, Kriegswirtschaft und Wehrpflicht sind die logische Konsequenz daraus. Gleichzeitig spielt sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit der andauernde Genozid in Gaza ab und Israel macht sich nicht einmal mehr die Mühe, ihren Vernichtungswillen gegenüber dem palästinensischem Volk zu verschleiern. Trumps USA steht dem in nichts nach und spielt mit seinem imperialistischen Gebaren wieder Weltpolizei à la 20. Jahrhundert und macht dabei keinen Hehl daraus, dass es ihnen eigentlich um Bodenschätze und Machtansprüche geht. Künstliche Intelligenz entscheidet über Leben und Tod, von den Schlachtfeldern der globalen Kriege bis auf die Straßen von Minneapolis und die Tech-Mogule von Tesla, Microsoft, Amazon, Google und Palantir sind allesamt mit von der Partie. Dass der (Ex-) ICE-Boss Bovino dabei in SS-Aufmachung posiert, ist dann höchstens noch eine Randnotiz wert. Im Schatten von Kulturkampf und anderen Nebenschauplätze formiert sich der moderne Tech-Faschismus in der gesamten westlichen Hemisphäre und die AFD verzeichnet bundesweit Wahlergebnisse von über 30%. Ungeachtet all dessen schreiten die ökologischen Katastrophen unaufhörlich voran und das System, welches diese verursacht, weiß keine bessere Antwort als dieselbe Scheiße in Grün.

All diese Entwicklungen sind derart eng getaktet und umfangreich, dass kaum Zeit zum Reagieren bleibt. Feuerwehrpolitik und Schadensbegrenzung allein sind keine angemessene Antwort darauf und wirken angesichts des alltäglichen Grauens wie ein zahnloser Tiger. Was es braucht, ist eine Umwälzung aller Verhältnisse. Viele stellen sich daher die Frage, wie unsere Kämpfe für Freiheit in dieser immer brutaler werdenden Welt aussehen können. Verschiedene Initiativen versuchen diesen Herausforderungen auf unterschiedlicher Art gerecht zu werden: manche erkennen die Notwendigkeit, sich zusammen zu organisieren und gemeinsam widerstandsfähig zu werden, um sich somit auf den drohenden ökologischen und gesellschaftlichen Kollaps vorzubereiten. Andere erkunden mögliche Antworten darin, das Funktionieren des Herrschaftsapparats zu unterbrechen und die Arbeit der Mächtigen nachhaltig zu stören und zu sabotieren. Wir sehen keinen Widerspruch in diesen und etlichen anderen Ansätzen und gehen davon aus, dass auch kommende Revolten noch eine Vielzahl an kreativen Antworten und uns unbekannte Vorstöße hervorbringen werden. Anzuerkennen, dass es innerhalb des Kapitalismus und dem staatlichen politischen System keine Lösungen für die Probleme und Krisen unserer Zeit gibt, macht uns aber noch lange nicht zu Primitivist:innen, wie das die Presse stets verlautbaren lässt. Dafür braucht mensch nicht einmal Anarchist:in zu sein. Das einzige was es braucht, sind offene Augen und ein offenes Herz. Dass dies bei den Sherlock Holmes im Staatsdienst nicht vorhanden ist, verwundert jedoch wenig.

Wir haben uns nie hinter unseren Ansichten versteckt und werden das auch angesichts der neusten Einschüchterungsversuche durch die Sicherheitsbehörden nicht tun. Auch lassen wir es uns nicht nehmen, die vorgeworfene Tat in ihrem gesellschaftlichen und sozialen Kontext zu sehen und über diese entgegen den Kategorien der bürgerlichen Justiz zu urteilen. Gemäß unseren eigenen Überzeugungen und Prinzipien, die sich am Wohlergehen aller Lebewesen orientieren und nicht an dem Gesetzbuch der Herrschenden. Und soviel steht fest: kein Mitleid für die Rüstungsfirmen und Technologiekonzerne dieser Welt, keine Träne für ihre Produktionsausfälle.

Der braune Sumpf

Sie mögen uns kriminell nennen, weil wir nicht nach ihren Spielregeln tanzen. Weil wir niemals akzeptieren werden, dass die einen das Recht haben über das Leben anderer zu entscheiden und weil wir es nicht verurteilen wenn Menschen das tun, was sie für nötig halten, um diesen Ungerechtigkeiten ein Ende zu setzen. In ihren Augen macht uns das verdächtig. Genauso wie es uns verdächtig macht, wenn wir Broschüren und Zeitungen verbreiten in denen die Verantwortlichen für Krieg und Umweltzerstörung benannt werden oder Bücher verleihen, die von Freiheit und Anarchie sprechen und herzergreifende Geschichten von Solidarität und Widerstand erzählen. Es macht uns verdächtig, wenn wir uns an die Seite der Unterdrückten und Gefangenen stellen, wenn wir von einer Welt ohne Staaten, Grenzen und Knäste träumen und wenn wir alles daran setzen diese Träume wahr werden zu lassen.

In all dem sehen wir die Gründe, weshalb uns die Cops in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen die Tür einrennen und ihre zwei- und vierbeinigen Geschöpfe (die einen weniger freiwillig als die andern) sich berufen fühlen in unseren Leben rum zu schnüffeln. Dass was uns und den vielen anderen Betroffenen am 24. März widerfahren ist, verstehen wir als Ausdruck eines immer autoritärer werdenden Staates, der zunehmend auf

politischen Druck (von rechts außen) entscheidet und dementsprechend seine Gesetzgebung interpretiert. Nicht dass wir jemals in diesen Staat vertraut hätten, aber manches unterscheidet sich in Qualität und Quantität doch deutlich davon, was wir bisher kannten. Uns sind in der jüngeren Vergangenheit z.B. keine Verfahren bekannt, wo Wohnräume von Eltern gleich mit durchsucht und auch ihnen alle elektronischen Geräte abgenommen wurden. Auch ist es für den Berliner Kontext neu, dass in fast allen Fällen Handys, Laptops etc. nicht nur von den Beschuldigten, sondern auch von allen Mitbewohner:innen, unabhängig davon in welchem Verhältnis diese zu den Beschuldigten stehen, mitgenommen werden. Darüber hinaus gab es mehrere Durchsuchungsbeschlüsse gegen Drittbetroffene, die nicht als Verdächtige in dem Verfahren geführt werden, sondern in einem engen Kennverhältnis zu den Beschuldigten stehen sollen.

Es scheint als wären in dieser von langer Hand geplanten Operation, Medien, Politik und Bullen exakt aufeinander abgestimmt worden. Es wurde dafür gesorgt, dass die Pressekonferenzen eines wegen seines Verhaltens beim Januar-Blackout um Entschuldigung bettelnden Bürgermeisters, die Präsentation von Schadenssummen zum September-Blackout, die legale Einschränkung vom Presseinformationsfreiheitsgesetz (zum Schutz von kritischer Infrastruktur) und diese Welle an Hausdurchsuchungen gegen die angeblichen Saboteur:innen auf die selben drei Tage fallen – samt Live-Berichterstattung. Im Eifer des Gefechts haben jedoch so manche Schreiberlinge den Überblick verloren und Fakten über Verfahren als auch Personen wurden vertauscht, vermischt und falsch wiedergegeben. Auch ist offensichtlich, dass die Medien und die Politik bemüht sind, den Angriff auf den Technologiepark Adlershof mit den Sabotagen von Vulkangruppen in Verbindung zu bringen, um das Ganze aufzublasen und ein Bild zu vermitteln, dass sie diesem Phantom, dem sie seit 15 Jahre erfolglos hinterherjagen, auf der Fährte wären. In den Durchsuchungsbeschlüssen ist davon jedoch keine Rede und sowohl beim Kalabalik als auch dem Infoladen Scherer8 werden die Razzien lediglich damit begründet, dass Verdächtige an diesen Orten antimilitaristische Propaganda gedruckt oder verbreitet haben sollen. Spätestens hieran zeigt sich, dass es den Bullen schlicht darum geht anarchistische Projekte anzugreifen und zu durchleuchten.

Hinzu kommen einige Dinge welche sich im Zuge der Durchsuchungen ereignet haben, die wir ebenfalls für erwähnenswert halten. So waren im Falle des Kalabaliks, direkt zu Beginn der Razzia, noch während die Türen aufgeflext wurden und bevor die Fahrzeuge der Cops einen schwer zu durchblickenden Sichtschutz bildeten, Julian Reichelts lobotomisierte Hobby-Reichspropagandisten von NIUS anwesend. Die guten Kontakte anderer Schmierblätter zum Staatsschutz sind zwar weitläufig bekannt, diese waren zu Beginn der Ereignisse aber allesamt noch abwesend. Dass die Faschos in Uniform nun also bevorzugt den Faschos in Propagandafunktion, welche seit Monaten in Anti-Antifa-Manier Leuten auflauern, sie öffentlich diffamieren und an ihrem Wohnort belästigen, Informationen durchstechen, ist somit offiziell. In Anbetracht der Wortwahl des Bullengewerkschaftlers Benjamin Jendros, der seit Jahren von der gesamten Stadtpresse hofiert wird und in Goebbels-Sprech vom „Krebsgeschwür" der Demokratie schwadroniert, verwundert das aber auch gar nicht so sehr. Um die Tatsache ergänzt, dass von den hunderten Büchern, die ihnen in der Bibliothek zur Auswahl standen, ausgerechnet Hanna Arendts Bericht über den Prozess gegen SS-Obersturmbannführer Eichmann und die Banalität des Bösen beschlagnahmt wurde, ergibt sich ein höchst fragwürdiges Bild. Was den Staatsschutz zu einer solchen Auswahl veranlasst hat, werden wir wahrscheinlich nie erfahren. Vielleicht ist die Antwort aber so einfach wie banal – sie haben nur ihre Pflicht getan und die Befehle von Oben ausgeführt – ein Schelm wer böses dabei denkt.

Darüber hinaus wurden dutzende Broschüren, meistens mit Inhalten über Repression, Flucht und Militanz sowie einzelne Ausgaben des Autonomen Blättchens und eine ziemlich zufällig wirkende Auswahl an Büchern mitgenommen, wie z.B. die Biografie von Assata Shakur, Detlef Hartmanns Kritik an Negri, Gabriel Kuhn über indigenen Widerstand in Sápmi, das Manifest der Freiheit und des Friedens und verschiedene Bücher mit dem vielsagenden Vermerk „Buch auf Griechisch" (sic!). Warum sie auch noch in den Heizkeller des Hauses eingebrochen sind und auf dem Weg dorthin die Ramme und nicht einfach den aufgefundenen Schlüsselbund benutzt haben, ist wohl ebenfalls ein Geheimnis, das nur das beschränkte Hirn eines:einer Beamt:in verstehen kann.

Wir lassen uns nicht entmutigen

Alles in allem sind wir wohl auf und das hinterlassene Chaos ist weitestgehend beseitigt. Wir sind gerührt von der großen Solidarität und Unterstützung, die wir seit der Razzia erfahren haben, sowohl aus der Nachbarschaft als auch von den vielen helfenden Händen beim Aufräumen. Dies gibt uns Kraft und Mut weiter zu machen. Mit etwas Distanz wirkt die ganze Nummer der EG Spannung ohnehin wie blinder Aktionismus und ein schlechter Versuch Leute einzuschüchtern, Milieus zu isolieren und Anhand von Aktionsformen, die teils kontrovers diskutiert werden, zu spalten. All das scheint ihnen nicht gelungen zu sein, im Gegenteil, die meisten schenken der billigen Propaganda der Cops und ihren Hetzblättern kaum Bedeutung, sondern verlassen sich auf ihr eigenes Urteilsvermögen. Und nicht zuletzt wissen die Leute eben auch, dass nicht wir diejenigen sind, die Technologien entwickeln um Dissident:innen auszuspionieren, Waffen in Kriegsgebiete schicken, Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken lassen oder Chemiefabriken bauen die den Planeten vergiften.

Liebe und Kraft gehen raus an:

alle anderen von den Razzien betroffenen Projekte und Menschen Unsere Freund:innen und Gefährt:innen vom Ampelokipi Case, denen seit letzter Woche in Athen der Prozess gemacht wird! Nanuk und alle anderen Antifas, die derzeit in Dresden und Düsseldorf vor Gericht stehen oder in Beugehaft sitzen! Daniela, der nun eine weitere Anklage wegen Mitgliedschaft in der RAF droht! Die ULM5, die eine Waffenfabrik von Elbit zerstört haben und in U-Haft auf ihren Prozess warten! . . . und alle anderen Gefangenen, Verfolgten und Gefährt:innen auf der Flucht.

Mut und Glück!

Kalabalik kalabalik.noblogs.org

An die Hoffnungslosen/ An die Hoffnungsvollen

von KAF Berlin (Kollektiv für den Anarchaqueerfeminismus)

Wir leben in Zeiten der Krise. Der Kapitalismus hat seine finale Phase erreicht, in der er seine neoliberale Maske auch im globalen Norden endgültig absetzt und seine faschistischen Klauen tiefer und tiefer in unser Fleisch schlägt. Wir blicken in die Zukunft und sehen um uns herum Aufbruchsstimmung. Aber trotz alle dem haben wir Angst, dass die Ratlosigkeit, Depression, der Rückzug ins Private und Hoffnungslosigkeit viele von uns mit sich reisst. Ist sie nicht ein Vorwegnehmen einer bevorstehenden Niederlage?

Wir wollen mit diesem Text gegen das Aufgeben anschreiben und für die Hoffnung plädieren. Denn obwohl sie oft zynisch belächelt wird, ist sie unser stärkste Waffe im Kampf gegen das kapitalistisch-patriarchale System. Wir wollen uns nicht ins bequeme Bett der Angst legen. Wir weigern uns der neoliberalen Lüge von der Sinnlosigkeit eines Kampfes für eine gerechtere Welt auf den Leim zu gehen. Isolieren, teilen und herrschen sind die Logiken dieser Welt, der wir uns nicht ergeben wollen.

"Die Hoffnung erträgt kein Hundeleben"

Anders als oft behauptet ist Hoffnung nicht Gefühl, das Mensch hat oder eben nicht. Sie ist keine zufällige Erscheinung, aber eine Entscheidung und stetige Arbeit. Sie ist das Gegenteil der Verwirrung und Angst. Sie ist die Gewissheit, dass wir das, was kommt, beinflussen und damit umgehen können. Auch wenn wir sie schon fast nicht mehr in unseren wildesten Tagträumen finden – Sie ist kein Luftschloss. Sie ist eine Erkenntnis der Gegenwart und ein darauf fußender Antrieb, auf das Zukünftige aktiv hinzuarbeiten. Als unrealistisch und träumerisch abgetan, ist sie – ganz im Gegenteil – eine auf Vernunft basierende Einordnung des Ist-Zustands: Wir lernen unseren Blick auf die Gegenwart zu richten. Hoffnung weitet unsere Gedanken und Körper, denn sie ist „verliebt in das Gelingen und nicht in das Scheitern". Sie findet in der Geschichte jeden noch so kleinen alltäglichen Akt des Widerstandes gegen das kapitalistische- patriarchiale System. Sie gibt dem Guten seine angemessene Bedeutung. So wird die Hoffnung stärker als die Angst vor dem Schmerz. Die Hoffnung kann ein Ventil der Sehnsucht auf das noch nie Dagewesene sein. Sie ist stärker als der Schmerz die würdelosen Verhältnisse in ihrer ganzen Grausamkeit und Eintönigkeit zu spüren. Im Gegensatz zum Optimismus, der ruhig auf seinem Platz auf bessere Zeiten wartet, nimmt die Hoffnung aktiv Einfluss auf den Lauf der Dinge.

„Ich vermochte nur wenig, aber die Herrschenden saßen ohne mich sicherer, das hoffte ich „

Wie Hoffnung das Gegenteil von Furcht ist, so ist Hoffnungslosigkeit der Gefühlsausdruck von diffuser Angst. Sie lässt uns dahin schwimmen,ohne festen Boden unter den Füßen und macht uns stumpf füreinander. Hoffnungslosigkeit lässt uns nur noch passiv abwarten, was mit uns in Zukunft passieren wird. Diese Angst ist der Versuch Kontrolle in eine Situation zu geben, in der wir offensichtlich keine Kontrolle haben. Und ja, in Zeiten von KI gesteuerten Drohnen, die tausende Menschenleben auslöschen und Repression, die undurchsichtig scheint, haben wir keine Kontrolle über diese Geschehnisse. Da scheint in diesen Tage die Hoffnungslosigkeit doch so menschlich und erstrebenswert.

In einer Gesellschaft in der emotionaler Schmerz nicht als normaler Teil das Lebens gilt, sondern als um jeden Preis zu vermeiden – da gibt die Hoffnungslosigkeit uns zumindest das falsche Versprechen uns vor Enttäuschungen zu beschützen. Sie tut dies, indem sie uns eine Realität vorgaukelt, in der wir scheinbar nichts zu verlieren haben. Alles scheint schon verloren. Sie nimmt unser Herz vom Tisch und flüstert in unser Ohr: „Lass es lieber, denn es tut eh nur weh. Es bringt alles eh nichts". Sie präsentiert uns Ignoranz, Abgestumpftheit, Zynismus und Konsum als Medizin gegen unsere Leidenschaft für ein besseres Morgen.

Doch ohne zu lernen kollektiv mit dem an Überwältigung grenzenden Schmerz der Ungerechtigkeit dieser Welt umzugehen und ihn zu akzeptieren, bleibt uns auch die aktivierende Kraft der Hoffnung verwehrt. Es geht nicht darum so zu tun, als würde der Schmerz weniger wehtun oder nicht existieren, sondern darum ihn als Teil unseres Lebens zu akzeptieren und uns gegenseitig in unserer Traurigkeit zu unterstützen. Wenn wir lernen es zuzulassen, schaffen wir damit gleichzeitig Raum, die parallel zu ihr existierende Schönheit des Lebens wieder wahrzunehmen.

In einer individualisierten und nach Konsum ausgelegten Gesellschaft wird die eigene schnelle Bedürfnisbefriedigung der stärkste Wert an dem Wohlbefinden gemessen wird. So wird auch der individuelle Wunsch eine große, positive Veränderung der Gesellschaft schnell (!) und selbst zu erleben wichtiger, als sich als kleiner Teil einer Jahrtausende alten Geschichte des Widerstandes zu begreifen. Wir verharren in der Reaktion. Wir suchen Held:innen, Anführer:innen und Projektionen für gegenwärtige und kommende Aufstände und vergessen den Fluss der Zeit und unsere eigenen kleinen, aber wichtigen Rollen in Alledem.

Diese Haltung bringt Enttäuschung und egozentrische, gekränkte Resignation hervor. Wenn wir lernen uns selbst in einen lang ausdauernden Kampf der Bewegung einzuordnen, können wir zufrieden anerkennen, dass wir die Saat unserer Arbeit im Konkreten selbst nie ernten werden. Wir können ruhig zulassen, dass wir niemals im Konkreten erfahren können, welchen Einfluss unser Tun auf die Geschichte nehmen wird. Denn wichtig ist, dass wir so wie viele vor uns und viele nach uns am Stuhl der Herrschaft beharrlich sägen und weiter Strukturen und Kultur jenseits des Staates aufbauen. Was die Geschichte uns lehrt ist, dass revolutionäre Veränderung ein fortlaufender Prozess mit Höhen und Tiefen und kein statisch zu erreichender Zustand eines Paradieses ist.

Von der grundlegenden Schlechtheit der Menschen auszugehen, entspringt darwinistischen und neoliberalen Denkschulen, die in unserer Gesellschaft dominant sind. Sie gelten weithin als logisch, obwohl sie extrem zerstörerisch für das soziale Geflecht zwischen den Menschen sind. Sie schaffen in unserem Kopf das Denken von Gut und Böse – tödliche Binaritäten, die uns abtrainieren Komplexitäten und Zusammenhänge zu verstehen. Wir vergessen mit und für wen wir kämpfen. Mit dieser Art zu Denken spielen wir dieser erfolgreichsten Waffe gegen befreite Gesellschaftsvorschläge in die Hände. Die Kultur der Hoffnungslosigkeit, die aus diesem Denken entsteht, verlangt nach einer starken Autorität, einem starken Staat, um Menschen voreinander zu beschützen. Sie werden so zum Treibstoff der kommenden Faschismen. Und überall biedern sich Menschen aufgrund ihrer resignierten Haltung und dem Drang nach Handlungsfähigkeit diesen autoritären Vorschlägen an – wir haben dies gesehen zu Zeiten von Corona, in den Diskussionen für imperialistische Militäreinsätze und Waffenlieferungen und in medialen Hetzen gegen Befreiungsbewegungen. Es wird nicht mehr wertschätzend über taktische Entscheidungen diskutiert, sondern individualisiert, moralisch argumentiert um durch ständige Abwertung anderen Kämpfen in einer scheinbaren Überlegenheit zu verharren. Eine sich gegenseitig hoffnungslos redende, zynische Linke spielt dem Feind in die Hände, indem sie damit seiner Repression zuvorkommt und seine Phrasen von der Nutzlosigkeit der Kämpfe für ein besseres Leben für Alle in unseren Köpfen weiter verankert. Eine politisch linke Haltung geht von einem positiven Menschenbild aus und trägt die hoffnungsvolle Überzeugung, dass Alles für Alle reichen wird. Sie begegnet Menschen als Freund* innen und potentielle Mitstreiter*innen und weiß um das riesige Potential unserer Fürsorge zueinander.

Hoffnungslosigkeit scheint eine individuelle Entscheidung oder Niederlage zu sein, aber ihr politische Dimension ist dramatisch: Da Hoffnung verbunden ist mit unserer Vorstellungskraft, gilt sie in der patriarchalen und kolonialen Wissenschaft als unvernünftig und wird belächelt. Eine Wissenschaft, die alles messbar machen will und Fakten schafft, die der herrschenden Klasse dient. Eine vermeintliche rationale Neutralität im Sinne der Wissenschaft soll normieren und so vergleichbar machen, was nicht vergleichbar ist. Diese Art Rationalität zu denken, ist tief in die neoliberale Gesellschaft eingesickert und lässt eine aus Hoffnungslosigkeit erwachsende, faschistische Kultur als den logischen Werdegang der Menschheit erscheinen. Diese tief sitzende Hoffnungslosigkeit, die sich im Aufgeben der eigenen Zukunft zeigt, treibt Millionen von Menschen in eine zerstörerische Gewalt und damit Millionen von Menschen in ihre Gräber. Sie treibt uns weg von einer lebensbejahenden, freudigen Position, die so notwendig ist, um Menschen zu motivieren zu kämpfen.

Wenn Mensch Hoffnung hat, gibt es viel zu tun

Die Arbeit der Hoffnung ist gleichzeitig eine eigene und gemeinsame Verantwortung, durch die wir all unser Potential gegenseitig aus uns herauskitzeln können. Sie ist eine wunderbare Kraft die uns an unserer Liebe zueinander und somit an unsere Ideen von einer befreiten Gesellschaft festhalten lässt. Sie lässt uns konkrete Bilder ausmalen, von dem was wirklich möglich ist und lässt uns voller Lust auf diese weit entfernten Ziele hinarbeiten. Sie gibt dem was wir tun und uns selbst Bedeutung. Sie gibt uns Geduld und Bescheidenheit – zentrale Werte in den Kämpfen, die wir führen. Lasst uns wieder hungrig sein, die Schönheit des Lebens mit beiden Händen zu greifen! Lasst uns mutig sein den Schmerz, der damit kommt, auszuhalten!

Küsschen von KAF Berlin

Liebesbriefe, Diskussion und Kritik gerne an

Kaf-berlin (at) systemli.org

Inspirationen für die Arbeit:

1. Tagträume analysieren auf Elemente der besseren Zukunft. Worauf ist die eigene Hoffnung gerichtet?
1. Prüfen ob die eigene Hoffnung Wunschdenken ist. Wo hat sie ihre Entsprechung in der jetzigen Welt?
1. Einfluss nehmen auf das Geschehen der Geschichte. Was bedeutet militanter Optimismus?
1. Erhoffen einer konkreten Utopie. Wie sieht eine befreite Gesellschaft aus?
1. Uns und dem, was wir tun, Bedeutung geben. Wie geben wir uns gegenseitige Anerkennung?
1. Verbundenheit mit einer widerständigen Geschichte aufbauen. Auf welche Kämpfe der Vergangenheit können wir uns beziehen?
1. Verantwortung für unsere gegenseitige Hoffnung tragen. Wie können wir uns Hoffnung erschaffen?

Quellen

Angela Davis "Hope is a discipline" und von 2025 ☒Infinite Hope" speach at the peaceball
Mariame Kaba- Hope is a discipline(beyond prison podcast)
Ernst Bloch "Das Prinzip Hoffnung"
Claudia Blöser "7 Thesen aus Prinzip Hoffnung"
Übertage Podcast "Wie wir uns Hoffnung machen"
RevolutionaryLeftRadio Podcast with Jon Greenaway " Capitalism: A Horror Story"
Abdullah Öcalan " Jenseits von Staat,Macht und Gewalt"
Kurdische Frauenbewegun
Berthold Brecht " An die Nachgeborenen"
Zapatistische Bewegung
Unsere eigenen Erfahrungen

Leseerlebnis: Ursula K. Le Guin - Planet der Habenichtse

(in der neuen Übersetzung lautet der Titel: Freie Geister)

„»… was ein Mensch verdient«, sagte er. »Denn jeder Einzelne von uns verdient alles, sämtlichen Luxus, der jemals in die Gräber der toten Königen gehäuft wurde, und kein Einziger von uns verdient überhaupt etwas, nicht einmal einen Bissen Brot, wenn wir hungern. Haben wir nicht gegessen, während ein anderer hungrig blieb? Wollt ihr uns dafür bestrafen? Wollt ihr uns für die Ergebenheit belohnen, mit der wir gehungert haben, während andere aßen? Kein Mensch verdient eine Strafe, kein Mensch verdient eine Belohnung. Befreit euer Denken von der Vorstellung des Verdienens, der Vorstellung von Meriten und Anrechten – erst dann werdet ihr anfangen können zu denken.«“

Es ist nun das dritte Mal, dass ich diesen Science-Fiction-Roman gelesen habe. Jedes Mal wieder erstaunt er mich. Jedes Mal denke ich, dass es gut wäre, wenn ihn mehr Genossen*innen lesen würden. Nach dem zweiten Mal lesen habe ich angefangen darüber zu reden, davon zu erzählen, es günstig zu kaufen und weiterzugeben. Nach dem dritten Mal dachte ich mir, dass ich davon erzählen möchte, was das Buch macht, was der Text sagen kann und was es mit mir gemacht hat.

Wenige Bücher haben dieser Art Einfluss auf mich als politischen Menschen gehabt, auf welche Weise genau, dass weiß ich noch nicht, dieser Text ist auch der Versuch dies herauszufinden, in Worte zu packen, was die Figuren und ihre Welt in mir zum Schwingen, zum Denken und zum Fühlen brachten. Alles, was folgt, ist keinem Plan geschuldet, sondern überlässt sich der Zeit und der Tastatur, dem Gefühl zum Buch und zu seinen erdachten Figuren, Figurationen und Gesellschaftsverhältnissen. Sonst bin ich eher in der Theorie zu Hause. Habe Marx und Engels, Adorno und Horkheimer, Firestone und Scholz und Haug mit viel Gewinn gelesen, bin kommunistisch grundiert und anarchistisch/autonom vor allem sozialrevolutionär im Alltäglichen unterwegs. Dieses Buch ist auf eine Weise alles zugleich vom oben genannten, ernsthafter und sanfter als Adorno, witziger und ernsthafter als Marx, schnittiger und umfassender als Firestone. Es ergründet das Offene und (Ein–)Geschlossene, den Kampf mit sich selbst, Anderen, Genossen*innen und den herrschenden Verhältnissen.

„»Darauf, dass wir uns schämen zu sagen, wir hätten eine Arbeitsstelle abgelehnt. Dass das individuelle Bewusstsein vollkommen vom sozialen Bewusstsein beherrscht wird, anstatt dass wir nach einem Ausgleich streben. Wir kooperieren nicht – sondern gehorchen. Wir fürchten uns davor, ausgestoßen zu werden, faul, dysfunktional, Egoisierer genannt zu werden. Wir haben mehr Angst vor der Meinung unseres Nächsten als Achtung für die eigene Entscheidungsfreiheit. Du glaubst mir nicht, Tak, aber versuch es mal, versuch mal, die Grenze zu überschreiten, nur in der Vorstellung, und schau, was in dir vorgeht. Dann geht dir auf, was mit Tirin ist und warum er ein Wrack ist, eine verlorene Seele. Er ist ein Verbrecher! Wir haben Verbrechen geschaffen, genau wie die Propertarier. Erst verdrängen wir einen Menschen aus unserem Akzeptanzbereich, und dann verurteilen wir ihn deswegen. Wir haben Gesetze geschaffen, Gesetze konventionellen Verhaltens. Wir haben uns mit Mauern umstellt und können sie nicht sehen, weil sie ein Teil unseres Denkens sind.«“

Zunächst einmal eine kleine Inhaltsangabe, die stark subjektiv eingefärbt ist. Dies ist keine Klassenarbeit, sondern mein Lesebericht, ein Text für mich und für Euch, Anregung, Empfehlung und Reflektion: Auf Anarres, dem Mond des Planeten Urras, existiert eine anarchistische Gesellschaft von mehreren Millionen Menschen. Der Planet Urras ist im Gegensatz zu seinem Mond in Nationalstaaten (kapitalistische und sozialistische) herrschaftlich gespalten, die den Gesellschaften vom Ende des 20.Jahrhunderts unserer Zeit und Welt ähneln. Anarres wurde von Anarchisten*innen nach einer erfolglosen oder erfolgreichen (?) Revolution besiedelt als Teil einer Art von Friedensschluss. Urras ist ein biologisch üppiger Planet voller biologischer Ressourcen, technologisch weit vorangeschritten und besitzt große industrielle Produktionsstätten. Anarres hingegen ist nicht gerade mit natürlichen Ressourcen gesegnet, die Biosphäre schmal und einseitig. Es existiert dort eine anarchistische Gesellschaft auf schmaler industrieller Grundlage mit computerisierter Verwaltung und einem hohem Grad an Arbeitsteilung. Urras und Anarres sind vom technologischen Stand und dem Grad der Arbeitsteilung sehr ähnlich. Die wesentlichen Unterschiede sind politischer/gesellschaftlicher Natur (Anarchismus vs. Archismus), geschichtlicher Natur (kurze, selbstgemachte Geschichte vs. lange, sich selbst entwickelnde Geschichte getrieben von Klassenkämpfen) und biologischer Natur (Mangel vs. Überfluss).

„Ihm kam der Gedanke, dass er wie Sabul wurde, der ja auch in ganz kleiner Schrift mit Kürzeln auf winzige Papierfetzen schrieb. Jetzt wusste er, warum Sabul das machte: Er war besitzgierig und ein Geheimniskrämer. Was auf Anarres psychopathisch war, war auf Urras rationales Verhalten.“

Wir begleiten den erwachsenen anarchistischen Temporalphysiker Shevek („»Sie nennen Ihre erbärmlichen, engherzigen ›Gesetze‹ zum Schutz des Wohlstands, Ihre Geschütz- und Bomben-›Kräfte‹ in einem Atemzug mit dem Gesetz der Entropie und der Schwerkraft? Ich hatte Sie für klüger gehalten, Demaere!«“). Er begibt sich mit Unterstützung Weniger und gegen den Widerstand von Vielen nach Urras, um dort seine Allgemeine Temporaltheorie (die Große Theorie von Allem der Zeit) zu vollenden, die er auf Anarres ob mangelnder physikalisch- wissenschaftlicher Ressourcen und gesellschaftlicher Anerkennung nicht vollenden kann. Er will diese naturwissenschaftliche Theorie allen Menschen schenken und so großen wissenschaftlichen, politischen und sozialen Fortschritt ermöglichen. Doch er hat seinen Plan ohne die „profitlerischen“ Strukturen und Verhältnisse von Urras gemacht. Gleichzeitig, also in abwechselnden Kapiteln, begleiten wir den jungen Shevek durch seine Kindheit und Jugend und als Erwachsenen auf Anarres und durch seine Zeit auf Urras. und erfahren viel über die anarrestische und die urrastische Gesellschaft und ihre Verhältnisse. Erziehung, Sexualität, Geschlecht, Ausbildung, Arbeit, Wohnen, Reproduktion, Produktion, Konsumtion, Liebe, Freund*innenschaft, Natur, Verteilung, Kooperation und Konflikt. Nahezu alle Bereiche des Lebens werden erörtert, zum Teil diskutiert in ihren Widersprüchen und Problemen und werden vor allem von den Figuren gelebt.

„Während er immer hungriger wurde und der Zug Stunde um Stunde auf dem Abstellgleis zwischen einem zerklüfteten, staubigen Steinbruch und einer stillgelegten Fabrik stand, bewegten ihn düstere Gedanken über die

Realität des Hungers und die Möglichkeit, dass seine Gesellschaft nicht fähig sein würde, eine Hungersnot zu überstehen, ohne die Solidarität aufzugeben, die ihre Stärke ausmachte. Wenn genug da war, selbst nur knapp genug, fiel das Teilen leicht. Aber was passierte, wenn es nicht genug gab? Dann kam Macht ins Spiel; Stärke, die auf Recht pochte; Macht und ihr Werkzeug, die Gewalt, und ihr treuester Verbündeter, der abgewandte Blick."

Der Roman ist eine realistische anarchistische Utopie, etwas, dass mir so bisher nicht untergekommen ist, weder als Roman, noch als Pamphlet, noch als theoretischer Entwurf. Es beeindruckt mich ob der Breite und Tiefe an Themen, die es in seinen Verbindungen („Die Deckungsgleichheit der Begriffe >Arbeit< und >Spiel< auf Pravic besaß natürlich eine starke ethische Bedeutung.") und seinen Widersprüchen („Der Angehörige einer Sozialgemeinschaft trifft seine Entscheidungen jedoch nie allein.") aufmacht. Dieser ganzheitliche Ansatz im Denken, der sich eben nicht in schlechter Abstraktion und Theorieesoterik verliert, sondern sich der ausgedachten, realen Welt ernsthaft stellt, beeindruckt und inspiriert das Denken und das Fühlen.

Meine anarchistischen Genossen*innen schwelgen allzu oft in unrealistischen, idealistischen Träumereien eher anarchoprimitivister Natur, vom Leben auf dem Land im natürlichen Überfluss und geringer Arbeitsteilung. Probleme gibt es keine, weil vergessen wird, dass es biologische Zwänge gibt. Essen, Trinken und medizinische Versorgung für Alle auf hohem Niveau lassen sich aber nicht auf der Basis von landwirtschaftlichen Kommunen sicherstellen. Allerhöchstens dort, wo die Natur unglaublich üppig ist, die Menschen an sehr geringer Zahl und man nicht (wenig) heizen muss und man akzeptiert, dass eine Wunde in 1 zu 100 Fällen das Ende bedeuten könnte. Meine kommunistischen Genossen*innen schwelgen in Science-Fiction-Zukunftsfantasien, welche vergessen, dass die Menschen seit Beginn des Industriellen Zeitalters "Anhängsel der Maschine" sind und glauben, dass die überirdische Produktivität schon alle Probleme des Miteinander lösen wird, was wiederum menschliche Verhältnisse außer Acht lässt. Mal ganz davon abgesehen, dass sich die allermeisten politischen Menschen nicht darum scheren, wie denn ein Weg, der zeitliche Verlauf der Veränderung, um ein Motiv des Buches aufzuzeigen, dahin aussehen könnte. Die Dialektik des Ganzen (Sheveks Allgemeine Temporaltheorie) ist bei allzu vielen einseitig stillgestellt. Die Einen verlieren sich im Heute und vergessen dabei, dass etwas Besseres/etwas Gut werden soll. Die Anderen verlieren sich im luftigen Morgen und vergessen, dass man so heute noch nicht leben kann, dass bedeutende Probleme (nicht nur in Gedanken) gelöst werden müssen. Politik bedeutet aber nunmal mit dem Gegebenen zu arbeiten. Trägt sie emanzipatorische Farben, dann auf etwas Besseres, gar Gutes hin. Wer vergisst, dass es Gegebenheiten gibt, die beachtet und analysiert werden müssen, verliert sich schnell in der moralischen oder theoretischen Anklage statt sich der notwendigen, schmutzigen Arbeit zu stellen.

„»Wir sind nicht wohlhabend. Bei uns ist keiner reich. Keiner ist mächtig. Wenn es Anarresist, das ihr wollt, wenn das die Zukunft ist, nach der ihr strebt, dann sage ich euch, dass ihr mit leeren Händen dorthin kommen müsst. Ihr müsst allein kommen, so nackt, wie ein Kind auf die Welt kommt, in seine Zukunft. Ohne jede Vergangenheit, ohne jeden Besitz, für sein Überleben ganz und gar abhängig von anderen Menschen. Ihr dürft euch nicht nehmen, was ihr nicht gegeben habt, und ihr müsst euch selbst geben. Die Revolution könnt ihr nicht kaufen. Die Revolution könnt ihr nicht machen. Die Revolution könnt ihr nur sein. Sie ist in euch, oder sie ist nirgendwo.«"

Der Roman ist realistisch, weil er das Problem, das Menschen zusammen (re)produzieren und leben müssen, um den Naturzwängen zu entgehen, nicht einfach ignoriert. Der Roman ist realistisch, weil er weiß, dass bei mangelnder natürlicher Grundlage Probleme gesellschaftlicher Art entstehen können. Der Roman ist realistisch, weil er weiß, dass industriell produzierter Überfluss nicht gleich Freiheit bedeutet und weil er weiß, dass Knappheit menschlich gemacht werden kann. Er ist utopisch, weil es keine anarchistische Gesellschaft gibt, jemals gegeben hat. Er ist utopisch, weil er einen fernen Ort eines besseren/guten Zusammenlebens vorstellt und diesen in vielen Einzelheiten und Grobheiten aus vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen darstellt. Er erinnert an die frühneuzeitlichen Klassiker der Utopie, welche als Denkaufgaben entstanden, eine bessere Gesellschaft ernsthaft zu sich vorzustellen in einer realen Welt, keine Traumgebäude zu entwerfen wie das Schlaraffenland, das nur als Träumerei von Hungrigen zu verstehen ist.

Die Autorin hat sich dem ernsthaften Bemühen ausgesetzt, einen kleinen Teil der Geschichte einer fiktiven anarchistischen Gesellschaft in einer realistischen Welt zu erzählen. Diese Ernsthaftigkeit fehlt mir oft in politischen Auseinandersetzungen, die ich mit Genossen*innen im Zusammenleben führen muss. Ihre anarchistischen ideale sind zu realitätsverzerrenden Träumereien geworden, die das Zusammenleben beeinträchtigen und die Erkenntnis dessen, was ist - und damit das Zusammenleben - beschädigen. Richtige Ideen zur falschen Zeit am falschen Ort, können schlechte Folgen haben, eine Erfahrung, die auch der Protagonist machen muss.

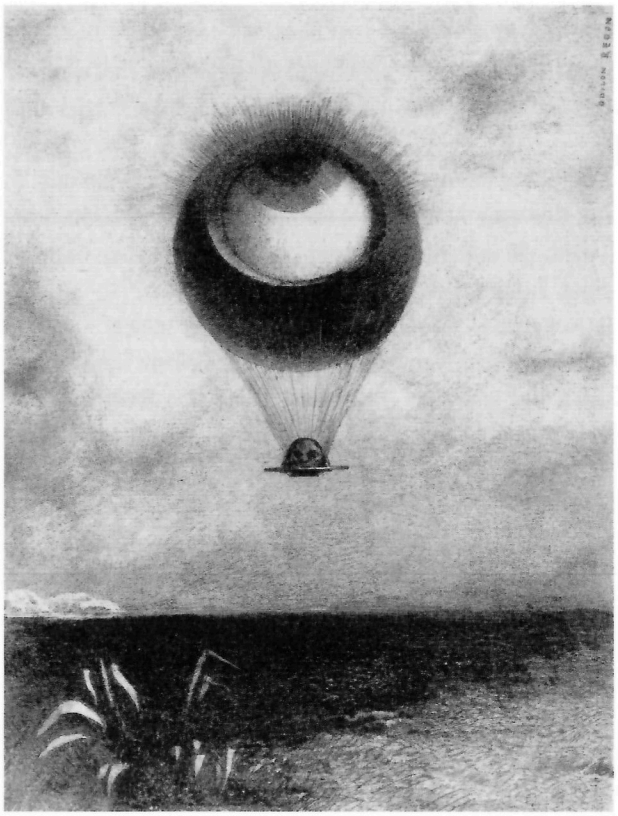
„Am ersten Abend in seinem Zimmer hatte er sie neugierig, herausfordernd gefragt: »Was werden Sie mit mir anstellen?« Jetzt wusste er, was sie mit ihm angestellt hatten. Chifoilisk hatte es ihm klar und deutlich gesagt. Er war ihr Besitz. Er hatte geglaubt, mit ihnen verhandeln zu können – eine sehr naive anarchistische Vorstellung. Ein einzelner Mensch kann nicht mit dem Staat verhandeln. Der Staat erkennt keine andere Währung an als die Macht, und er gibt selbst die Münzen aus."

Gleichzeitig fehlt mir oft die utopische und kreative Energie im Politischen, die nichts Neues wagen, nichts neu machen und dann auch mal durchhalten möchte, die für die kurze politische Effekthascherei viele Inhalte opfert, um mal wieder ausgelatsche Wege zu gehen, Parolen und alte Sätze zu verbreiten, statt ihnen neues Leben einzuhauchen, sei dies auch noch so schwer. Wenn sich die Umstände ändern, sollte man zwar die Grundsätze ehren, aber wer vergisst, dass sich etwas geändert hat, rutscht in Dogmatismus, Repression und Ausgrenzung, eine konstante Gefahr für die anarestische/anarchistische Gesellschaft.

Der Verdienst der Autorin besteht vor allem darin, auch die schlechten Seiten und Probleme darzustellen, die einem beim Aufbau und Erhalt einer anarchistischen Gesellschaft, eigentlich stets im menschlichen Zusammenleben begegnen müssen, den sie entstehen aus dem die realistische Utopie umgebenden Bedingungen. Urras ist militärisch deutlich mächtiger und ein offener Austausch birgt durchaus Gefahren. Die aus natürlichen Gründen entstehende Hungersnot auf Anarres kehrt auch die schlechten Seiten der Menschen hervor, ge-

nauso, wie sie umstrittene wirtschaftliche Entscheidungen erzeugt, die menschliche Opfer verlangen, welche diskutiert werden oder einfach gedankenlos aus Anpassungsdruck x Angst erbracht werden.

Wer sich von den (der Utopieform angemessenen) Übertreibungen nicht schrecken lässt, der erkennt darin einen Modus des Nachdenkens über alltägliche Probleme, die uns auch im politischen Zusammenleben stets begegnen. Wer macht eigentlich welche Arbeit und warum und wer profitiert davon? Welche Hingabe müssen wir bereit sein zu verlangen, auch von uns selbst? Ist es das wert? Wer entscheidet das und warum? Kann man Anarchismus einfach so konsumieren, wie im Partyvismus (siehe vorletztes Blättchen)? Wer bestimmt eigentlich, was das ist, dieses herrschaftsfreie Zusammenleben? Sind manche eigentlich anarchistischer unterwegs, weil sie anderen die Möglichkeit nehmen sich so zu verhalten?



„In seinen Augen war es die Aufgabe des denkenden Menschen nicht etwa die eine Realität auf Kosten der anderen zu leugnen, sondern beide einzubeziehen, die Verbindung herzustellen."

„Sie waren fabelhaft gebildet, diese Studenten [auf Urras]. Ihr Verstand war erlesen, scharf, aufnahmefähig. Wenn sie nicht arbeiteten, erholten sie sich. Sie wurden nicht von einem Dutzend anderer Pflichten abgestumpft und abgelenkt. (...) Ihre Gesellschaft bot ihnen eine Leben ohne Mangel, Ablenkung und Sorgen. Was sie mit dieser Freiheit jedoch anfingen, das war eine andere Frage. Shevek hatte das Gefühl, dass ihre Freiheit von allen Pflichten in direktem Verhältnis zu ihrem Mangel an Freiheit der Initiative stand."

Wer sich in dialektischem Denken schulen, diese gar kennenlernen möchte und reale Widersprüche produktiv und in ihrer Spannung erlesen möchte, dem sei dies Buch zur Lektüre empfohlen. Die meist tote Beschwörung der Dialektik als Denkmethode findet heutzutage als zitatreiche Litanei von Hegel, Marx und Adorno statt. Zitate werden gebetet, statt sie zu machen. Im Alltag scheitern die Betenden so oft, weil es schwer fällt das Alltägliche, das, was wir alle tun (müssen), in seinen Widersprüchen zu erblicken, es zu erfassen, es zu begreifen und die Begriffe ihre Arbeit tun zu lassen im Kopfe in der Auseinandersetzung mit Anderen. Sie in diesem Buch als produktive Kraft des Denkens und Erzählens zu erleben ist nicht nur erfrischend, sondern kann auch - um die wichtigste Metapher des Buches zu erwähnen - Mauern einreißen. Die in uns, um uns, zwischen uns, zwischen unserem Handeln und Denken und dem, wo wir politisch hinwollen und dem, was es zu tun gilt. Vermittlung leisten, nicht Versöhnung versprechen, wo es (noch) keine geben kann. Das Individuum Shevek, welches aufgrund seiner Beziehungen schon kein bürgerliches mehr ist, gerät in Widerspruch zu seiner Kollektivität, die auch in ihm ist. Seine freien Entscheidungen werden von natürlichen und gesellschaftlichen Zwängen gerahmt, welche wiederum seine bahnbrechende Arbeit beeinträchtigen und für die Verbreitung der odonischen (=anarchistischen) Ideen maßgeblich sein können, keine (Zeit–)Mauern mehr, kein Einschluss, kein Ausschluss mehr, irgendwann/wann?

„Die Vorarbeiterin hatte zwar keine Erfahrung im Umgang mit einem Mob, aber die Leute hatten auch keine Erfahrung darin, sich wie ein Mob zu verhalten. Da sie Mitglieder einer Gemeinschaft waren und nicht Elemente einer Masse, waren sie auch nicht von Kollektivgefühlen beherrscht; es gab so viele verschiedene Gefühle hier, wie es Menschen gab. Und da sie gar nicht auf die Idee kamen, ein Befehl könnte willkürlich sein, hatten sie auch keine Übung darin, Widerstand zu leisten. Dieser Mangel an Erfahrung rettete dem Passagier das Leben."

Zum Abschluss: Im amerikanischen Original heißt das Buch „The Dispossessed – An Ambigous Utopia". Der erste Teil ist sowohl ein Wortspiel, denn The Dispossessed heißt Die Enteigneten, aber dis-possessed bedeutet auch ent-bessessen, in diesem Falle nicht mehr vom „verdienen" „vom Eigentum" besessen, wie von einem bösen Geist. Ambigous bedeutet so viel wie widersprüchlich, zwiespältig und weist auf all das oben Beschriebene hin. Wer einen Hauch davon erlesen möchte, der nehme dieses Buch zur Hand.

Am besten liest sich das Buch unter freiem Himmel zum Nachdenken und Innefühlen. Wegträumen kann man sich damit in geschlossenen Räumen. Bei Archive.org findet man die neueste Ausgabe unter dem Suchwort „Freie Geister" als PDF. Für Lesemüde gibt es bei Youtube eine nichtprofessionelle Hörbuchproduktion, die sich am besten unter dem Sternenhimmel anhören lässt, denn neben all den politischen Implikationen ist es eine spannende Geschichte voller Freund*innenschaft und Liebe, Intrige und Manipulation, Solidarität und Verrat.

„Shevek dachte an seine eigene Arbeit und wusste nichts zu sagen. In Bedaps Kritik konnte er allerdings nicht einstimmen. Bedap hatte ihn nach und nach zu der Einsicht gezwungen, dass er ein Revolutionär war; aber er war bis ins Mark davon überzeugt, dass er es durch seine Erziehung und Ausbildung zum Odonier und Anarresen geworden war. Er konnte nicht gegen seine Gesellschaft aufbegehren, weil es sich bei seiner Gesellschaft, recht verstanden, um eine Revolution handelte, einen permanenten, fortlaufenden Prozess. Und er glaubte, um ihren Wert und ihre Kraft wieder durchzusetzen, sei es lediglich notwendig zu handeln, ohne Angst vor Strafe und ohne Hoffnung auf Belohnung, schlicht aus dem Inneren seiner Seele heraus."

Captain Future:

2034 – am Tag als der Regen kam...

3. Juli. Trocken klebt die Zunge am Gaumen. Das einzig feuchte ist die Haut. Klebrige Feuchte des Schweißes, nicht der Erfrischung. Verdorrt sind die Wiesen; die Zweige der Bäume hängen erschöpft herab, als könnten sie der Schwerkraft keinen Widerstand mehr leisten. Trüb ist das Grün ihrer Blätter. Die Luft flirrt, der Asphalt klebt. Hier und da fallen Vögel vom Himmel. Menschen freuen sich, dass die Sonne scheint. Endlich Sommer.

Der Rhein ein Rinnsal. Die Eder gibt es nicht mehr. Die Spree nur noch Pfützen. Die Aller ein Bach. Die Donau braun. Die Elbe eine Abfolge von Tümpeln. Keine Welle mehr auf der Isar. Allein die aufbereiteten Abwässer der Kläranlagen sorgen für stetigen Zufluss. Ocker breitet sich die Landschaft aus. Safari-Gefühle in Rentner-Beige an der Mosel. Dort werden keine Schwimmbecken mehr zum Vergnügen befüllt – nur noch für den Leistungssport. Der Wein aus Neuseeland schmeckt vorzüglich. Hier wächst kein Riesling mehr.

Berlin. Ach, Berlin. Hier braucht man keinen Wein! Hier kam das Wasser noch 2026 zu 70 % aus der Spree! Aus der Spree! Wer hätte das gedacht. Und nun? Rationierung am Morgen, Tankwagen am Abend - der Druck in den Leitungen ist zu schwach, wenn der klebrige Mensch duschen möchte. Wer hätte das ahnen können? Unglaublich! Berlin! Der Spreewald stirbt! Die Hauptstadt staubig. Die Brandenburgische Ministerpräsidentin lässt kein Wasser mehr aus ihrem versteppenden Hoheitsgebiet heraus. Man denke an an die Wirtschaft! Red Bull in Brandenburg hat zugesichert bekommen, dass sie sich keine Sorgen um die Wasserversorgung machen müssen. Der Osten will blühende Landschaften! Red Bull braucht viel Wasser. Erblühe, Limonadenlandschaft! Auch der Leag-Konzern in Cottbus, einer der größten Wasserverbraucher Brandenburgs, und der Schwarz-Konzern in Lübbenau haben unbeschränkte Wassernutzungszusagen bekommen. Ebenso Tesla in Grünheide. Brause, Autos, Computer-Chips – läuft.

Letztes Jahr 182mm Niederschlag pro Quadratmeter. Früher 550. Eifrig werden Daten gesammelt, gebündelt, korreliert und veröffentlicht. Als sei der Datenzauber ein Regentanz. Alle kennen die Fakten, denn alle hören podcasts. Jetzt haben wir es schwarz auf weiß, wie man früher sagte: es regnet weniger. Wer hätte das gedacht. Kein Wunder, dass in den Flüssen so wenig Wasser ist! „Wo ist unser Wasser hin?" fragt ahnungslos der Deutschlandfunk.

Die deutschen Ingenieure erdenken große Wasserleitungen quer durchs Land. Wie in Russland. Wie in Ägypten, wie in Indien, wie in den USA, wie in Brasilien, wie in China, wie in Spanien... Kriege werden angedroht. Die Gletscher geben nicht mehr viel her. Die Flüsse noch weniger. Die Talsperren im Harz waren im Mai noch zu 48% gefüllt. Das reicht übers Jahr nicht mal für Niedersachsen. Nicht für Hannover, nicht für die Industrie in Salzgitter, nicht für die Fleischfabriken im Emsland. Vor der Industrialisierung war Niedersachsen Sumpfland, Moor. Früher gab es genug Grundwasser. Seit 4 Jahren sind die meisten Brunnen ab Juli trocken. Coca-Cola in Lüneburg musste im April schon den 5. Schacht bohren lassen. Beim zweiten gab es noch Widerstand dagegen. Aber jetzt, wo alle um die Wirtschaft bangen… Trink Coca-Cola!

Die neuen digitalen, sekundengenauen Wasserverbrauch-Messgeräte sind seit diesem Jahr Pflicht in jedem Haushalt. Drohnen mit Feuchtigkeitssensorik spüren Wassersünden auf. Rasensprengen verboten. Es surrt über den Städten und Dörfern – vor allem über den Vorstädten. Hier wird viel gesündigt. Hier wird viel heimlich gebohrt und gepumpt, obwohl die Grundwasserspiegel nicht mehr viel hergeben. Die Geranien werden gegossen, während der Weizen allzu früh verdorrt, bröselt, zerstaubt. Von der Regierung lässt man sich nicht vorschreiben, wie viel Wasser man verbraucht. Soweit kommt es noch! Die AfD kann bei den nächsten Bundestags-Wahlen mit absoluter Mehrheit rechnen.

„Antifa heißt Wasser sparen" – auf einem Plakat. „Für gerechte Wasserverteilung!" – auf einem Transparent. „Es gibt ein Recht auf Schwimmunterricht" – aus einer Broschüre. „Holt endlich das Wasser vom Mond!" – Bild. Es soll wieder so sein wie Früher – es wird nicht wieder werden wie Früher. Damit es bleibt, wie es Früher war, wählt das Volk Früher-Führer. Die Linken wollen Wasser verteilen, das es nicht gibt; fortschrittstrunken immernoch. Einige Menschen sabotieren hin und wieder durstig die Wasserleitungen der Groß-Industrie. Wir haben ihnen zu Trinken mitgegeben.

Plötzlich geht ein Raunen durchs Land: Hört! Hört!!! Es ist Regen vorhergesagt! Dachrinnen werden gereinigt, Wassertonnen gehamstert, Planen gespannt. Alle werden zu Wetterexpert_innen. 7. Juli: es regnet - 2 mm pro Quadratmeter im Sauerland. Das ist alles. Sturzbäche nur in Norditalien, der Bretagne und auf Helgoland. Viele Tote dort. Im sauerländischen Vorgarten lässt sich Altkanzler Merz lächelnd mit Regenschirm fotografieren. Die Regentanzbewegung bekommt regen Zulauf. In Baden-Württemberg will man eine eigene Partei gründen. MP Özdemir lädt „alle Regentänzer" zum Sommerfest in die Staatskanzlei. Claudia Roth hat bereits ihr Kommen angekündigt.

10. Juli: Während in den frühen Morgenstunden schon erste Interviews darüber gesendet werden, ob man jetzt doch russisches Wasser importieren solle; und darüber, ob man es sich gefallen lassen könne, dass die USA das grönländische Eis zu etwas ur-amerikanischem erklärt und es beschlagnahmt haben, während dessen sickert die Meldung durch, dass Unerhörtes geschehen sei: 1. Jens Spahn hat angekündigt nur noch jeden zweiten Tag duschen zu wollen. 2. aufgebrachte Menschen stürmten auf das Gelände der Infineon-Chip-Fabrik in Dresden und stellten den Hahn ab. Ein paar Minuten. „Wasserterrorismus"! Bettina, von der Bürgerinitiative, findet das nicht gut. Wegen der Wirtschaft. Und weil Arbeitsplätze gefährdet würden.

Juli 2034: In weiten Teilen Indiens seit 3 Monaten 45 Grad, in Spanien 42, in Süd-Irak seit Wochen 50 Grad, ebenso in Kalifornien, in Sachen-Anhalt seit Mai 35. Venedig, Gouda, Jakarta und Manhattan versinken im Meer. Es wird viel gestorben. Wer hätte das gedacht? Alles gut? Alles gut.

Stärker als der Tod - Zu dem Tod von Sandra und Sandro

Es gibt einen großen Unterschied zwischen der Gewalt der Unterdrückten, zu der Gewalt der Unterdrücker: ersteres folgt einer Ethik, zweiteres nicht. (Sara Ardizzone)

Unsere Begabung zu reden und zu kommunizieren gestattet es uns nicht, uns auf die unbekannten Pfade der Verantwortung für die selbst eingegangenen Gefahren zu begeben. Jede Äußerung in dieser Richtung bleibt zwangsläufig provisorisch und unzureichend. Konkret nach Freiheit zu streben – in ihrer authentischen und ganzheitlichen Form und nicht in den vom Staat verliehenen und auferlegten Fälschungen – bedeutet, sich auf das Risiko einzulassen, das der Suche selbst innewohnt. An diesem Ort markieren unsere Entscheidungen, die oft einer wilden und einsamen Natur entspringen, die Spur eines Weges ohne Wiederkehr. Freiheit ist eine Eigenschaft, die man erlebt, indem man sich selbst einem Risiko aussetzt.

Wir sagen dies ohne jede rhetorische Beschönigung: Die beiden Anarchisten Sara Ardizzone und Alessandro Mercogliano, die nach dem Einsturz eines Bauernhauses in Rom tot aufgefunden wurden, sind unsere Gefährten, auf die wir stolz sind. Die Schreiberlinge, von deren Schmierblatt wir von dem Vorfall erfahren haben, berichten wiederholt von der Explosion eines Sprengkörpers. Die besorgten Distanzierungen, die stets darauf abzielen, die eigene beschämende Unversehrtheit zu gewährleisten, sind nicht unsere Sache. Wir sind es gewohnt, der Propagandamaschinerie kein Wort zu glauben. Doch sollte es einen Funken Wahrheit in den „durchgesickerten" Informationen geben, müssen wir uns auf die grundlegende Tatsache besinnen: Sara und Sandro sind in Aktion gestorben, sie sind kämpfend gestorben. Der soziale Krieg ist kein Schauspiel, kein Lebensstil und keine Subkultur. Er ist in erster Linie ein Krieg. Sara und Sandro sind ein leuchtendes Beispiel für die untrennbare Verbindung von Denken und Handeln, dem Anarchismus, den die Revolutionäre bis zum letzten Augenblick ihres Lebens inspiriert, bis in den Tod.

Sara und Sandro sind und bleiben für immer ein Teil unseres Herzens. Ein Herz, das sich nicht verwehren kann, einen Nachruf zu verfassen.

Das Geschwätz der Herren der Inquisition und der Unterdrücker geht Hand in Hand mit dem der Kriegstreiber und Ausbeuter. Nun empören sich jene Massenmörder, die Schlächter und Schöpfer des Todes auf einmal über die Bomben der Anarchisten und wollen einen Skandal daraus machen.

Wir teilten mit Sara und Sandro die unerschöpfliche Leidenschaft für anarchistisches Denken und Handeln. Mit ihnen haben einige von uns zusammengelebt und Momente von fieberhafter Intensität geteilt, die sich nicht mit Uhren messen lassen. Als wir von der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie ins Visier genommen wurden, haben wir mit ihnen unsere Würde bewahrt und die Entschlossenheit unserer Entscheidungen gefestigt. Wir sind uns sicher: Unsere endlosen Tage werden niemals zu einer verblassten Erinnerung werden. Wir haben Momente erlebt, die nicht auf ideologischem Gelaber beruhten, sondern auf unserer Überzeugung von unseren Wegen, auf Gefühlen, gegenseitigem Vertrauen und Lebensfreude. Wir alle, die wir sie gut kannten, wissen, dass es keine Worte gibt, die ihre Bescheidenheit, Sanftmut und Würde angemessen beschreiben könnten.

Deshalb hat der revolutionäre Wille von Sara und Sandro die Kraft, die Zeit zu überwinden und Leid und Schmerz zu besiegen. Ihre Leidenschaft für das Leben wird stärker sein als der Tod. Ihre Integrität wird immer eine Mahnung gegen jeden Unterdrücker sein.

21 März 2026

Circolo Culturale Anarchico "G. Fiaschi" (Carrara)

Circolo Anarchico "La Faglia" (Foligno)

Danilo Cremonese e Valentina Speziale

Circolo Anarchico "G. Bertoli" (Assemini)

Nucleo Anarchico "É. Henry" (Cagliari)

An Sara. Die Revolution hat ihre schönste Blüte verloren

Sara starb vor einigen Tagen zusammen mit ihrem Gefährten Sandro mutmaßlich bei der vorzeitigen Explosion eines Sprengsatzes in einem Anwesen bei Rom. Am Freitag fand die Beerdigung im Familien – und Freundeskreis statt, eine öffentliche Gedenkveranstaltung in der Nähe des Todesortes am heutigen Sonntag wurde verboten, die trotzdem erschienenen Genoss*innen wurden u.a. durch Einsatz von berittener Polizei daran gehindert, den Genoss*innen würdig zu gedenken. 91 Genoss*innen wurden festgenommen. Eine zweite, kleinere öffentliche Versammlung konnte unter scharfer Überwachung stattfinden.

*** Als Genossen und Genossinnen, die dich vor vielen Jahren kennengelernt und mit dir gemeinsame Wege auf dem Weg zum Kommunismus beschritten haben, möchten wir dir einige Worte widmen, um der Person, die du warst, Gerechtigkeit und Ehre zu erweisen. Von den Kämpfen in den Regionen bis hin zu den Studentenbewegungen, von der Organisation der Arbeiter bis zum Kampf für das Recht auf Wohnen – du warst immer dabei, an vorderster Front, und hast dich mit ganzer Kraft für eine Gesellschaft eingesetzt, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Während deiner Zeit in Umbrien hast du dich zunehmend den anarchistischen Kreisen angenähert und mit derselben Energie, die dich immer ausgezeichnet hat, die Gemeinschaften belebt, denen du an-

gehörtest, und den Kampf an der Seite der Ausgebeuteten fortgesetzt, im Geiste einer revolutionären Idee, die der Anarchie verschrieben ist.

Im Laufe deines Lebens hast du viele schwierige Momente durchlebt, die uns alle verbinden: prekäre Lebensverhältnisse, niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit. Die Schwierigkeiten, denen du begegnet bist, haben dich hartnäckiger, stärker und entschlossener gemacht, und vielleicht hat dich die Ohnmacht gegenüber dieser totalitären Gesellschaft – in der der Begriff „Demokratie" seiner Bedeutung beraubt und dazu benutzt wird, kapitalistische Praktiken zu verschleiern, die auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Umwelt und der Tiere ausgerichtet sind – zu immer radikaleren Entscheidungen getrieben.

Wir machen uns deinen Kampfgeist zu eigen, genauso wie wir uns die revolutionären Perspektiven zu eigen machen, die du in deiner mittlerweile berühmten Rede vor Gericht zum Ausdruck gebracht hast: Wir sind Feinde des Staates, seiner Gesetze und seiner Institutionen; wir kämpfen für eine Gesellschaft, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse ist, für ein Leben in Gleichheit aller Männer und Frauen.

In diesen Tagen beeilen sich die italienischen Zeitungen, dein Leben und deine politischen Taten zu beschreiben, um dich zu kriminalisieren und dich zu einem mörderischen Monster, einer skrupellosen Terroristin zu machen. Doch sie sind weit von der Wahrheit entfernt. Wir kennen den Hass, der jene feigen, bezahlten Schreiberlinge antreibt, mit denen jeden Tag die Realität verfälscht wird, indem der Henker zum Opfer und das Opfer zum Henker gemacht wird. Wir sind uns bewusst, dass versucht wird, die Kämpfe unserer anarchistischen Genoss*innen zu kriminalisieren, ebenso wie die aller, die den Mut und den Willen haben, den Kopf zu erheben, um diese kapitalistische und schändliche Gesellschaft zu bekämpfen.

Heute gedenken wir unserer Genossin Sara mit Wut und Schmerz.

Du warst ein junge Frau, lächelnd, großzügig, selbstlos, immer bereit, zuzuhören und jeden in schwierigen Zeiten zu unterstützen. Du hast niemanden zurückgelassen. Trotz der unterschiedlichen Wege, die wir eingeschlagen haben, wirst du für immer unsere Genossin, unsere Freundin, unsere Schwester sein.

Du wirst in unseren Kämpfen für eine andere und freie Gesellschaft weiterleben. Wir sind stolz darauf, an deiner Seite gekämpft zu haben.

Deine Genossen Deine Genossinnen

Basel18 – Ein Update zum Gerichtsverfahren, ein Spendenaufruf und ein paar Gedanken von einigen der Angeklagten

Nach langer Funkstille möchten wir uns wieder zu Wort melden. Einige mögen sich vielleicht noch erinnern: Im Januar 2019 erging das Urteil gegen uns im Verfahren aufgrund einer Demonstration im Jahr 2016 gegen Rassismus, Repression und Stadtaufwertung. Von den "Basel18" wurden 15 zu Haft- oder Bewährungsstrafen verurteilt, 3 wurden freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatten wir Einspruch eingelegt und nach langen juristischen Auseinandersetzungen wird es im November 2026 zur Verhandlung in zweiter Instanz beim Appellationsgericht kommen. Die Verhandlung wird vom 2. bis zum 6. November 2026 stattfinden. Die Urteilsverkündung ist für den 13. November angesetzt.

Wir werden an dieser Stelle nicht auf den juristischen Teil des Verfahrens eingehen. Aber wir möchten etwas dazu sagen, warum wir für eine gerechtere Welt kämpfen. Wir sind in der Schweiz, in einer «bürgerlichen Demokratie» aufgewachsen und die Verhältnisse in eben diesem Land haben uns politisiert.

Zu sehen, wie das Schweizer Migrationsregime funktioniert, wie Menschen zu tausenden in Lager gesperrt, entrechtet und ausgeschafft werden, an den Grenzen Europas sterben. Zu sehen, wie Freund:innen eingesperrt und unterdrückt werden, weil sie nicht die «richtigen» Papiere besitzen oder weil sie sich im Kampf gegen die bestehende Ordnung nicht an die Gesetze gehalten haben. Zu sehen, wie der Schweizer Staat in der Vergangenheit und in der Gegenwart autoritäre und faschistische Regierungen stützt, wie Schweizer Kapital von Krieg und Elend im globalen Süden profitiert und sich gleichzeitig heuchlerisch als humanistische Kraft inszeniert. Zu sehen, wie Schweizer Firmen an Israels Genozid an den Palästinenser:innen verdienen und der Schweizer Staat sich nur darum bemüht, eine imperialistische Weltordnung aufrecht zu erhalten. Zu sehen, wie in der Schweiz alle zwei Wochen ein Femizid geschieht und Freund:innen nach wie vor Angst vor frauen- und queer-feindlichen Angriffen auf dem Nachhauseweg haben. Zu sehen, wie für Profitmaximierung und Fortschrittsideologie die Natur hier und global zerstört wird. Zu sehen, wie Armut als individuelles Versagen gilt, weil die herrschende liberale Ideologie uns sagt: Du bist selber für dein Glück verantwortlich.

Dies hat uns politisiert und in unserer Überzeugung bestärkt, dass nur eine revolutionäre Veränderung eine gerechte Gesellschaft schaffen kann und dass wir dafür kämpfen wollen. Gegen uns wird dieses Verfahren geführt, weil ein Gericht, basierend auf den herrschenden Gesetzen, über uns urteilt. Es sind die selben Institutionen, welche Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung alleine aufgrund ihres Daseins bestrafen. Das Rechtssystem beschützt das Eigentum der Besitzenden. Menschen, die keinen Besitz haben, sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen oder "illegal" an Geld zu kommen. Schweizer Gefängnisse sind gefüllt mit armen Menschen, Migrant:innen und "Papierlosen". Die herrschenden Gesetze sind sexistisch und rassistisch und entpuppen sich als die Gesetze der Herrschenden zur Durchsetzung dieser unterdrückerischen Verhältnisse.

Und so dient auch das staatliche Repressionsorgan, die Polizei, den Herrschenden. Denn entgegen ihrem Selbstverständnis ist die Polizei kein Garant für Sicherheit. Nein, sie ist für viele Menscheneine grosse Gefahr. Sie ist eine Gefahr für Sans Papiers, welche täglich ihre Verhaftung fürchten müssen. Sie ist eine Gefahr für Menschen, die auf der Strasse leben. Sie ist eine Gefahr für arme Menschen, die stehlen, weil sie kein Geld haben. Sie ist eine Gefahr für nicht weisse Menschen, welche Racial Profiling ausgesetzt sind. Sie ist eine Gefahr für Menschen, die ihre Miete nicht bezahlen können und von ihr zwangsgeräumt werden. Und sie ist eine Gefahr für Menschen, welche gegen diese Verhältnisse auf die Strasse gehen und dem Polizeiapparat gegenüberstehen. Kurz gesagt, ist sie eine Gefahr für alle Menschen, welche von diesem System unterdrückt werden oder es in Frage stellen.

In Basel gingen Gerichte und Polizei in den vergangenen Jahren verstärkt gegen revolutionäre Bewegungen vor. Demonstrationen zum 8. März oder in Solidarität mit den Kämpfen der Palästinenser:innen wurden angegriffen, Menschen bei Aktionen der Klimabewegung verhaftet oder das ganze Arsenal staatlicher Repression gegen die BaselNazifrei Demos eingesetzt. Ziel dieser Repression ist es, uns einzuschüchtern und uns dazu zu bringen, uns von unseren Positionen zu distanzieren. Sie soll das Bild kreieren, dass Widerstand sich nicht lohnt. Drohende Haftstrafen sollen uns davon abbringen, weiter aktiv zu sein, weiter für unsere Ideen zu kämpfen. Und ja: Repression verunsichert und schüchtert ein. Alle, die mit Repression konfrontiert sind, kennen das. Repression ist die Reaktion der Herrschenden auf Widerstand. Doch sie kann Widerstand niemals verhindern. Denn die Ungerechtigkeiten dieser Verhältnisse werden immer wieder dazu führen, dass Menschen sich zusammenschliessen und kämpfen.

Diese Welt ist alt. Zeit für eine neue. Zeit für Hoffnung und Befreiung. Lassen wir uns niemals die Hoffnung nehmen. Wir werden im Vertrauen auf unsere eigene Stärke, im Vertrauen auf die Solidarität und im Wissen darum weitermachen, dass die Kämpfe, die wir führen, die grösste Dringlichkeit und Legitimität haben. Nutzen wir unsere Momente der Solidarität, um uns zu stärken – wir haben viel zu tun!

Spendenaufruf: Wir werden sehr hohe Prozesskosten zu bezahlen haben. Deswegen sind wir froh um Spenden an das folgende Konto: Gemeinsam Solidarisch, 4057 Basel, IBAN: CH36 0900 0000 1682 4541 6, Betreff: Prozesskosten

Warum ich mich dafür entschieden habe meine Haftstrafe im Antifa-Ost Kontext nicht anzutreten

Am 18.06.2025 hätte ich mich an der Pforte der JVA Hakenfelde melden und mich für mind. 3 Jahre und 3 Monate in staatliche Obhut begeben sollen. Mich der Haft zu entziehen, ist mir nicht leicht gefallen. Mein gewohntes Umfeld und die Menschen die ich Liebe, hinter mir zu lassen, ist schmerzvoll.

Doch für mich haben andere Gründe überwogen. Wir erleben seit Jahren eine immer unsolidarischer werdende Gesellschaft und damit einhergehend, eine sich zuspitzende Repression. Seit meiner Inhaftierung im Jahr 2017 stand ich ununterbrochen unter staatlicher Beobachtung und Kontrolle. Zu jedem möglichen Zeitpunkt wurde ich observiert und mit technischen Mitteln überwacht. Diese Repression gipfelte u.A. 2021 in einem zwei Jahre andauernden Prozess gegen mich und drei Freund*innen vor dem Oberlandesgericht in Dresden.1

Zwei Tage die Woche wurden wir dazu genötigt uns deren Machtdemonstration und das ganze Theater drum herum zu geben. Es vergingen nochmal fast zwei Jahre bis zum Abschluss des Revisionsverfahrens und den Haftantrittsterminen. Jahre des Abwehrkampfes, langwierige Diskussionen und Streit mit Gefährt*innen, mit nur sehr wenigen empowernden Momenten, fühlten sich, trotz gegenteiliger Bemühungen und Unterstützung durch solidarische Menschen, erdrückend an. Neben diesen Abwehrkämpfen war es kaum möglich politisch zu arbeiten.

Emanzipatorische und revolutionäre Politik hat immer Gewalt und Unterdrückung der Herrschenden erzeugt. Aber zu merken das staatliche „Befriedungsmethoden" bei mir und meinem Umfeld wirken, war und ist hart. Nach dieser langen Zeit der Defensive, der ständigen Angriffe des Staates und der damit verbundenen Überwachung, hat es sich nicht richtig angefühlt mich freiwillig in die noch unfreiere Situation der Gefangenenschaft zu begeben. Ich strebe nach echter Veränderung. Mein Platz ist dort wo diese möglich scheint und es Menschen gibt, die dieses Ziel teilen.

Mir ist es wichtig aufzuzeigen, wo der Staat mit seinen Mitteln an Grenzen stößt, wo es Möglichkeiten gibt die Angriffe ins Leere laufen zu lassen und wo es möglich ist Widerstand zu leisten. Das gilt immer und überall und für mich, gerade untergetaucht und in Freiheit. So habe ich mich wieder für ein Leben am Rande der Gesellschaft entschieden, denn es bleibt mir nichts anderes übrig. Nur der Gedanke an ein Leben angepasst an die Mehrheit der Gesellschaft, auf der Jagd nach dem egoistischen Glück, durch Anhäufung von Besitz, Status oder positiven Momenten mit den Liebsten, der Natur, Gott, etc., löst eine starke Spannung und Abwehr in mir aus. Wie könnte ich an etwas partizipieren oder profitieren was so viel Leid reproduziert, so banal und oberflächlich ist. Tiefe und Wert sehe ich nur in den aufrichtigen Streben nach Gemeinschaft, gegenseitiger Unterstützung und individueller freier Entfaltung, frei von autoritärer Unterdrückung.

Es wird sich immer lohnen für eine Welt im Einklang mit allen Lebewesen und gegen das vorherrschende, zerstörerische System und seine Fürsprecher*innen zu kämpfen. Meine Gedanken sind bei allen Inhaftierten und besonders bei den Gefährt*innen und deren Umfelder, welche momentan im Antifa-Ost-Kontext in Düsseldorf und Dresden vor Gericht sitzen, denen das Theater noch bevorsteht, die die sich dessen entziehen und bei Maya. Viel Kraft uns allen! <3

Um es abschließend mit Schwester Ebow's Worten zusammenzufassen: "Hoffnung fühlt sich gerade an wie ein Leeres Wort. Doch hoffnungslos zu sein wäre Mein eigener Tod."

Ich danke allen, die mir in dieser Zeit beistehen und beigestanden haben. Dies ist mein Weg, für das zu kämpfen, woran ich glaube. Ich hoffe, dass meine Entscheidung und meine Worte Menschen inspirieren, mutig für ihre Überzeugungen einzustehen.

Mit solidarischen Grüßen

Nero*

P.s. Ich habe viel von Dir lernen dürfen und du warst immer mit einem offenen Herzen für mich da. Danke Devran, ich werde dein breites Lächeln nie vergessen!

*Ich saß unter dem Synonym „Nero" schon einmal von 2017 bis 2019 in Berlin in Haft. Damals wurde ich festgenommen, weil ich einen Polizeihelikopter mit einem Laserpointer, in Zusammenhang mit Ausschreitungen in der Rigaerstr. in Berlin, geblendet habe. Im Anschluss an die Haft veröffentlichte das VICE-Magazin, in Zusammenarbeit mit mir, einen Artikel über „Nero". Die Zusammenarbeit und der Artikel wurde, zu recht, stark kritisiert. Als ich mich entschied mit VICE zusammenzuarbeiten, habe ich einige Fehler gemacht.

Mir fehlte das Problembewusstsein für das Bild, was ich mit so einer Veröffentlichung nach außen trage und welche Verantwortung ich darin trage. Für mich ergab sich die verlockende Chance ein sehr großes Publikum anzusprechen und ich habe dafür eigene Ideale und Grundsätze übergangen. Die Verlockung, dass Thema „widerständige Haft" einem breiten Publikum zugänglich zu machen, war größer als die berechtigte Sorge vor verzehrter Darstellung meiner Person und meines Umfeldes. Auch wenn es anhand des VICE-Artikels schwer zu glauben ist, war und bin ich kein Freund von Personenkult und inhaltsleerem Image. Ich dachte, ich müsste, diese Art der Darstellung in Kauf neh-

men, um das Ziel (ein größeres Publikum ansprechen) zu erreichen.

Dennoch entsprach zu diesem Zeitpunkt, das Bild des Adrenalin gesteuerten Antifa-Mackers, auch wenn es überzeichnet dargestellt wurde, meiner Person. Mittlerweile schäme ich mich dafür, es ist peinlich und es tut mir Leid. Vor allem, dass ich dieses problematische, patriarchale Bild eines Einzelkämpfers, auch noch in der Öffentlichkeit, gepusht habe. Ich bin dankbar für die öffentliche Kritik und Kritik aus meinem Umfeld. Beides hat mir geholfen, die problematischen Anteile in dem Artikel und damit an mir zu erkennen.

Ich habe mich die letzten Jahre sehr schwer getan eine Reaktion auf den VICE-Artikel zu veröffentlichen, da ich der Kritik nur zustimmen konnte und es sich dadurch für mich, wie ein „Hände rein waschen" angefühlt hätte. Außer meinem Image-Schaden entgegen zu wirken, habe ich also kein Mehrwert in der Veröffentlichung gesehen. Ich empfand es besser die öffentliche Kritik für sich stehen zu lassen. Da ich jetzt mit dem Namen Nero wieder an die Öffentlichkeit trete, finde ich es wichtig mich jetzt zu der Kritik zu äußern. Es gab auch Überlegungen das Synonym Nero nicht mehr zu verwenden, da es für viele, für diesen VICE-Artikel und die darin vermittelten Werte steht. Das fühlt sich aber falsch an. So, als wenn ich mit einem neuen Synonym bzw. dem weg lassen von Nero mir erhoffe, dass der VICE-Artikel vergessen wird. Mir ist es wichtig zu meiner Vergangenheit und gemachten Fehlern zu stehen.

1 Für weitere Infos zum Verfahren: https://www.soli-antifa-ost.org/; https://www.basc.news/; https://bsg-nrw.org/; https://www.antifaost-komplex.org/

Digital Self-Defense - oder: Was wir von einem Prozess gegen Antifas für unsere digitale Kommunikation mit Signal lernen können

Im ersten großen Antifa-Prozess nach Trumps Feinderklärung im September 2025 wurden am 13. März 2026 alle Angeklagten von einer Jury in Texas schuldig gesprochen. Wie in den USA üblich, wird das Strafmaß zu einem späteren Zeitpunkt von einem Richter oder einer Richterin festgesetzt. NBC 5 berichtete aus Fort Worth: "Eine Jury sprach am Freitag alle neun Angeklagten schuldig, die an dem Angriff auf das Gefängnis Prairieland im Juli 2025 beteiligt waren. Acht Angeklagte wurden wegen Landfriedensbruchs, Unterstützung terroristischer Aktivitäten, Verschwörung zum Einsatz und Transport von Sprengstoff sowie des Einsatzes und Transports von Sprengstoff verurteilt.

Benjamin Hanil Song wurde als einziger Angeklagter wegen versuchten Mordes an Beamten und Angestellten der US-Streitkräfte schuldig gesprochen. Song wurde außerdem in drei Fällen wegen unerlaubten Schusswaffengebrauchs während einer Gewalttat verurteilt." Der Prozess hat wie die „Stop Cop City"-Ermittlungen Einblick in Repressionsmethoden gewährt. Während durch die Ermittlungen in Atlanta bekannt wurde, dass der Schweizer Mailanbieter Proton User ans FBI verraten hat, offenbarte der Prozess in Texas Einblicke in Probleme mit der Nutzung der Signal Chat-App.

Bereits seit 2023 ist bekannt, dass „ausländische Regierungen" bei Apple und Google Push-Benachrichtigungen verlangt haben. Im Juni 2025 wurde bekannt, dass Apple tausende dieser Nachrichten weitergegeben hat . Durch Prozessnotizen wurde nun bekannt, dass diese Daten auch vor Gericht genutzt werden „Signal-Chat-Beweise von Sharps Gerät (Anlage 158): Die Nachrichten wurden von Sharps Telefon über Apples internen Benachrichtigungsspeicher wiederhergestellt – Signal war zwar entfernt worden, eingehende Benachrichtigungen blieben jedoch im internen Speicher erhalten. Es wurden ausschließlich eingehende Nachrichten erfasst (keine ausgehenden)."

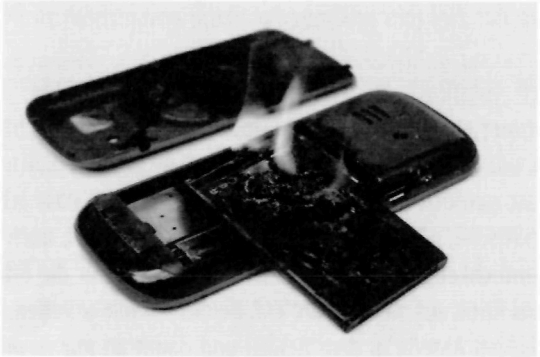
Den direkten, physichen Zugriff auf das iPhone hätte die Aktivierung des „Blockierungsmodus" („Lockdown Mode") verhindert. hat weitere Details zu den Methoden der Repression recherchiert: „404 Media sprach mit einer der Unterstützerinnen, die während des Prozesses Notizen machte, und mit Harmony Schuerman, der Anwältin der Angeklagten Elizabeth Soto. Schuerman teilte ihre Notizen zu Beweisstück 158. ‚Sie konnten diese Chats abfangen, weil sie die Benachrichtigungen auf ihrem Handy so eingestellt hatte – jedes Mal, wenn eine Benachrichtigung auf dem Sperrbildschirm erscheint, speichert Apple sie im internen Speicher des Geräts', heißt es in den Notizen.

Die Unterstützerin fügte hinzu: ‚Ich war am letzten Verhandlungstag der Staatsanwaltschaft im Gerichtssaal, als FBI-Sonderagent Clark einige Signal-Nachrichten untersuchte. Ein Teil stammte vom Handy von Lynette Sharp (einer der Kronzeuginnen), aber die interessanten, detaillierten Nachrichten, die im Gerichtssaal gezeigt wurden, waren solche, die sich selbst löschen sollten und tatsächlich in der Signal-App verschwunden waren.'" Umgehen lässt sich diese Lücke, die eigentlich keine Signal-Lücke ist und auch nicht nur Signal betrifft, indem in den Signal-Einstellungen bei Benachrichtigungen ein leerer Benachrichtigungsinhalt ausgewählt wird („Kein Name und Inhalt"). Diese Einstellung muss auf jedem Endgerät geändert werden, auch bei allen verknüpften Signal Desktop Apps. Ein einziges Gerät reicht aus, um Push-Benachrichtigungen über Apples bzw. Googles Benachrichtigungsnetzwerk zu schicken, welche weder Verschlüsselung noch ablaufende Nachrichten kennen.

Das FBI hat außerdem auf ein offenbar unverschlüsseltes Apple iCloud-Backup zugreifen können: „Killian machte Aussagen zu Daten, die er von Apple im Zusammenhang mit Zachary Evetts' iCloud-Backup (verknüpft mit seinem Yahoo-E-Mail-Konto) erhalten hatte. Die Beweisstücke 174

(Fotos) und 176 (Nachrichten und Kalendereinträge) wurden zugelassen (Seite 25 von Beweisstück 176 wurde nach Einspruch zurückgezogen)." In diesem Fall schützt die Aktivierung des „Erweiterten Datenschutzes" („Advanced Data Protection") die meisten eigenen iCloud-Daten durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Da die Trump-Administration ihren „War on Antifa" auch in Europa forciert, braucht es auch hier mehr digitale Selbstverteidigung.

Autonome Antifa Freiburg



Das techno-industrielle Monster blenden: Ein paar Reflexionen über den Kampf gegen ICE und die sich entwickelnde anti-technologische Tendenz

Übersetzt aus dem Amerikanischen aus: Tinderbox - An Offline Journal of Combative Anarchy. Ausgabe 9 — Frühjahrs-Tagundnachtgleiche 2026, USA.

Über den vergangenen Winter sind die Massenproteste auf den Straßen der USA wieder aufgeflammt, wobei der Schwerpunkt auf dem Widerstand gegen die Besetzung von Minneapolis durch ICE lag. Das von den Demonstrierenden dort entwickelte Schnellreaktionssystem wird nun als Vorbild für den Widerstand gegen ICE in Städten in den gesamten USA übernommen. Dieses streng strukturierte System zielt darauf ab, Festnahmen durch ICE zu verhindern, indem es die Menschen sofort auf die Anwesenheit von ICE aufmerksam macht. Demonstrierende dokumentieren Festnahmen zudem, indem sie ICE-Beamte filmen, vermutlich um Beweismaterial für Fehlverhalten zu sammeln und später Konsequenzen für die Beamten zu erwirken.

Natürlich gibt es auch andere Wege, sich gegen ICE zu wehren. Wir sollten uns daher fragen, warum dieser Ansatz so weit verbreitet ist und warum so viele Anarchistinnen und Anarchisten im ganzen Land den Vorschlag so schnell übernehmen oder ihn nachahmen. Sowohl der Gouverneur von Minnesota als auch der Bürgermeister von Minneapolis haben die Menschen öffentlich dazu ermutigt, ICE zu filmen. Diese Empfehlung war die ausdrückliche Alternative dazu, ICE zu stören. Die Linie der liberalen Politiker lautete in etwa: „Filmt ICE, kommt ihnen nicht in die Quere, damit wir sie später zur Rechenschaft ziehen können, wenn die Liberalen wieder an der Macht sind."

Wenn uns Teile des Staates eine bestimmte Widerstandsstrategie auf dem Silbertablett servieren, müssen wir innehalten und darüber nachdenken, warum das so ist. Dass die Aktionen der Schnellreaktionsnetzwerke größtenteils mit den Anweisungen liberaler Politiker übereinstimmen, sollte uns etwas Wichtiges über die Grenzen des Widerstands sagen, den dieses Modell bietet.

Um es klar zu sagen: Der landesweite Widerstand gegen ICE hat sich nicht darauf beschränkt, Festnahmen zu filmen. Es wurden erhebliche Anstrengungen unternommen – mal über das Schnellreaktionssystem, mal außerhalb davon –, um ICE-Beamte einzuschüchtern und sie davon abzuhalten, Menschen zu entführen. Im Zusammenhang mit den ICE-Razzien und der Ausweitung der Bundesbefugnisse bahnt sich eine gesellschaftliche Spannung an, die sich nicht auf weiße Liberale aus der Mittelschicht oder deren liberale Taktiken beschränkt. Dies zeigte sich bei den Ausschreitungen am 14. Januar, als Menschen aus einem Stadtteil im Norden von Minneapolis mit Waffen drohten, Ziegelsteine und Feuerwerkskörper auf die Beamten warfen und ICE-Fahrzeuge plünderten.

Neben den direkten Aktionen und Angriffen, die in diesem Text behandelt werden, haben sich viele Menschen in Minneapolis und anderswo den Entführungen durch die ICE physisch in den Weg gestellt. Störaktionen sind im Modell der schnellen Reaktion zwar nicht ausgeschlossen, werden in den verbreiteten Leitfäden jedoch auf eine „Rolle" unter vielen anderen reduziert. Wenn die Störung von Festnahmen als eine von vier Optionen in einem Widerstandsleitfaden verstanden wird, läuft man Gefahr, dass sie auf eine militante Taktik im Dienste liberaler Ziele beschränkt bleibt. Zudem beschränkt sie diese Rolle auf bestimmte Personen, die dies im Namen der übrigen Bevölkerung tun, im Gegensatz zu Methoden, die darauf abzielen, diese Art selbstorganisierter direkter Aktion auf mehr Menschen auszuweiten.

Das Element der Störung kontrollieren zu wollen, steht konträr zum anarchistischen Ziel, nicht mehr kontrolliert zu werden. In diesem Kampf gegen ICE gibt es, wie in so ziemlich jedem sozialem Kampf, diejenigen, die das Element der Störung kontrollieren wollen, und diejenigen, die es verbreiten wollen. Dieser Ansatz geht über die bloße Frage nach mehr oder weniger militanten Taktiken hinaus und eröffnet die Möglichkeit, endgültig mit dem demokratischen Verständnis von „Widerstand" zu brechen – das die Verteidigung des Systems gegen die Exzesse der Trump-Regierung beinhaltet – und zu einem echten Widerstand überzugehen, bei dem jedes Element dieser Welt, in der ICE existieren kann, in Frage gestellt wird.

Andere Aktionen im vergangenen Winter zielten darauf ab, die Logistik der ICE-Einsätze zu stören und deren reibungslosen Ablauf zu beeinträchtigen. Anarchist:innen haben in Bekennerschreiben bekannt gegeben, dass sie versucht haben, die Aktivitäten von ICE zu unterbrechen, manche indem sie Reifen von ICE- und BP-Fahrzeugen (in Chicago und Tucson) aufgeschlitzt haben, andere indem sie die Fahrzeugflotte von Enterprise, an

einem ihrer Standorte der Autovermietung vandaliert haben, die einen Vertrag mit ICE hatte (in Portland). In jüngster Zeit kam es außerdem zu einer Reihe von Brandstiftungsversuchen an neu erworbenen oder angemieteten ICE-Lagerhallen, offenbar begangen von ganz normalen Alltagshelden. In Minneapolis sind Vandalismus und Sabotage an ICE-Fahrzeugen Berichten zufolge so weit verbreitet, dass sie kaum noch zu zählen sind.

Eine Verbindung herzustellen zwischen dem Vorgehen von ICE und der derzeit stattfindenden umfassenden Umstrukturierung der techno-industriellen Herrschaft, könnte eine Möglichkeit sein, unsere Kämpfe in Richtung Anarchie neu auszurichten und zu vermeiden, dass wir zu militanten Fußsoldaten der liberalen Demokratie werden. Die Anschläge, die in den letzten sechs Monaten landesweit verübt wurden und sich sowohl gegen die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) als auch gegen Überwachungstechnologie richteten, deuten darauf hin, dass das Zusammenhang zwischen diesen beiden Aspekten der Herrschaft zunehmend besser verstanden wird. Diese neue Ära brutaler und ungebremster Unterdrückung – in all ihren faschistischen, militaristischen und wirtschaftlichen Ausprägungen – wurde durch das Vordringen der digitalen Technologie in unseren Alltag und in die innersten Bereiche unseres Geistes und unserer Vorstellungskraft geprägt.

Die Verbreitung von Smartphones und anderen Geräten, die Daten sammeln, bedeutet, dass ICE keine Durchsuchungsbefehle mehr einholen oder Gemeinschaften infiltrieren muss, um Migranten und Dissidenten zu identifizieren, aufzuspüren und ins Visier zu nehmen. Stattdessen können ICE-Beamte auf den Strom von Metadaten zurückgreifen, die von privaten Unternehmen gesammelt werden, um das Leben einzelner Nutzer nachzuverfolgen. Diese Metadaten wurden bereits vom US-Militär genutzt, um Ziele im Ausland zu identifizieren und zu lokalisieren.

Ein Beispiel hierfür ist die ELITE-App von ICE, die von Palantir entwickelt wurde, um staatliche und private Daten zusammenzuführen, um so Stadtviertel zu kartieren und individuelle Profile von Zielpersonen zu erstellen. ICE kann ihre Zielpersonen nun aus der Ferne überwachen – mithilfe von Daten, die durch das KI-gestützte automatische Kennzeichenlesesystem von Flock erfasst werden, sowie durch Überwachungsaufnahmen von Ring-Türklingelkameras. ICE kann dann den aktuellen Aufenthaltsort der Zielpersonen ermitteln, wenn diese verschiedene Apps auf ihren Smartphones nutzen.

Da wir die uns aufgezwungenen digitalen Technologien jahrelang stillschweigend hingenommen haben, weiß die Regierung mittlerweile fast alles über uns, kann uns überallhin verfolgen, die Netzwerke unserer Freunde und Bekannten aufzeichnen und all diese Informationen auf unbestimmte Zeit speichern, ohne dafür auch nur eine gerichtliche Genehmigung einzuholen. Wir können auch eine umfassendere Perspektive einnehmen und erkennen, dass uns die technologische Infrastruktur der Herrschaft durch einen langen Bogen aus Eroberung, Einhegung und Eindämmung, der mit den frühesten Anfängen der Zivilisation und des Staates begann, an diesen Punkt gebracht hat. Viele Kommentator:innen und Analyst:innen führen die rechtlichen Grundlagen für die derzeitigen invasiven technischen Möglichkeiten der Regierung auf den Patriot Act zurück, der den Weg für Massenüberwachung und die unverhältnismäßige Macht der Exekutive ebnete. In Wirklichkeit müssen wir diese Geschichte viel weiter zurückverfolgen, um überhaupt zu begreifen, was wir verloren haben und wie wir unser Leben wieder in die Hand nehmen können.

Techniken der Eroberung, Ausgrenzung und Ausbeutung bilden die Grundlage des Staates und aller Formen der Herrschaft. Gewalt und Ausbeutung sind von Anfang an notwendig, um die vom Staat kontrollierten Gebiete zu errichten und aufrechtzuerhalten. Politischer Wahn ist notwendig, um die Ausbeutung und Ausgrenzung von Menschen außerhalb der Grenzen der Zivilisation durch die Menschen innerhalb dieser Grenzen zu legitimieren. Weiße Vorherrschaft, Nationalismus und Kapitalismus, wie wir sie heute erleben, entspringen alle dieser ursprünglichen Logik von Grenzen und Zivilisation.

Technologie ist das infrastrukturelle Rückgrat des Staates und damit auch der Zivilisation. Was wir heute unter Datenerhebung und Überwachung verstehen, begann damit, dass kleine Stadtstaaten ihre Bevölkerung unter Kontrolle brachten, indem sie beispielsweise die Weizenernte der einzelnen Eingehegten zählten, um einen Teil davon als Steuern einzuziehen. Sobald der Stadtstaat genügend Menschen unter seine Kontrolle gebracht hatte, lenkte er Ressourcen in diese Stadtzentren, um sie zu erhalten und weiter auszubauen; das bedeutet, dass der Aufstieg des Staates auch die Geschichte von zunehmend unnachhaltigen Regionen ist, die von einer zunehmend ausgebeuteten ländlichen Umgebung umgeben sind.

Wir können beobachten, wie sich diese Dynamik bis heute fortsetzt, unter anderem in der anhaltenden ökologischen und wirtschaftlichen Zerstörung ganzer Regionen innerhalb der USA zum Vorteil der Machthaber. In West Virginia beispielsweise sind elf Rechenzentren geplant, die den Gemeinden, die seit langem durch die Holz-, Öl-, Gas-, Kohle- und die frühe petrochemische Industrie ausgebeutet wurden und oft unter Geldmangel leiden, den letzten Rest an lokaler Autonomie nehmen. In diesen Gebieten regt sich Widerstand. Und in Orten wie Boxtown im Süden von Memphis versuchen die Anwohner, den Bau eines zweiten Rechenzentrums in einem mehrheitlich von Schwarzen bewohnten Viertel zu verhindern, das in der Vergangenheit durch die Öl- und Kohleverarbeitung sowie die Stahl- und Chemieindustrie stark verschmutzt wurde. Die Konzentration giftiger Einrichtungen wie Rechenzentren in ohnehin schon armen und nicht-weißen Stadtvierteln folgt der Logik dessen, was man als „Opferzone" bezeichnet – also jene Menschen und Orte, von denen der Staat beschlossen hat, sie ohne Konsequenzen zu opfern. Gleichzeitig hat diese Art staatlicher Strategie schon immer Widerstand hervorgerufen, sowie Möglichkeiten eröffnet, Kontrolle abzuschütteln und ihnen zu zeigen, dass ihre Pläne scheitern können.

Die von uns beschriebene Ausbeutungsdynamik der Zivilisation erstreckt sich heute über die ganze Welt und bildet ein globales System, in dem die Ressourcen des Globalen Südens geplündert werden und dessen Bevölkerung unter fast sklavenähnlichen Bedingungen arbeitet. All dies bleibt den Bürgern des Globalen Nordens größtenteils verborgen, die ihre Smartphones, sowie einen Großteil ihrer Kleidung und Lebensmittel aus diesen Regionen beziehen. Neben den bereits erkennbaren schädlichen Auswirkungen der KI- und Rechenzentrumsentwicklung gibt es auch Auswirkungen, die wir nicht sehen. In Kenia beispielsweise beschäftigen OpenAI und Meta Menschen, die schrecklichste Inhalte sichten, um ihre Programme zu „trainieren" – und das für weniger als 2 Dollar pro Stunde. Technologie stützt, von ihrer Herstellung bis hin zu ihrer Nutzung durch

die Machthaber, eine ganze Welt rassistischer Extraktion und Ausbeutung.

Krieg, das Lebenselixier jedes Staates, ermöglicht es, diese unnatürliche Art der Weltordnung mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Vom Internet bis zur künstlichen Intelligenz wurden digitale Technologien entwickelt, um die Kriegsführung zu erleichtern, während sie uns gleichzeitig so verkauft werden, als seien sie in erster Linie zu unserem Nutzen gedacht. Technologie ist die Grundlage des Militarismus im Ausland – eines Militarismus, der zumindest teilweise stets mit rassistischen Annahmen über die Überlegenheit der amerikanischen Zivilisation gerechtfertigt wird, während er mit einem Ausmaß an krassester Gewalt und Grausamkeit ausgeübt wird, von dem die meisten US-Bürger kaum etwas mitbekommen. Manchmal verschwimmen die Grenzen zwischen staatlicher Gewalt im Ausland und im Inland, wie beispielsweise, als das Ministerium für Innere Sicherheit im vergangenen Sommer Predator-Drohnen und Luftüberwachung gegen Demonstranten in Los Angeles einsetzte. Technologie lässt sich von keinem Aspekt staatlicher Unterdrückung trennen.

Es ist kein Zufall, dass uns suggeriert wird, wir könnten ohne digitale Technologien nicht leben. Hinter der Zivilisation steht auch die Vorstellung, dass es nur eine einzige Lebensweise gibt, dass diese allen anderen überlegen ist und dass sie – notfalls mit Gewalt – verbreitet werden muss, bis es keine anderen Lebensweisen mehr gibt. Doch es gibt durchaus andere Lebensweisen, und manche Menschen wehren sich nach wie vor gegen diesen langwierigen, erzwungenen Marsch weg von körperlichen Erfahrung.

Wo Unterdrückung herrscht, gibt es immer Widerstand. Trotz unserer Befriedung durch die digitale Welt und trotz des Schreckens staatlicher Gewalt und Unterwerfung geht der Widerstand weiter – er wird niemals enden. Künstliche Intelligenz ist weitgehend unbeliebt, und die Art und Weise, wie sie uns den letzten Rest unserer Autonomie und Würde raubt, ist vielen Menschen offensichtlich – trotz der unaufhörlichen, künstlich geschürten Propaganda, die uns einredet, dass sie unvermeidlich ist, dass wir sie brauchen und dass sie gut für uns ist. Bestimmte neue Technologien wie Flock-Kameras ermöglichen eine Art staatlicher Überwachung und Kontrolle, die Anarchist:innen und viele andere als inakzeptabel erachten … und die sich zudem als relativ leicht zu stören erwiesen hat.

Von Oktober letzten Jahres bis Anfang März wurden laut Berichten verschiedene Arten von Überwachungskameras (darunter auch, aber nicht ausschließlich Flock-Kameras) von Anarchist:innen in Minneapolis, Bloomington, im Südosten von Michigan, in New York und in Philadelphia zerstört. Nach Medienberichten wurden Flock-Kameras auch landesweit abmontiert und außer Betrieb gesetzt, unter anderem in Eugene (Oregon), Suffolk (Virginia), Greenview (Illinois), Lisbon (Connecticut), Bandero (Texas) und La Mesa (Kalifornien). Auch andere (nicht von Flock stammende) Kameras sollen in Phoenix (Arizona) und Clarkston (Michigan) unbrauchbar gemacht worden sein. Diese Fälle, in denen Einzelpersonen die Sache selbst in die Hand genommen haben, um diese Kameras loszuwerden, scheinen – zumindest aus der Ferne betrachtet – auf begeisterte Zustimmung gestoßen zu sein. Diese Angriffe, die in vielen Fällen von einem breiten öffentlichen Aufschrei gegen städtische Verträge mit Flock begleitet wurden, haben dazu beigetragen, den Vormarsch der Überwachung und die techno-industrielle Neugestaltung der Herrschaft zu stören.

Spiegeln Angriffe auf Technologien, die auf künstlicher Intelligenz basieren, das Aufkommen einer allgemeineren technikfeindlichen Stimmung wider, oder beschränken sie sich darauf, die neuesten und skandalösesten Entwicklungen der Technologie einzudämmen? Wir können das zwar nicht mit Sicherheit sagen, aber wir können dazu beitragen, dass sich eine tiefere ablehnende Haltung gegenüber der Technologie über den Kreis der Anarchist:innen hinaus ausbreitet, indem wir weiterhin Treffpunkte schaffen, an denen wir unseren Hass auf diese virtuelle Realität diskutieren und subversive Ideen dagegen verbreiten können.

Bislang scheint im Jahr 2026 ein Zusammenbruch des gemeinsamen Glaubens an die Legitimität dieser Weltordnung unmittelbar bevorzustehen. Oder vielleicht ist es bereits geschehen, und nun bleibt nur noch abzuwarten, wie wir damit umgehen. Neben dem wachsenden Zynismus gegenüber der Wahlpolitik und den Politikern setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, wie sehr die Technologie die Grausamkeit der Regierungsführung begünstigt, während in den Mainstream-Medien immer häufiger darüber diskutiert wird, wie man sich von seinem Smartphone lösen kann. Noch vor einem Jahr stießen gezielte Diskussionen, die von aufständischen Anarchisten initiiert wurden und sich mit kleinen Schritten weg von der Technologie befassten, auf weit verbreitete Feindseligkeit und Misstrauen. Das hat sich geändert. Es ist mittlerweile unbestreitbar, dass Millionen gewöhnlicher Amerikaner:innen in eine süchtig machende, isolierende Abhängigkeit von unseren Handys und Computern gefangen sind, die uns ablenken und ruhigstellen sollen, während die Regierung eine dreiste Schandtat nach der anderen begeht.

Wir leben in beängstigenden und unvorhersehbaren Zeiten, doch sie sind auch voller Möglichkeiten. Angesichts der massiv zunehmenden Inhaftierungs- und Abschiebungsmaßnahmen, der endlosen Kriege und Gemetzel im Nahen Osten sowie der drohenden Gefahren eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, ökologischer Zerstörung, staatlicher Repressionen gegen Dissens und Widerstand und eines Bürgerkriegs wird vielen Menschen innerhalb der US-Grenzen immer klarer, dass dieses Machtsystem völlig im Arsch ist und es schon immer war. Diese Erkenntnis könnte in viele verschiedene Richtungen führen, von denen die meisten schrecklich wären; dennoch ist nichts unmöglich, nicht einmal Aufstand, Revolution und die Aussicht auf Freiheit. In Zeiten wie diesen ist alles möglich.

Der Lärm und die Wut einer zerfallenden Ordnung - Während Trumps Macht schwindet, öffnet sich ein Fenster für Veränderungen

In der Endphase von Donald Trumps Amtszeit werden sich Chancen für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen eröffnen. Hier untersuchen wir die Schwierigkeiten, mit denen seine Regierung zu kämpfen hat, und schlagen einige Ansatzpunkte für diejenigen vor, die mehr erreichen wollen, als ihn einfach nur durch einen anderen Politiker zu ersetzen.

In weniger als anderthalb Jahren hat Trump die Überlegenheit, mit denen er seine zweite Amtszeit begann, vollständig verspielt. Er hat sich von einem scheinbar unaufhaltsamen Akteur zu einer erbärmlich zappelnden Gestalt gewandelt. Besessen davon, ein Bild der Stärke zu vermitteln, ist Trump in der Tat – wie Shakespeare es ausdrückte – ein armseliger Schauspieler, dessen Stunde auf der Bühne bald zu Ende gehen wird. Die Flut von Lügen und Drohungen, die von seiner Regierung ausgeht, kann als das erkannt werden, was sie ist: eine Geschichte, erzählt von einem Narren, voller Lärm und Wut, die nichts bedeutet.

Das Fiasko im Iran ist bereits Trumps zweiter Sumpf in diesem Jahr. Er begann das Jahr 2026 mit einem mehr oder weniger erfolgreichen Schachzug in Venezuela – doch nur vier Tage später verdrängte der Mord an Renee Good diesen aus den Schlagzeilen. Fast drei Wochen lang, während Söldner der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) in den Twin Cities Menschen brutal misshandelten und ermordeten, log die gesamte Trump-Regierung dreist entgegen weit verbreiteten Videobeweisen. Nachdem sie eine Situation geschaffen hatten, in der sie es nicht riskieren konnten, schwach zu wirken, versuchten Trumps Kumpane, die Realität per Dekret zu diktieren, während sich immer mehr Bewohner der Twin Cities dem Widerstand gegen die ICE-Besatzung anschlossen. Angesichts sinkender Umfragewerte und der Aussicht auf wiederkehrende Generalstreiks sah sich die Trump-Regierung schließlich gezwungen, den Kurs zu ändern, entließ den „Commander at Large" der Grenzpolizei, Greg Bovino, und versuchte, Trumps Vorzeigepolitik („die größte Abschiebungsaktion in der amerikanischen Geschichte") aus den Nachrichten zu verdrängen.

Die Söldner, die dem Trump-Regime dienen, haben jeden Anspruch auf moralische Autorität verspielt.

Bovinos Rücktritt ebnete den Weg für den Rücktritt von Heimatschutzministerin Kristi Noem und Generalstaatsanwältin Pam Bondi. Die Tatsache, dass Trump seine zweite Amtszeit mit dem festen Vorsatz begonnen hatte, den ständigen Personalwechsel zu vermeiden, der seine erste Amtszeit geprägt hatte, unterstreicht, was für eine Niederlage dies für ihn ist. Da seine Handlanger in Ungnade fallen, untergräbt dies nicht nur die Loyalität seiner verbliebenen Untergebenen – die ihre eigene Zukunft in dem unwürdigen Schicksal ihrer Kollegen sehen –, sondern unterminiert auch die Narrative, mit denen die abgewanderten Lakaien die Taten der Regierung zu rechtfertigen suchten. Die Entlassung von Greg Bovino und Kristi Noem kommt einem Eingeständnis gleich, dass die ICE-Operationen in Los Angeles, Chicago und Minnesota lediglich ungeschickte Versuche waren, die Bevölkerung der Vereinigten Staaten durch Terror in die Unterwerfung zu treiben.

Mit dem Einmarsch in den Iran einen Monat nach der Entlassung Bovinos versuchte Trump, sein Image wiederherzustellen, indem er seinen scheinbaren Erfolg in Venezuela wiederholte. Stattdessen stolperte er, wie schon in Minnesota, in ein Debakel, aus dem er sich noch immer nicht befreien konnte.

Alle, die mit der Trump-Regierung in Verbindung stehen, sind mittlerweile für ihre ständigen, pathologischen Lügen bekannt

Nachdem Trump im Laufe des März seine Aussagen zum Ziel der Offensive immer wieder geändert hatte, versuchte er Anfang April, den Konflikt zu beenden, indem er mit massiven Angriffen auf zivile Infrastruktur drohte – was technisch gesehen ein Kriegsverbrechen wäre. Am 6. April beharrte Trump noch darauf, dass der Zehn-Punkte-Vorschlag des Iran für einen Waffenstillstand „nicht gut genug" sei. Am nächsten Morgen erklärte er: „Eine ganze Zivilisation wird heute Nacht untergehen", was viele Menschen in Angst und Schrecken versetzte und sie glauben ließ, er drohe mit dem Einsatz von Atombomben – und damit vielleicht ungewollt die Prophezeiung des Orakels von Delphi wiederholte, das Krösus sagte, dass, wenn er in den Krieg ziehe, „ein großes Reich fallen würde", ohne zu präzisieren, dass es sich um Krösus' Reich handelte.

Eineinhalb Stunden vor Ablauf seiner selbst gesetzten Frist verkündete Trump, dass er im Dialog mit dem pakistanischen Premierminister – nicht mit einem Vertreter der iranischen Regierung – einen Waffenstillstand vereinbart habe, und bezeichnete den zuvor von ihm abgelehnten Zehn-Punkte-Vorschlag als „tragfähige Grundlage" für Verhandlungen.

Von Minnesota bis zum Iran, dem Libanon und Palästina haben sie nichts zu bieten als Tod und Zerstörung, nur um eine Handvoll Magnaten zu bereichern.

Der pakistanische Premierminister bekräftigte, dass die Vereinigten Staaten, der Iran und alle ihre jeweiligen Verbündeten sich „auf einen sofortigen Waffenstillstand überall, einschließlich im Libanon, geeinigt" hätten. Doch am nächsten Tag griff das israelische Militär den Libanon weiterhin an, und als Reaktion darauf hielt der Iran die Straße von Hormus weiterhin gesperrt.

Ein schlechteres Ergebnis für Trump ist kaum vorstellbar. Keines seiner erklärten Ziele im Iran hat er erreicht, weder einen Regimewechsel noch die Eindämmung des iranischen Atomprogramms. Er scheint kein glaubwürdiger Verhandlungspartner mehr zu sein. Sowohl seine Drohung, zivile Infrastruktur anzugreifen, als auch seine Behauptung, einen Waffenstillstand ausgehandelt zu haben, haben sich als leere Versprechungen erwiesen. Weder die iranische noch die israelische Regierung halten sich an die

Vereinbarungen, die er angeblich ausgehandelt hat. Er gerät in Konflikt mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, während der Druck auf die Weltwirtschaft unvermindert anhält.

Es bleibt unklar, ob Trump jemals ernsthaft einen massiven Angriff auf zivile Infrastruktur – oder gar einen Atomschlag – in Erwägung gezogen hat, oder ob er lediglich um ihrer selbst willen leere Drohungen aussprach. Unabhängig davon hat die Tatsache, dass man einen Tag lang darüber nachdenken musste, ob er Atomwaffen einsetzen würde, Millionen von Menschen vor Augen geführt, wie gefährlich es ist, unter einem senilen Autokraten zu leben – und gleichzeitig hat es Trump für seine Feinde nicht furchteinflößender gemacht. Er wirkt zugleich unberechenbar und schwach.

Was auch immer als Nächstes im Iran geschieht, die beiden Niederlagen in Minnesota und im Nahen Osten markieren einen weiteren Wendepunkt für das Trump-Regime.

Bewaffnete Dummheit

Als Trump die Wahl 2024 gewann, drehten sich viele der Debatten darüber, wie man darauf reagieren sollte, um die Frage, ob er und seine Mitstreiter bösartige Genies oder ahnungslose Nutznießer historischer Kräfte seien. Ein Großteil der Lähmung, die seine Rückkehr an die Macht auslöste, drehte sich um diese Frage. Liberale warnten, dass jede Art von Widerstand Trump in die Hände spielen und es ihm ermöglichen würde, das Kriegsrecht zu verhängen; Gemäßigte nutzten die Situation zynisch aus, um zu argumentieren, die Demokratische Partei solle in der Einwanderungsfrage rechtsextreme Positionen einnehmen. Kaum siebzehn Monate später ist es fast unmöglich, sich daran zu erinnern, geschweige denn zu begreifen, in welchem Ausmaß seine Gegner sich selbst davon überzeugten, kampflos aufzugeben.

Die Frage ist inzwischen eindeutig beantwortet. Trump hat nur einen Trick auf Lager – nämlich das Niedrigste in den feigsten und hasserfülltesten Elementen der Gesellschaft anzusprechen –, den er mit unmenschlicher Konsequenz wiederholt. In einer Gesellschaftsordnung, die selbst entwertet ist und räuberisches Eigeninteresse belohnt, während Großzügigkeit und Rücksichtnahme bestraft werden, hat ihn diese Strategie weit gebracht. Doch nun stößt er auf eine Hürde nach der anderen.

Die Bildung einer Regierung auf der Grundlage dieser Strategie führte zu Behörden voller inkompetenter Clowns, die sich hauptsächlich darauf konzentrierten, ein öffentliches Image zu pflegen und um Trumps Gunst zu wetteifern. Die Durchführung der staatlichen Politik auf dieser Grundlage hat die Mehrheit der Bevölkerung gegen die ICE aufgebracht und die Menschen sogar zurück in die Arme der Demokratischen Partei getrieben, einer der wenigen Institutionen, die ebenso unbeliebt sind wie Trump.

Eine der charakteristischsten Verhaltensweisen der Trump-Ära ist vorsätzliche Unehrlichkeit als Form der absichtlichen Regelverletzung, die Stärke signalisieren soll. Wenn Donald Trump leicht zu widerlegende Unwahrheiten verkündet, interpretieren seine Anhänger dies als Ausdruck von Kühnheit; sie können die Intensität ihrer Loyalität demonstrieren, indem sie ihren Glauben an diese Unwahrheiten bekräftigen, genau wie es Stalins Handlanger taten. Doch militärische Entscheidungen lassen sich nicht auf der Grundlage von Unwahrheiten treffen – früher oder später wird dies Konsequenzen haben.

Der größte Teil von Trumps Stärke besteht aus der Angst, die er in den Menschen geweckt hat. Seine anfänglichen raschen Erfolge, ähnlich wie Hitlers Blitzkrieg-Angriffe von 1939–1941, waren auf die Schwäche seiner Gegner zurückzuführen – Politiker, Führungskräfte und Verwaltungsbeamte, die, wie Trump selbst, nur von Habgier und Anspruchsdenken getrieben sind. Erst als er und die Söldner, die ihm dienen, auf echten Widerstand stießen, wurde es möglich, ihre wahre Stärke einzuschätzen. Wie Michail Bakunin es in einem Brief an Maria Reichel formulierte: „Erst im Kampf sehen wir, wozu ein Mensch fähig ist."

Oder wozu er nicht fähig ist.

Das Hauptmotiv hinter den Entscheidungen der Trump-Regierung ist das Bedürfnis, Stärke zu demonstrieren. Sie hat alles darauf gesetzt, „harte Macht" statt „weiche Macht" aufzubauen, auf Einschüchterung statt auf Überzeugungskraft. Nun, da sie den Großteil ihres politischen Kapitals aufgebraucht hat, öffnet sich das Feld für andere.

Jetzt ist die Zeit gekommen

Nachdem er den Prager Frühling miterlebt hatte, schrieb Milan Kundera sinngemäß, dass die ideale Regierungsform eine zerfallende Diktatur sei.

Alle Regierungsformen basieren auf Hierarchie und Gewalt. Politische und wirtschaftliche Ungleichheit verstärken sich gegenseitig: Je mehr Reichtum sich in wenigen Händen konzentriert, desto vertikaler werden die politischen Strukturen, und umgekehrt. Dies bleibt jedoch weitgehend unsichtbar, solange die Menschen die Regierungen, die über sie herrschen, als legitim oder zumindest als unvermeidlich wahrnehmen. Leiden allein weckt in den Menschen nicht den Wunsch nach Veränderung; Menschen sehnen sich nach dem, was sie sich vorstellen können. Erst wenn ein diskreditiertes Regime zu zerfallen beginnt – und damit eine Spannung zwischen dem, was die Menschen um sich herum sehen, und dem, was sie sich vorstellen können, erzeugt –, fangen große Teile der Bevölkerung an, sich zu fragen, wie sie die Struktur der Gesellschaft verändern möchten.

Heute sind diese Fragen dringlicher denn je, da sich die Kluft zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen vergrößert und Politiker die Sicherheitsnetze und Zugeständnisse abbauen, die einst die Auswirkungen des Kapitalismus auf Gemeinschaften und Ökosysteme abgefedert haben.

Derzeit ist Trump so unbeliebt wie nie zuvor, und es gibt kaum Aussichten darauf, dass sich seine Beliebtheit in der Öffentlichkeit verbessert. Dennoch hat er noch fast drei Jahre Amtszeit vor sich. Für Millionen von Menschen stellen Trumps Machtantritt und die Ohnmacht der Institutionen, die ihn eigentlich kontrollieren sollten, das gesamte politische System infrage. Wir können diese Wut und Radikalisierung – wenn auch noch in unbestimmter Form – unter den einfachen Teilnehmer*innen der massiven Demonstrationen erkennen, die im vergangenen Jahr stattgefunden haben.

Dies ist eine beispiellose Chance für Anarchistinnen, Abolitionistinnen und andere, die konkrete Vorschläge für einen strukturellen sozialen Wandel

haben. Gerade jetzt, wo keine institutionellen Kräfte in der Lage sind, eine Lösung für das Problem vorzuschlagen, sollten wir über alle Grenzen hinweg gemeinsame Sache machen, die Kraft der Solidarität und die Wirksamkeit direkter Aktionen demonstrieren, das weitergeben, was wir im Zuge unserer Bemühungen, der Regierung Widerstand zu leisten, gelernt haben, und unsere Vision einer besseren Welt deutlich machen.

Dieses Zeitfenster wird nicht lange bestehen bleiben. Je näher wir den Zwischenwahlen 2026 kommen, desto mehr Menschen werden sich auf die Wahlpolitik konzentrieren, darunter auch viele, die derzeit an Graswurzelinitiativen teilnehmen. Wir befinden uns in diesem Moment möglicherweise in einer stärkeren Position, um die Menschen anzusprechen, als wir es im Laufe der Trump-Ära jemals wieder sein werden.

Oftmals stellt sich der Moment größter Gefahr – etwa wenn Faschisten oder ICE-Beamte in Charlottesville oder Minneapolis Menschen ermorden – im Nachhinein als der Moment größter Möglichkeiten heraus. Wenn der Schrecken abgeklungen ist und wir das Potenzial der Situation erkennen, ist der Moment bereits vorbei.

Wir sollten uns dies vor Augen halten, denn je mehr Trumps Position schwächer wird, desto mehr werden er und seine Anhänger immer erschreckendere und abgedrehte Komplotte schmieden, um ihren Machtanspruch aufrechtzuerhalten. Er und seine Anhänger haben noch genug Zeit, um sowohl in den USA als auch im Ausland enormes Leid anzurichten. Wir sollten uns auf weitaus aggressivere Repressionsmaßnahmen vorbereiten. Ebenso haben wir bereits gesehen, dass Trump sein Amt nicht freiwillig niederlegen wird.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Ausgang der Zwischenwahlen davon abhängen, was in den kommenden Monaten geschieht – nicht davon, wie erfolgreich Politiker Wahlkampf betreiben, sondern vielmehr davon, inwieweit der Widerstand an der Basis es der herrschenden Klasse unmöglich macht, sich vorzustellen, dass Trump weiterhin ihre Interessen vertreten könnte, und inwieweit Teile der herrschenden Klasse in der Lage sind, sich um andere institutionelle Kräfte wie die Demokratische Partei neu zu gruppieren.

Während wir den 1. Mai und den Sommer planen, sollten wir den Blick auf das große Ganze richten. Inwiefern werden die Taktiken, die wir bei diesen Veranstaltungen anwenden, dazu beitragen, einer breiten Masse von Menschen jene Vorgehensweisen näherzubringen, die sie gemeinsam mit uns anwenden müssen, um Trumps zweiten Versuch, einen Staatsstreich durchzuführen, zu vereiteln? Inwiefern werden uns die Narrative, die wir verbreiten, in die Lage versetzen, auch nach Trumps Abgang weiter gegen alle anderen Verfechter des Kapitalismus und der Unterdrückung zu kämpfen?

Wir sollten uns beeilen, alle Verbindungen zwischen Faschisten, Milliardären, Militaristen, Zionisten 1 und christlichen Nationalisten, Kryptowährungs-Scharlatanen, Tech-Mogulen, Unternehmens- und Social-Media-Plattformen, Bundesbehörden wie der ICE und der Polizei und den Sheriffs, die sie unterstützen, sowie den Zentristinnen und Demokratinnen aufzudecken, die den Weg für die Tragödien der zweiten Trump-Ära ebneten, indem sie den Widerstand der Basis am Ende der ersten Ära unterdrückten. Wir sollten innerhalb der Opposition gegen Trump rote Linien ziehen, damit es undenkbar wird, irgendeine dieser Kräfte zu fördern oder zu entschuldigen, und aufzeigen, wie schädlich sich Kompromisse mit ihnen erwiesen haben.

Hier sind einige konkrete Ziele, die unsere Bewegungen verfolgen könnten:

Lehnt alle halbherzigen Vorschläge für oberflächliche Reformen der ICE und des Heimatschutz-Ministeriums ab und plädiert stattdessen für einen umfassenden Widerstand mit dem langfristigen Ziel, diese Institutionen abzuschaffen. Diejenigen, die unter Trump in diese Behörden eingetreten sind oder dort geblieben sind, haben ihren Hass auf den Rest der Bevölkerung offenbart und damit deutlich gemacht, dass diese Institutionen einzig und allein dazu dienen, Autokraten zu unterstützen. Denjenigen, die inhaftiert oder abgeschoben wurden, muss es ermöglicht werden, wieder zu ihren Angehörigen zurückzukehren

Verbindet den Kampf gegen die ICE mit den abolitionistischen Bewegungen gegen Polizei und Gefängnisse. Hätten demokratische Politiker zwischen 2021 und 2024 nicht so viel Energie darauf verwendet, diese Bewegungen zu unterdrücken, wären die sozialen Bewegungen viel besser auf die zweite Trump-Ära vorbereitet gewesen, und das Regime hätte über weniger Mittel verfügt, um Kontrolle auszuüben.

Organisieren wir uns, um Gefangene zu befreien und die Staatsanwaltschaft dazu zu zwingen, die Anklagen gegen Angeklagte in allen Fällen fallen zu lassen, die aus dem Widerstand gegen die ICE und das Trump-Regime im Allgemeinen resultieren. Wir können auf den Weigerungen der Grand Juries, Anklage zu erheben, und der Geschworenen, die des Widerstands gegen die ICE Beschuldigten zu verurteilen, aufbauen. Da immer mehr Menschen erkennen, dass das Gesetz ein politisches Instrument ist, das den Machthabern dient, und keine neutrale Institution, werden viele nach Wegen suchen, Ungerechtigkeit zu bekämpfen, ohne die Macht in den Händen eines Obersten Gerichtshofs zu konzentrieren, der aus rechtsextremen Reaktionären besteht.

Verbinden wir den Kampf gegen Donald Trump mit dem Kampf gegen Flock-Kameras und Rechenzentren und – allgemeiner – mit dem Widerstand gegen profitgierige Techno-Faschisten wie Elon Musk und Mark Zuckerberg.

Richtet die Anti-Kriegs-Arbeit darauf aus, Rüstungsunternehmen ins Visier zu nehmen, die für den Genozid in Gaza und die ethnische Säuberung Palästinas verantwortlich sind.

Zeigt, dass Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Transphobie und andere Formen von Bigotterie Ablenkungsmanöver sind, die in direktem Zusammenhang mit den rücksichtslosen Praktiken stehen, durch die Milliardäre unsere Gemeinschaften in die Armut treiben.

Baut Projekte der gegenseitigen Hilfe, Graswurzel-Bildungsprojekte und andere Formen sozialer Infrastruktur außerhalb des Staates auf, die nicht durch staatliche Sparmaßnahmen ausgehöhlt oder durch Razzien gegen

akademische Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen bedroht werden können.

Der Zusammenbruch radikaler sozialer Bewegungen Ende 2020 ist eine warnende Lehre. Wir müssen gestärkt aus der zweiten Trump-Ära hervorgehen, stärker als wir in sie hineingegangen sind. Dies ist besonders wichtig, da die eigentlichen Kämpfe gerade erst beginnen. In Europa zeichnet sich eine Welle faschistischer politischer Siege ab, doch sollte Trump deutlich genug besiegt werden, könnte dies deren Schwung bremsen. Künstliche Intelligenz beginnt gerade erst, eine riesige Zahl von Menschen in die Arbeitslosigkeit zu treiben und gleichzeitig die staatliche Überwachung und den Militarismus zu verstärken.

Wie wir bereits dargelegt haben, ist im 21. Jahrhundert, in dem der Staat wenig tun kann, um die Auswirkungen des Kapitalismus abzumildern, die Staatsmacht ein heißes Eisen, das jeden verbrennt, der sie in die Hand nimmt. Dieselben Bedingungen, die rechtsextreme Parteien weltweit an die Macht bringen, machen es ihnen auch schwer, die Kontrolle zu behalten. Das gilt aber auch für Trumps Nachfolger: Wenn Trump aus dem Amt vertrieben wird, wird sich seine Basis in zionistische und neonazistische Fraktionen spalten, von denen jede noch aggressiver sein wird als die letzte Generation der Republikaner, während jede Regierung, die ihm nachfolgt, ebenfalls Wut und Enttäuschung hervorrufen wird – und damit wahrscheinlich eine neue Welle der Dynamik von der extremen Rechten mobilisieren wird. Sollte sich wiederholen, was unter der Biden-Regierung geschah, wird die Gegenreaktion beim nächsten Mal schrecklicher sein, als wir es uns vorstellen können. Deshalb müssen wir die Probleme, die der Kapitalismus verursacht, an der Wurzel angehen und nicht nur gegen seine schädlichsten Galionsfiguren protestieren.

Wir müssen dafür sorgen, dass jeder unsere Basisprojekte leicht von jeder amtierenden Regierung unterscheiden kann, und sie weiter ausbauen und vertiefen, ganz gleich, ob ein unfähiger Demagoge die Menschen auf die Straße treibt oder nicht. Wie wir immer wieder gelernt haben – mal durch Mut, mal durch Feigheit –, ist es an vorderster Front sicherer [siehe Autonomes Blättchen Nr 64].

Anhang: Über Dummheit

Wenn wir in diesem Text von Dummheit sprechen, meinen wir damit nicht einen Mangel an angeborenen Fähigkeiten, sondern vielmehr die Frage, ob man sich dafür entscheidet, seine Fähigkeiten zu nutzen oder sie aktiv zu unterdrücken. Mittlerweile sollte allen klar sein, dass die Menschen, die den Weg für Trumps Aufstieg ebneten – von denen viele seltsamerweise von der Vorstellung besessen sind, sie besäßen natürliche Begabungen, die andere nicht haben –, sich bewusst und hartnäckig weigern, das zu sehen, was direkt vor ihren Augen liegt. Dummheit ist in diesem Sinne kein intellektueller Zustand, sondern ein moralisches Versagen.

Niemand bringt dies deutlicher zum Ausdruck als der Pastor Dietrich Bonhoeffer, der den Aufstieg der Nazis miterlebte:

(...) So scheint die Dummheit vielleicht weniger ein psychologisches als ein soziologisches Problem zu sein. Sie ist eine besondere Form der Einwirkung geschichtlicher Umstände auf den Menschen, eine psychologische Begleiterscheinung bestimmter äußerer Verhältnisse.

Bei genauerem Zusehen zeigt sich, daß jede starke äußere Machtentfaltung, sei sie politischer oder religiöser Art, einen großen Teil der Menschen mit Dummheit schlägt. Ja, es hat den Anschein, als sei das geradezu ein soziologisch-psychologisches Gesetz. Die Macht der einen braucht die Dummheit der anderen. Der Vorgang ist dabei nicht der, daß bestimmte - also etwa intellektuelle - Anlagen des Menschen plötzlich verkümmern oder ausfallen, sondern daß unter dem überwältigenden Eindruck der Machtentfaltung dem Menschen seine innere Selbständigkeit geraubt wird und daß dieser nun - mehr oder weniger unbewußt - darauf verzichtet, zu den sich ergebenden Lebenslagen ein eigenes Verhalten zu finden.

Daß der Dumme oft bockig ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß er nicht selbständig ist. Man spürt es geradezu im Gespräch mit ihm, daß man es gar nicht mit ihm selbst, mit ihm persönlich, sondern mit über ihn mächtig gewordenen Schlagworten, Parolen etc. zu tun hat. Er ist in einem Banne, er ist verblendet, er ist in seinem eigenen Wesen mißbraucht, mißhandelt. So zum willenlosen Instrument geworden, wird der Dumme auch zu allem Bösen fähig sein und zugleich unfähig, dies als Böses zu erkennen.

Hier liegt die Gefahr eines diabolischen Mißbrauchs. Dadurch werden Menschen für immer zugrunde gerichtet werden können. Aber es ist gerade hier auch ganz deutlich, daß nicht ein Akt der Belehrung, sondern allein ein Akt der Befreiung die Dummheit überwinden könnte.

Dabei wird man sich damit abfinden müssen, daß eine echte innere Befreiung in den allermeisten Fällen erst möglich wird, nachdem die äußere Befreiung vorangegangen ist; bis dahin werden wir auf alle Versuche, den Dummen zu überzeugen, verzichten müssen. In dieser Sachlage wird es übrigens auch begründet sein, daß wir uns unter solchen Umständen vergeblich darum bemühen, zu wissen, was »das Volk« eigentlich denkt, und warum diese Frage für den verantwortlich Denkenden und Handelnden zugleich so überflüssig ist - immer nur unter den gegebenen Umständen.

-Dietrich Bonhoeffer, „Über die Dummheit" in Briefe und Aufzeichnungen aus dem Gefängnis

Wer sich dafür entscheidet, Tyrannen zu dienen, mag zwar alles Weise und Schöne in sich selbst unterdrücken können, doch es wird ihm nicht gelingen, Weisheit und Schönheit zu zerstören.

von crimethinc Übersetzung von Dancing Bull

1 Anmerkung der Übersetzer*innen des Textes »Umkehr der Gezeiten«: in den USA gibt es große christliche Organisationen aus dem evangelistisch-fundamentalistischen Milieu, die starken Einfluss ausüben. Sie kooperieren dabei mit rechtsextremen jüdischen Zionist*innen aus den USA, aber das nicht immer einheitlich

Der Iran zwischen Unterdrückung, Kooption und Krieg - Drei Wellen der Konterrevolution

In der folgenden Analyse zeigt Somayeh Rostampour auf, wie die Repression, die die iranische Regierung zur Niederschlagung von Protesten ausübt, der monarchistische Versuch, Oppositionsbewegungen zu kooptieren und nach rechts zu drängen, sowie der militärische Angriff, den die USA und Israel derzeit gegen den Iran führen, verschiedene Fronten innerhalb einer einzigen Konterrevolution darstellen, die sich gegenseitig verstärken und gemeinsam die Möglichkeit einer echten Befreiung unterdrücken.

Somayeh Rostampour ist eine kurdische, feministische Aktivistin aus dem Iran, die sich in einem internationalistischen Netzwerk und einem feministischen, antiimperialistischen, linken Kollektiv in Paris engagiert, das 2022 von im Exil lebenden Aktivist*innen aus dem Iran, Afghanistan und Kurdistan nach dem Aufstand „Jin, Jiyan, Azadî" gegründet wurde. Das Kollektiv unterstützt subalterne Kämpfe im Iran.

Zwischen Unterdrückung und Krieg

2024 nahm Donald Trump an Kundgebungen teil, auf denen nebeneinander Slogans wie Seid unregierbar! und Massenabschiebungen jetzt! zu lesen waren. Der Faschismus ist nicht nur deshalb unser Erzfeind, weil er genau das Gegenteil von uns will, sondern weil er seinem Projekt einen revolutionären Anstrich verleiht, die Dynamik und die Leidenschaft der Revolten für seine eigenen Zwecke nutzt und sich dadurch zur letzten Bastion der Zentren machen. Putin, Meloni, Le Pen und andere Faschist*innen profitieren von der Frustration und der Entwürdigung der seit dem jüngsten Wandel des Kapitalismus noch stärker prekarisierten arbeitenden Klasse, indem sie vorgeben, gegen das System zu sein, während sie es eigentlich festigen. Sie behaupten, alles verändern zu wollen, damit letztlich alles gleich bleibt. Die Reaktionären radikalisieren sich zunehmend, während sich die Progressiven in Zurückhaltung üben.

Revolutionen unserer Zeit: Ein internationalistisches Manifest, Les Peuples Veulent

Ende 2025 brach vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise und einer wachsenden Ablehnung des theokratischen Regimes ein neuer Aufstand im Iran aus, der in den vorangegangenen Revolutionszyklen verwurzelt war. Seit 2017 hat eine Kombination aus wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen die iranische Gesellschaft jenseits jeglicher reformistischer Perspektive radikalisiert.

In den letzten zehn Jahren kam es im Iran zu mindestens fünf landesweiten Aufständen und Tausenden von Massenprotesten. Steigende Arbeitslosigkeit, Inflation, Armut und Ungleichheit haben das Land zu einem fruchtbaren Boden für Mobilisierungen der Bevölkerung gemacht, die von Generalstreiks bis hin zu sozialen Aufständen reichen. Diese wiederkehrenden Krisen haben tiefe Unzufriedenheit geschürt, insbesondere unter der Arbeiter*innenklasse, Studierenden, Rentner*innen und arbeitslosen Jugendlichen, die wiederholt auf die Straße gegangen sind, um diese Ungerechtigkeiten anzuprangern. Der Mangel an Freiheit und Perspektiven – insbesondere für eine Generation, die mit Arbeitslosenquoten von fast 50 Prozent konfrontiert ist – war einer der zentralen Auslöser der Aufstände. Wenn 80 Prozent der Arbeiter*innen von befristeten Verträgen mit einer Laufzeit von weniger als sechs Monaten leben, wenn Rentner*innen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst umgerechnet oft nur 100 Dollar im Monat erhalten, während die Mieten in Teheran ein Niveau erreichen, das mit dem in europäischen Städten vergleichbar ist, ist es kaum verwunderlich, dass der Iran zu einem der turbulentesten und konfliktreichsten Länder in Westasien geworden ist.

Diese strukturellen Faktoren anzuerkennen bedeutet nicht, die Aufstände auf bloße wirtschaftliche Revolten zu reduzieren. Diese Analyse, die von bestimmten „campistischen" (das heißt selektiv „antiimperialistischen") Strömungen vertreten wird, ist sowohl irreführend als auch politisch konservativ: Sie stellt den Aufstand ausschließlich als Reaktion auf Not dar, während sie die Art und Weise verschleiert, wie die Demonstrant*innen sich bewusst dafür entscheiden, sich gegen Autoritarismus, Patriarchat und das Regime zu stellen. Indem die Ursache der Krise externalisiert und Sanktionen oder imperiale Aggression gegenüber den eigenen Formen der Herrschaft und Unterdrückung des Regimes in den Mittelpunkt gestellt werden, wird die Islamische Republik normalisiert und entschuldigt.

Diese Mobilisierungen sind sowohl ihrer Form als auch ihrem Inhalt nach zutiefst politisch. Sie stellen nicht nur Ungleichheit und Verarmung in Frage, sondern die gesamte Herrschaftsstruktur: autoritäre Staatsmacht, geschlechtsspezifische Unterdrückung, die Verweigerung von Freiheiten, die Verengung demokratischer Horizonte. Neben der Forderung nach besseren Lebensbedingungen bringen sie die Ablehnung jener Ordnung zum Ausdruck, die diese Bedingungen hervorbringt – daher ihre wiederkehrende Tendenz, in Form einer offenen Forderung nach dem Sturz des Regimes aufzutreten.

In jedem Protestzyklus hat die Unterdrückung die soziale Wut in direkten Widerstand gegen das Regime selbst verwandelt. Der Aufstand von Januar 2025–2026, der breiter angelegt war als die vorherigen, begann auf dem Basar von Teheran und griff rasch auf Studierende, die städtische arme Bevölkerung, Arbeiter*innen, Kleinunternehmer*innen und marginalisierte Randgebiete über, bis er schließlich mehr als 210 Städte in 31 Provinzen erfasste. Das Regime reagierte auf die Wut der Bevölkerung mit einer im modernen Iran beispiellosen Gewalt, schaltete Telefonnetze und das Internet ab und festigte seine Kontrolle durch einen Repressionsapparat, der durch autoritäre Überwachungstechnologien und digitale Kontrollmodelle gestützt wurde, die mit seinen Verbündeten China und Russland in Verbindung stehen. Das Regime tötete innerhalb weniger Nächte Tausende von Menschen.

Sechs Wochen später, am 28. Februar 2026, startete eine US-israelische Koalition einen Luftangriff auf das Land. Ali Khamenei, der Oberste Führer, wurde bei der Bombardierung seines Anwesens von Akteuren getötet, die selbst Völkermord begangen haben. Kurz nach der Bestätigung seines Todes feuerte Teheran Raketensalven auf Israel ab, was darauf hindeutet,

dass seine Befehlskette auch in Abwesenheit seiner höchsten Autorität funktionsfähig blieb. Der Iran weitete seine Angriffe auch auf andere Länder aus, insbesondere auf Golfstaaten, in denen sich US-Militärstützpunkte befinden, darunter Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Kuwait.

Diese Abfolge von Ereignissen wirft eine dringende Frage auf: Wie kommt es, dass sich nach einem revolutionären Moment im Jahr 2022 der Horizont der Emanzipation zugunsten einer Rückkehr zur autoritären Ordnung im Jahr 2026 verschließen konnte? Wir müssen untersuchen, wie dies nicht nur als Folge staatlicher Repression geschieht, sondern auch durch eine diffusere Konterrevolution, die von medialen Narrativen und neuen politischen Allianzen vorangetrieben wird und sich hinter der Rhetorik der „Befreiung" verbirgt.

Um den heutigen Iran zu verstehen, bedarf es mehr als einer Analyse der Revolution – es erfordert auch eine Analyse der Konterrevolution. Es reicht nicht aus, Aufstände zu untersuchen; man muss auch die Kräfte begreifen, die versuchen, sie zu neutralisieren, umzulenken, auszuhöhlen oder in Richtung eines autoritären Ausgangs zu lenken.

Die Unterdrückung des Aufstands vom Januar 2026 durch die Islamische Republik und der am 28. Februar 2026 begonnene militärische Angriff der USA und Israels sind weder zwei getrennte Ereignisse noch zwei gegensätzliche Formen der Gewalt, von denen die eine „böse" und die andere „befreiend" sei. Sie müssen vielmehr als Teil eines einzigen konterrevolutionären Prozesses verstanden werden, der lange vor der Eskalation zu militärischen Aktionen begann.

Noch vor dem Massaker im eigenen Land und vor dem Krieg im Ausland hatte bereits eine frühere Phase begonnen: eine politische, mediale und symbolische Konterrevolution, die insbesondere von der iranischen nationalistischen und monarchistischen Rechten (vor allem innerhalb der Diaspora) vorangetrieben wurde, welche darauf abzielte, die Bedeutung des Slogans „Jin, Jiyan, Azadî" , um ihn in eine chauvinistische, autoritäre, linksfeindliche und letztlich militaristische Agenda einzubetten. Obwohl die 2022 begonnene Revolution die Legitimität der Islamischen Republik zutiefst untergraben hatte, gelang es dem Regime, sich nach dem 7. Oktober 2023 und, noch entscheidender, nach dem ersten Angriff der USA und Israels im Juni 2025 wieder zu stabilisieren.

Diese wiedergewonnene Legitimität wurde durch das Massaker im Januar 2026 schwer erschüttert. Doch nur wenige Wochen später vertiefte ein neuer Angriff Israels und der imperialistischen Vereinigten Staaten die konterrevolutionäre Entwicklung, indem sie den Iran mit derselben Gewaltmaschinerie ins Visier nahmen, die bereits auf Gaza, den Libanon und andere Teile Westasiens losgelassen worden war. Unter falschen Vorwänden geführt, hat dieser Krieg bereits Schulen und Krankenhäuser zerstört und Hunderte Zivilist*innen im Iran getötet. Trotz der Verwüstung hat er dem Regime auch ein gewisses Maß an Legitimität zurückgegeben, insbesondere international und in Teilen der globalen Linken. Zeitweise hat diese Linke dem Massaker an Iraner*innen durch imperialistische Waffen mehr Gewicht beigemessen als dem Massaker an Iraner*innen durch die Kugeln des Regimes.

Wie der Oberste Führer Ruhollah Khomeini während des Iran-Irak-Kriegs (1980–1988) wiederholt betonte: „Krieg ist ein Segen für die Islamische Republik Iran." Er dient dazu, Zusammenhalt zu erzwingen, interne Dissidenz zum Schweigen zu bringen und die Legitimität des Regimes zu erneuern.

Der Krieg gegen den Iran im Jahr 2026 darf also nicht als Bruch mit der Konterrevolution verstanden werden, sondern vielmehr als deren militärische Vollendung. Anstatt den Zusammenbruch des Regimes herbeizuführen, wird der Krieg wahrscheinlich nur den staatlichen Nationalismus stärken und die Möglichkeit einer autonomen Transformation durch das Volk zunichte machen.

Selbst wenn das Regime zusammenbricht, wird das, was danach kommt, als Folge dieses Krieges noch reaktionärer sein. Der Krieg hat den Ethnonationalismus und den innenpolitischen Zusammenhalt bereits gestärkt. Dies zeigt sich in der Bestätigung von Mojtaba Khamenei als neuem Obersten Führer. Interne Repression und externer Krieg verstärken sich gegenseitig. Unter solchen Bedingungen wird die Zivilgesellschaft ausgehöhlt, die Opposition stigmatisiert und jeder Weg aus der Krise erschwert.

So verstanden erscheinen das Massaker im Januar und der Krieg im Februar nicht als zwei Brüche, sondern als zwei asymmetrische Phasen derselben bewaffneten Konterrevolution – intern durch den iranischen Staat und extern durch imperialistische Mächte –, die auf den royalistischen Versuch folgten, die Mobilisierungen der Bevölkerung nach rechts zu drängen. In allen drei Fällen ist nicht nur ein Regime oder eine Bevölkerung das Ziel, sondern die Möglichkeit einer emanzipatorischen Transformation von unten an sich.

Von der Jin-Jiyan-Azadî-Revolution zu Konterrevolution von 2026

Um die Abfolge der Ereignisse von 2022 bis 2026 zu verstehen – ohne sie auf entscheidende historische Ereignisse wie den Putsch von 1953, die Weiße Revolution von 1963 oder die Islamische Revolution von 1979 zurückzuführen –, müssen wir erkennen, dass die Konterrevolution weder mit dem Massaker im Januar begann, noch mit dem Krieg, der im Februar ausbrach, sondern schon früher, im politischen, medialen und symbolischen Bereich. Der Aufstand unter dem Motto „Jin, Jiyan, Azadî" stellte nicht nur die Verschleierungspflicht in Frage oder verurteilte staatlichen Mord; er eröffnete einen feministischen, populären und dekolonialen revolutionären Horizont und machte eine Transformation von unten denkbar, die von Frauen, von marginalisierten Bevölkerungsgruppen (insbesondere Kurd*innen und Belutsch*innen), von Jugendlichen, Arbeiter*innen und vernachlässigten Regionen vorangetrieben wird. Er destabilisierte zudem sowohl monarchistische als auch reformistische Narrative, indem er aufzeigte, wie Geschlechterdominanz, Klassenverhältnisse und der „interne Kolonialismus" des Staates miteinander verflochten sind.

Genau dieser Horizont wurde zum Ziel der ersten konterrevolutionären Offensive, die nicht nur vom Regime, sondern auch von Teilen der Opposition angeführt wurde, insbesondere von nationalistischen und monarchistischen Kreisen in der Diaspora. Diese Kräfte versuchten, den Slogan „Jin, Jiyan, Azadî" seiner Substanz zu entleeren, ihn durch Formeln wie „Mann, Heimat, Wohlstand" zu ersetzen und ihn in eine maskulinistische, zentralistische, antilinke und kriegsbefürwortende Grammatik umzugestalten. Diese Umkehrung ging so weit, dass „Jin, Jiyan, Azadî" mit kolonialer Gewalt vereinbar erschien – zum Beispiel, als es neben israelischen Flaggen gezeigt und auf die Ruinen von Gaza geschrieben wurde, um Völkermord zu rechtfertigen.

Im Jahr 2023 versammelten sich iranische Rechtspolitiker im Namen der Einheit an der Georgetown University, um über einen Iran nach Jina zu diskutieren. Obwohl dieser Versuch, ein Bündnis zu schmieden, letztendlich scheiterte, vertiefte er bestehende Spaltungen und trug zum Rückzug progressiver Kräfte bei – ganz im Gegensatz zur Solidarität, die 2022 geschmiedet worden war. Die Teilnehmer*innen versuchten systematisch, die Vorreiterkräfte des Aufstands zu diskreditieren: Sie beleidigten kritische Feministinnen, diffamierten Studierende mit dem Etikett „Mojahedin" (ein Verweis auf die Volksmudschaheddin-Organisation), beschuldigten Kurd*innen und Belutsch*innen des „Separatismus" und reduzierten jede Forderung nach Autonomie oder Pluralismus auf eine Bedrohung der „territorialen Integrität".

Ihre Ausrichtung auf Newroz (das kurdische Neujahrsfest) verdeutlichte diese Logik. Teile der zentralen Eliten und rechtsgerichtete Nationalist*innen stellten diesen Ausdruck der Volkskultur gleichermaßen als separatistische Bedrohung dar. Ein offener Brief an den Staat, unterzeichnet von 800 Intellektuellen aus dem „Zentrum" (politisch, geografisch, sprachlich und ethnisch gesehen), von denen die meisten iranische Republikaner*innen waren, bot einen paradigmatischen Ausdruck dieser Tendenz. Drei Konsequenzen ergaben sich daraus: die weitere Ausgrenzung ethnisch-nationaler Gruppen, wachsendes Misstrauen gegenüber dem „Zentrum" (einschließlich seiner patriotischen Linken) und eine geringere Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppen am Aufstand von 2026. Gleichzeitig zerfiel die Linke – die bereits als Kraft geschwächt war, die den 2022 eröffneten Horizont aufrechterhalten hatte – noch weiter.

Die Folgen der Umkehrung der Bedeutung von „Jin, Jiyan, Azadî" zeigten sich in bestimmten linken Kreisen, in denen das Handeln unterdrückter Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Kurd*innen, pathologisiert wurde. Ähnlich wie die frauenfeindliche Logik, die Überlebende sexueller Übergriffe für „provokative Kleidung" verantwortlich macht, stellten einige linke Analysen die Mobilisierung der Kurd*innen oder Belutsch*innen implizit als Provokation dar, die staatliche Gewalt oder ausländische Interventionen heraufbeschwor. Dies ist sowohl ethisch als auch theoretisch unhaltbar, da es den Kampf aus seinem materiellen Kontext abstrahiert, die Verantwortung für das Leid von den Herrschaftsstrukturen auf diejenigen verlagert, die sich ihnen widersetzen, und sich unbeabsichtigt mit genau jenen Kräften verbündet, denen es angeblich entgegensteht. In diesem Klima wurde sogar die Erinnerung an den Aufstand von Jin, Jiyan, Azadî zum Schlachtfeld.

Sein radikales Versprechen wurde nach und nach durch eine hegemoniale Ordnung ersetzt, die sich um militarisierte Normalität herum organisierte.

Unterdessen trugen die israelische Offensive und die Propaganda, die von rechten und rechtsextremen Medien wie Manoto und Iran International verbreitet wurde, dazu bei, das radikale Versprechen von Jin, Jiyan, Azadî das auch ethnische Hierarchien in Frage stellt und Souveränität als Gemeingut neu definiert, zu unterdrücken, um eine rassistisch geprägte, zentralistische und militarisierte Ordnung zu fördern.

Geopolitische Neuausrichtungen beschleunigten diesen Wandel. Der „Zwölf-Tage-Krieg", den Israel im Juni 2025 gegen den Iran führte, stärkte sowohl den Nationalismus als auch die rassifizierende Macht des Staates, indem er es erleichterte, die Teilnehmer*innen des Aufstands (insbesondere Kurd*innen und Belutsch*innen) als „Separatist*innen" darzustellen. Allmählich wichen die pluralistischen Bestrebungen von 2022 einer Logik der Sicherheit, Ausgrenzung und Disziplin. Einige ehemalige „Patrioten" trugen dazu bei, die Staatsmacht als „Bollwerk" gegen den äußeren Feind zu legitimieren; der Nationalismus verhärtete sich, verfestigte ethnische und geschlechtsspezifische Hierarchien und senkte die politischen Kosten eines persienzentrierten und xenophoben Diskurses. Die staatliche Kampagne gegen afghanische Migrant*innen (einschließlich der Zwangsausweisung von mehr als zwei Millionen Menschen) wurde sowohl von Stellvertretern des Regimes als auch von Monarchist*innen und Nationalist*innen unterstützt, was den Rassismus im sozialen Bereich weiter normalisierte. In diesem Klima stießen die zunehmenden Hinrichtungen von Kurd*innen und Afghan*innen, denen Spionage für Israel vorgeworfen wurde, auf wenig Widerstand.

Die Schürung von Afghanophobie und Kurdophobie war kein Zufall. Sie war integraler Bestandteil der Ordnung nach dem Aufstand. Dies wurde besonders deutlich im Fall des Bündnisses von fünf kurdischen Parteien, das am 22. Februar 2026 bekannt gegeben wurde und das den Sturz des Regimes mit dem Selbstbestimmungsrecht Kurdistans innerhalb eines demokratischen Irans verband, während es die Werte Demokratie, Frauenrechte, Ökologie und Gleichberechtigung in den Vordergrund stellte. Das Bündnis wurde sowohl vom monarchistischen „Kronprinzen" Reza Pahlavi

als auch von den Medienplattformen der Islamischen Republik sofort als „separatistisch" gebrandmarkt. Ersterer berief sich auf eine „nationale Pflicht" zur Verteidigung der „territorialen Integrität", während letztere das Bündnis als „Bestandteil eines US-amerikanisch-israelischen Projekts" darstellten. Ein Teil der Republikaner*innen in der iranischen Opposition (hauptsächlich Liberale aus ehemaligen reformistischen Strömungen) verteidigt ebenfalls die Idee eines säkularen und demokratischen Staates, der auf einem zentralistischen Nationalismus basiert.

So zieht sich ein roter Faden durch die ansonsten gegensätzlichen Lager: die Ablehnung der Autonomie unterdrückter Bevölkerungsgruppen. Diese Trennlinie zeigt, wer an den Prinzipien des Aufstands von 2022 festhält und wer nicht.

Innerhalb dieser Polarisierung hat sich die Opposition zunehmend um zwei Blöcke herum strukturiert: auf der einen Seite der revolutionäre Horizont, der sich 2022 um Jin, Jiyan, Azadî auftat und der darauf abzielt, Machtverhältnisse sowie nationale und geschlechtliche Identitäten von unten her zu transformieren; auf der anderen Seite ein rechter – ja, zuweilen sogar rechtsextremer – konterrevolutionärer Block, angeführt vom Pahlavismus (Monarchist*innen), der jedoch darüber hinausgeht, zentralistische Staatlichkeit mit Militarismus verbindet und auf die Wiederherstellung der alten Ordnung ausgerichtet ist. Dies sind jene in der Diaspora, die auf den Straßen des Westens tanzten und den Krieg feierten, während imperialistische Bomben auf die iranische Bevölkerung und ihre Häuser niederprasselten.

Reza Pahlavi verfügte zuvor nur über eine begrenzte Anhänger*innenschaft und einen schwachen Organisationsapparat, doch er nutzte die sich nach 2022 bietende Gelegenheit. Durch eine nationalistische und linksfeindliche Linie gelang es ihm, Teile der Opposition zu vereinen, die der führenden Rolle von Frauen, Kurd*innen, Belutsch*innen und Arbeiter*innen ablehnend gegenüberstanden, und gleichzeitig den Wunsch nach einem vom Westen unterstützten „schnellen Sturz" für sich zu gewinnen. Seine früheren Versuche, sich einer Achse aus Revolutionsgarden und Reformist*innen anzuschließen, waren gescheitert, doch insbesondere nach dem 7. Oktober 2023 profitierte er von der Unterstützung eines Akteurs, der zwar klein, aber dennoch mächtig ist. Nämlich Israel.

Die nationalistischen, sexistischen, homophoben, rassistischen und linksfeindlichen Parolen, die 2026 sowohl auf den Straßen als auch an den Universitäten auftauchten, sind Teil einer konterrevolutionären Gegenbewegung. Dies ist eine antilinke Gegenoffensive, die von der Angst vor der Macht marginalisierter Gruppen – der Avantgarde von 2022 – und derer, die sie unterstützten, aber auch von politischer Erschöpfung und einem Gefühl der Hilflosigkeit angesichts der Widerstandsfähigkeit des Regimes angetrieben wird. Die wahrgenommenen Misserfolge früherer Strategien trugen dazu bei, die Übergabe der Initiative an reaktionäre Kräfte zu legitimieren, notfalls auch durch Krieg.

Tatsächlich sind diese Formationen, ob staatlich geführt oder oppositionell, nicht nur reaktionär – sie sind auch parasitär. Sie nähren sich von der kreativen Energie der Aufstände, nur um sie zu neutralisieren und auf nationalistische oder imperiale Ziele umzulenken. Dies zeigt sich nicht nur in Israels unaufrichtiger Darstellung des Krieges als „Befreiung", sondern auch in der Art und Weise, wie der rechte Flügel der iranischen Diaspora westliche Anerkennung anstrebt, indem er die feministischen, kurdischen und queeren Dimensionen des Aufstands ausblendet. Diese Akteur*innen zielen darauf ab, sich die von Jin, Jiyan, Azadî entfesselte aufständische Kraft anzueignen, während sie gleichzeitig daran arbeiten, deren Rückkehr in emanzipatorischer Form zu verhindern. Die Parallelen zu anderen feministischen Aufständen, wie beispielsweise Ni Una Menos („Nicht eine mehr") in Lateinamerika, sind auffällig. In beiden Fällen stießen radikale Visionen von Geschlechtergerechtigkeit und kollektiver Verweigerung auf eine strafende, militärische und ideologische Gegenreaktion. Was sich über diese Kontexte hinweg abzeichnet, ist das, was Verónica Gago als globale Architektur der Gegenreaktion beschreibt: Demonstrant*innen werden kriminalisiert, repressive Technologien zirkulieren transnational, und Krieg wird zu einem Mittel, politisches Verlangen zu disziplinieren.

Die interne Unterdrückung durch das Regime und der Krieg im Ausland haben lediglich mit Waffengewalt einen bereits in vollem Gange befindlichen konterrevolutionären Prozess vollendet. Aus dieser Perspektive erscheint der jüngste Krieg als letzte Phase dieses Prozesses: nicht als Mittel zur „Befreiung des Iran", sondern als Versuch, die letzten Überreste der 2022 entfesselten Dynamik auszulöschen und einen von außen orchestrierten Regimewechsel durchzusetzen. Mit anderen Worten: Die Bombardements zielen nicht auf Emanzipation ab, sondern auf die Mobilisierung konterrevolutionärer Kräfte für eine neue regionale und globale Ordnung – auf Kosten massiver Zerstörung, ziviler Todesopfer und der langfristigen Verhinderung jeglicher Möglichkeit einer Transformation durch die Bevölkerung für kommende Generationen.

Die Dämonisierung der Linken:

Ein Tor zur extremen Rechten

Die vom Regime durchgeführte Repression war nur die erste Phase der Konterrevolution. Mensch muss auch verstehen, wie „die Linke" als allumfassende Kategorie des Feindes konstruiert wurde. In dieser Operation wird alles, was für Gleichheit, Autonomie, sprachliche und politische Pluralität, Frauenrechte, Selbstbestimmung, die Emanzipation unterdrückter Völker oder soziale Gerechtigkeit eintritt, auf „die Linke" reduziert und als existenzielle Bedrohung dargestellt.

Das tut das Regime. Das tun auch die Monarchist*innen. Und das tun auch bestimmte iranische Reformist*innen oder Republikaner*innen, wenn auch auf subtilere Weise.

Diese Dämonisierung der Linken hat den Weg für den Aufstieg der extremen Rechten geebnet. Das ist zudem nichts Neues. Schon unter den Pahlavis (1919–1980) wurden linke Kräfte mit Chaos, Subversion, Abhängigkeit vom Ausland oder Entwicklungsfeindlichkeit in Verbindung gebracht. Nach 1979 weitete die Islamische Republik diese Logik aus und radikalisierte sie, indem sie unabhängige linke Gruppen auslöschte; Hinrichtungen (wovon die Massengräber von Khavaran noch immer Zeugnis ablegen); Säuberungen; Repressionen in Kurdistan im Namen des „Dschihad" gegen die Kurd*innen; und die Kriminalisierung von Aktivist*innen unter Bezeichnungen wie „Kommunist*in", „Atheist*in", „verwestlicht" oder „konterrevolutionär" – und das alles, während sie sich paradoxerweise bestimmte Formulierungen zu sozialer Gerechtigkeit, Antiimperialismus und der palästinensischen Sache zu eigen machte.

Staatlicher „Antiimperialismus" führt keine Tradition der Emanzipation oder des antikolonialen Kampfes fort. Er eignet sich das Simulacrum dieses Kampfes an, um interne Gewalt zu rechtfertigen, Opposition zu kriminalisieren, eine autoritäre Ordnung als Haltung des Widerstands darzustellen und die Geschlechterapartheid im Namen der „kulturellen Authentizität" zu legitimieren – eine Fassade, die ihn vom Westen abgrenzen soll. Diese ausbeuterische und unehrliche Aneignung, die auf den ersten Blick an Modelle wie den Stalinismus oder den Nasserismus erinnern mag, nahm im Iran eine spezifische Form an. Emanzipatorische Konzepte wurden in eine religiöse und mystische Sprache umformuliert, während der staatliche Antiimperialismus als „zivilisatorischer" Widerstand gegen den Westen neu konfiguriert wurde. Die Linke wurde somit sowohl wegen ihres Säkularismus als auch wegen ihrer Fähigkeit, das Monopol des Regimes auf die Sprache der sozialen Gerechtigkeit und die Palästinafrage in Frage zu stellen, zum Feind.

Der Iran präsentierte sich auf der internationalen Bühne zu seinem eigenen Vorteil als Kern der „Achse des Widerstands", während er im eigenen Land eine tyrannische Ordnung aufrechterhielt. Dies ebnete den Weg für die Festigung einer patriarchalisch-islamistischen Ordnung. Auf diese Weise wurde ein Diskurs der Befreiung in einen Diskurs der Herrschaft umgekehrt, der die Autonomie der Frauen unterdrückte und die demokratische Opposition kriminalisierte.

Der Reformismus – die einzige Strömung innerhalb der zugelassenen politischen Parteien, die im Iran konsequent die Macht mit den Islamisten geteilt hat, darunter siebzehn Jahre lang das Präsidentenamt – spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle bei dieser Dämonisierung, indem er durch Zeitschriften, Leitartikel und verschiedene kulturelle Produktionen eine diffusere Anti-Links-Kritik verbreitete. Im Namen von Stabilität, Mäßigung und Entwicklung setzten sie die Linke mit Irrationalität, Dogmatismus, Gewalt oder Abhängigkeit vom Ausland gleich, während sie den von den USA unterstützten Putsch von 1953 und die Unterdrückung progressiver Kräfte nach 1979 herunterspielten.

Gleichzeitig diente der reformistische Diskurs oft dazu, die Armen und die Arbeiter*innenklasse zu delegitimieren, indem er sie als soziale Basis des religiösen Konservatismus oder gar als politisch ignorante Masse darstellte, die für eine autoritäre Vereinnahmung bereitstand. Sozioökonomische Aufstände wurden als Ausdruck der vermeintlichen „Natur" der Armen dargestellt, eine Darstellung, die wir während der Aufstände von 2017–2018 und bei jüngeren Mobilisierungen erneut beobachteten.

2 In Krisenzeiten griffen einige Reformist*innen sogar auf eine auf „Sicherheit" fokussierte Rhetorik zurück, bezeichneten Demonstrant*innen als „Terroristen" und versuchten, radikale Forderungen durch die Verbreitung von Angst zu neutralisieren.

Der Reformismus, der nach dem Iran-Irak-Krieg (1980–1988) als Weg des schrittweisen Wandels „von innen heraus" – durch Wahlbeteiligung, parlamentarisches Handeln und die Formel „Druck von unten, Verhandlungen von oben" – präsentiert wurde, hat das politische Feld konsequent auf die beiden Alternativen Reform oder Zusammenbruch beschränkt. Diese Darstellung entzog jedem emanzipatorischen Bruch die Legitimität, indem sie ihn mit einer „Syrisierung", Extremismus und dem Verrat an den nationalen Interessen in Verbindung brachte. Nach fast zwei Jahrzehnten der Erfahrung erschienen die Reformist*innen weniger als Alternative zum Regime, sondern vielmehr als einer der Mechanismen seiner Reproduktion. Der Slogan von 2017–2018 – „Reformisten, Konservative, für euch beide ist das Spiel vorbei" – bringt dies deutlich genug zum Ausdruck.

Doch trotz seiner Legitimitätskrise reproduziert sich die reformistische Strömung weiterhin, sowohl im Iran als auch in der Diaspora, insbesondere unter bestimmten nationalistischen Eliten und manchmal auch in campistisch orientierten.

So veröffentlichte beispielsweise Fariba Adelkhah, eine französisch-iranische Anthropologin und Wissenschaftlerin an der französischen Universität Sciences Po, die von 2019 bis 2023 im Iran inhaftiert war, am 14. Januar 2026 – nur wenige Tage nach den blutigen Massakern vom 8. und 9. Januar – einen Text, der sich nahtlos in einen diasporischen Reformismus einfügt, der unter dem Deckmantel methodologischer Vorsicht ein Framing reproduziert, das der Linken und dem Sturz des Regimes feindlich gegenübersteht.3

Nach reformistischer Auffassung könnte eine Form der internen Vermittlung innerhalb des Regimes – die es den Menschen ermöglicht, „ohne Rückgriff auf Gewalt zu debattieren", wie Adelkhah es formuliert – noch möglich sein, trotz des offensichtlichen Scheiterns dieser Perspektive in den Parolen, Praktiken und Formen der Politisierung, die die jüngsten Aufstände geprägt haben. Indem er jede nicht-reformistische Alternative ablehnt und sich im Namen der Anti-Einmischung dem campistischen Denken annähert, hat der Reformismus indirekt dazu beigetragen, den Monarchismus zu rehabilitieren.

Die Tatsache, dass bestimmte campistische, dekoloniale oder pseudo-antiimperialistische Persönlichkeiten ihre Interpretation von Adelkhah in Frankreich verbreitet haben, offenbart die Nähe zwischen campistischen Argumentationsmustern und konterrevolutionären Positionen iranischer Reformist*innen. Im Namen der Vorsicht und der Ablehnung von Einmischung neigen diese Positionen dazu, die Diskussion von der Unterdrückung abzulenken, Aufstände zu delegitimieren und eine indirekte Rechtfertigung für die Gewalt zu liefern, die autoritäre postkoloniale Staaten ausüben.

Campistische Strömungen, die jede iranische Krise auf eine Folge von Sanktionen oder westlicher Einmischung reduzieren, beschönigen letztendlich das iranische Regime. Indem sie Kämpfe um Klasse, Geschlecht und Befreiung einer abstrakten Geopolitik unterordnen, tragen sie dazu bei, den Begriff der Emanzipation seines konkreten Inhalts zu entleeren, wodurch die Rechte das Monopol auf radikale Kritik an der bestehenden Ordnung behält.

Wenn mensch sich weigert, den internen Krieg zu durchdenken, den das Regime gegen seine Bevölkerung geführt hat, bleibt jede Anprangerung des externen Krieges politisch unvollständig. Das war die Logik, die bestimmte dekoloniale campistische Strömungen dazu veranlasste, den revolutionären Jina-Aufstand von 2022 zu diffamieren, indem sie ihn als „Frau, Leben, Zionistin" brandmarkten, wie es Paroles d'Honneur (PDH) in Frankreich tat. Das Ergebnis ist dasselbe: die Schließung des 2022 eröffneten revolutionären Horizonts, die Isolation der populären Kräfte und der

Linken sowie die Verdrängung des Wunsches nach einem Bruch zugunsten reaktionärer Lösungen.

Aus dieser reformistischen und campistischen Perspektive wird jedes emanzipatorische Projekt, das von der Realpolitik abweicht, als „Radikalismus" umgedeutet und aus dem Rahmen der legitimen Politik verdrängt. Diese Strategie der Diskreditierung hat der Rechten ein Monopol auf den Radikalismus verschafft; folglich werden diese beiden Strömungen, wenn schon nicht zu Verbündeten, so doch zumindest zu Komplizen beim Aufstieg der Royalist*innen, deren im Ausland lebender Zweig heute eine Form der extremen Rechten darstellt.

Innerhalb der Diaspora haben die Monarchist*innen die Dämonisierung der Linken systematisiert und intensiviert. Mit der Unterstützung internationaler Mächte und Israels sowie mit beträchtlichen finanziellen und medialen Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen, schreiben sie die Geschichte neu, indem sie die Krisen des Iran auf die fitna („Aufruhr") von 1979 und den „Verrat der Linken" reduzieren. Sie nutzen die Fehler eines Teils der Linken, wie etwa die Unterstützung der Tudeh-Partei für die Islamische Republik im Namen des Antiimperialismus, als Vorwand dafür und setzen die Linke mit der Islamischen Republik gleich, ähnlich wie die russische Linke historisch mit dem Stalinismus assoziiert wurde.

Als Etikett wird „die Linke" so zu einem Schimpfwort, zu einem Instrument der Ausgrenzung, das sich gegen jeden richtet, der sich dem Pahlavismus widersetzt – einschließlich Menschenrechtsaktivist*innen, Republikaner*innen, Liberalen und sogar politischen Gefangenen wie Narges Mohammadi, die sich nie als links identifiziert hat.

Dies ist ein Mittel, um die Verantwortung monarchistischer Strukturen und des Westens zu entpolitisieren und gleichzeitig die soziale Wut in eine konterrevolutionäre Nostalgie zu lenken. In diesem Zusammenhang werden Campist*innen, die die „Achse des Widerstands" durch die Beschönigung der Verbrechen des Regimes unterstützen, zu unfreiwilligen Handlanger*innen der extremen Rechten. Indem sie darauf bestehen, dass es im Falle eines Sturzes des Regimes keine Alternative zum Monarchismus gäbe, kommen sie letztlich zu dem Schluss, dass überhaupt kein Aufstand stattfinden sollte. Dies eröffnet Raum für faschistischen Populismus und die extreme Rechte, insbesondere in der Diaspora, während Radikale im Exil isoliert werden.

Reformist*innen und Monarchist*innen, die sich beide oft in einem neoliberalen Horizont verorten und beide dem ethnisch-nationalen Pluralismus weitgehend ablehnend gegenüberstehen, verstärken sich gegenseitig und werden bisweilen zu tatsächlichen Verbündeten. Der populäre Satz „Die Linke hat es nie verstanden", der kurz vor dem Aufstand von 2026 von beiden Lagern mit Nachdruck wiederbelebt wurde, verdeutlicht die Wirksamkeit des linksfeindlichen Diskurses.

Es entsteht eine dreiseitige Konvergenz zwischen der Islamischen Republik, den Reformist*innen und den Monarchist*innen: Trotz ihrer erklärten Gegensätze neigen alle dazu, emanzipatorische Alternativen, die von der Linken, dem Feminismus und unterdrückter Bevölkerungsgruppen ausgehen, zu neutralisieren und damit den Horizont zu verschließen, der sich 2022 mit Slogans wie „Weder Monarchie noch Oberster Führer: Freiheit und Gleichheit" eröffnet hatte. Die Rechte dieser Gruppen werden als existenzielle Bedrohung für verschiedene Formen des Autoritarismus dargestellt, sei es theokratisch, säkular-zentralistisch oder monarchisch. Die Bezeichnung „der Linken" als Hauptfeind ebnet den Weg für eine rechte Konterrevolution oder, falls nötig, für einen Krieg.

Krieg als Konterrevolution unter dem Deckmantel der Befreiung

Die gewaltsame Niederschlagung des Aufstands „Jin, Jiyan, Azadî" im Jahr 2022 durch die Islamische Republik veränderte die Bedingungen, unter denen „Freiheit" selbst in weiten Teilen der iranischen Gesellschaft überhaupt noch vorstellbar war. Indem das Regime die Forderungen der Bevölkerung nach Geschlechtergerechtigkeit, demokratischem Wandel und ethnisch-nationaler Autonomie zurückwies, verschärfte es eine ohnehin schon schwere Legitimitätskrise und zerbrach das, was vom Gesellschaftsvertrag noch übrig war. Die Folge war nicht nur der Zusammenbruch des Vertrauens zwischen Staat und Gesellschaft, sondern auch eine Schwächung der kollektiven Fähigkeit, Befreiung als internes politisches Projekt zu begreifen.

Dieser Bruch schuf ein gefährliches politisches Terrain. Da Wege für Reformen, Anerkennung und Teilhabe systematisch versperrt wurden, verflocht sich die Idee der Freiheit zunehmend mit Hoffnungen auf eine Lösung von außen. Krieg, einst vor allem als zerstörerisches Gegenteil von Emanzipation verstanden, wurde – in bestimmten Kreisen, sogar unter einigen antikolonialen Denker*innen – zunehmend ambivalenter wahrgenommen: nicht als etwas an sich Erstrebenswertes, sondern als mögliches Mittel, ein gewaltsam festgefahrenes Regime zu stürzen.

Diese Verschiebung sollte nicht mit einer Befürwortung des Militarismus verwechselt werden. Vielmehr offenbart sie einen tiefgreifenden Wandel in der politischen Subjektivität – für den die Islamische Republik die Verantwortung trägt.

Durch jahrzehntelange Unterdrückung – und insbesondere durch sein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Aufstände von 2022 und Januar 2026 – hat das Regime Reformen nicht nur verhindert; es hat auch den Rahmen verändert, innerhalb dessen Gewalt, Bruch und Befreiung verstanden werden. In Frames of War argumentiert Judith Butler, dass ein Staat, wenn er Teile der Bevölkerung unerkennbar oder entbehrlich macht, die affektiven und epistemischen Bedingungen neu gestaltet, in denen Gewalt verstanden wird. Im Falle des Iran hat dies zu einer gefährlichen Verwischung der Grenze zwischen Vernichtung und Erlösung, Zerstörung und Befreiung beigetragen.

Die Ereignisse vom 8. und 9. Januar 2026 bieten hierfür ein besonders eklatantes Beispiel. Während des jüngsten massiven revolutionären Aufstands erzwang das Regime eine fast vollständige Abschaltung der Internet- und Telefonverbindungen und versuchte, durch eine Kombination aus Unterdrückung, Isolation und Terror die „Ordnung" wiederherzustellen. Im Januar veröffentlichte ein prominenter Augenarzt ein Video, in dem er erklärte, dass allein in einem einzigen Krankenhaus (Farabi) in Teheran in der Nacht des 8. Januar tausend Operationen durchgeführt worden seien, um Demonstrant*innen zu behandeln, denen mit scharfer Munition direkt ins Auge geschossen worden war. Krankenhäuser wur-

den zu Haftanstalten statt zu Orten der Versorgung, und viele der Verwundeten wurden in Gefängnisse verlegt, in denen sie zunehmend hingerichtet wurden. Die Leichen der getöteten Demonstrant*innen wurden in Kühlwagen gestapelt; einige von ihnen waren aufgrund der ihnen zugefügten Brutalität nicht mehr zu erkennen. Videos zeigen Familien in Leichenhallen, die weinend nach ihren Kindern suchen oder versuchen, die Leichen ihrer Angehörigen zu identifizieren. Unter diesen Bildern sind Säuglinge und Jugendliche zu sehen, die durch Schüsse getötet wurden.

Viele Opfer werden noch immer vermisst. Einem Bericht einer iranischen Universität zufolge wurden mindestens fünfzig Frauen anonym beigesetzt, da sie nicht identifiziert werden konnten. Leichen, die an die Familien zurückgegeben wurden, wurden manchmal nur gegen Bezahlung freigegeben, oft unter dem Vorwand einer „Projektilgebühr", oder die Familien wurden gezwungen zu erklären, dass ihre Angehörigen Mitglieder der Basij [einer paramilitärischen Freiwilligenmiliz innerhalb des Korps der Islamischen Revolutionsgarden] gewesen seien und von Demonstrant*innen getötet worden seien. Die Bestattungen, die oft unter starkem Sicherheitsdruck durchgeführt wurden, fanden stillschweigend, sehr früh am Morgen oder spät in der Nacht statt. In einigen Fällen wurden die Leichen beigesetzt, ohne dass die Familien überhaupt informiert wurden. Die Zahlen belaufen sich auf rund 10.000 Tote, mehr als 11.730 noch in Untersuchung befindliche Fälle, mehr als 25.000 Verletzte, mehr als 52.000 Festnahmen und mindestens 337 erzwungene Geständnisse. Das Regime setzte Gewalt nicht nur zur Unterdrückung, sondern auch zur Terrorisierung der Gesellschaft ein.

Die Geschichten von Tod, Verschwinden und Verhaftung verleihen dem Slogan konkrete Bedeutung: „Basij, Sepah, unser Daesh, das seid ihr." [Sepah ist eine Bezeichnung für das Korps der Islamischen Revolutionsgarden; Daesh ist eine Bezeichnung für den Islamischen Staat.]

In dem durch diese staatliche Gewalt entstandenen politischen Vakuum fanden monarchistische und rechte Kräfte eine Gelegenheit, an Einfluss zu gewinnen. Pahlavis Aufstieg war weniger Ausdruck einer ideologischen Massenbewegung hin zum Monarchismus als vielmehr ein Zeichen für die wachsende Überzeugung, dass ein Bruch mit dem Regime ohne Einmischung von außen nicht möglich sei. Als die Persönlichkeit, die am deutlichsten mit internationaler Unterstützung – insbesondere israelischer Unterstützung – in Verbindung gebracht wurde, verkörperte er für einen Teil der Bevölkerung das glaubwürdigste Mittel für eine von außen erzwungene „Befreiung". Pahlavis Anziehungskraft beruhte weniger auf einem positiven Wunsch nach einer Wiederherstellung der Monarchie als vielmehr auf der Wahrnehmung, dass er praktisch gesehen ein Projekt des Regimewechsels durch Krieg verkörperte.

Das Regime reagierte seinerseits mit einer Verschärfung seines Diskurses über „Sicherheit", indem es Demonstrant*innen als „Terroristen", „Spione" und ausländische Agenten brandmarkte und den Weg für neue Hinrichtungen unter Anklagen wie Moharebeh („Krieg gegen Gott") ebnete. Es entstand ein Teufelskreis: Die Unterdrückung versperrte emanzipatorische Möglichkeiten von innen, während das dadurch entstandene Vakuum die Menschen zu reaktionären Lösungen von außen hinführte. Das war der Kontext, in dem die Konterrevolution als Rettung getarnt werden konnte.

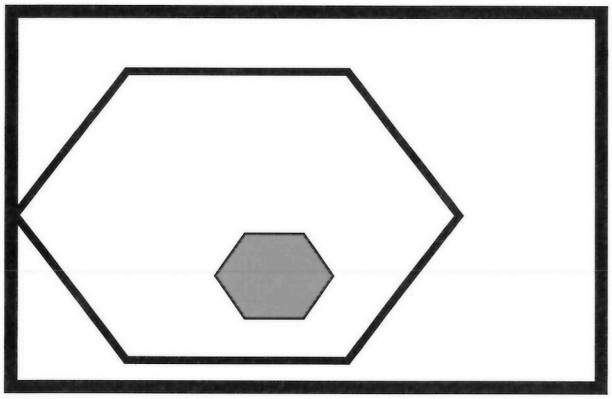
Die israelisch-amerikanische militärische Eskalation gegen den Iran in den Jahren 2025 und 2026 muss in diesem Zusammenhang verstanden werden. Nach außen hin wurde der Krieg mit Rhetorik über die „Befreiung" des Iran gerechtfertigt. Dieser Diskurs wurde nicht bloß von außen durch imperiale Gewalt aufgezwungen; insofern ihn bestimmte Teile der iranischen Gesellschaft akzeptierten, war dies das Ergebnis der Verwüstung, die das Regime selbst angerichtet hatte.

Die Tatsache, dass eine offensichtlich zynische Aneignung feministischer und demokratischer Sprache durch einen Siedlerkolonial- und Apartheidsstaat irgendjemandem glaubwürdig erscheinen könnte, ist an sich schon ein Maß für das Ausmaß der Verzweiflung im Iran. Netanjahus groteske Beschwörung der „Freiheit" ist ein eklatantes Beispiel für die imperiale Vereinnahmung des Diskurses über Befreiung. Die symbolische Vereinnahmung der emanzipatorischen Sprache von „Jin, Jiyan, Azadî" wurde nicht nur von Teilen der iranischen Rechten begünstigt, sondern auch von bestimmten westlichen liberalen Feministinnen, deren selektive Solidarität mit iranischen Frauen mit ihrem Schweigen über Völkermord, koloniale Herrschaft und Krieg in der Region vereinbar blieb.

Das ist nichts Neues. Wie Wissenschaftler*innen wie Lila Abu-Lughod und Mahmood Mamdani gezeigt haben, haben imperialistische Mächte wiederholt die Sprache der Frauenrechte, des Schutzes von Minderheiten und der Demokratie instrumentalisiert, um militärische Interventionen zu legitimieren – zum Beispiel im Irak und in Afghanistan. Bemerkenswert ist hier das Ausmaß, in dem dieser Diskurs in einer durch autoritäre Herrschaft geschädigten Gesellschaft Resonanz finden konnte. Jahrelange Unterdrückung, ideologischer Zwang und nationalistische Konsolidierung haben das politische Bewusstsein so stark gespalten, dass das, was normalerweise als imperiale Aggression erkannt würde, manchen als die einzig vorstellbare Lösung erscheinen könnte. Dies ist die Folge der systematischen Zerstörung innerer politischer Alternativen. Die Aufgabe der Analyse besteht daher nicht darin, moralische Urteile über diese Wahrnehmung zu fällen, sondern zu verstehen, was sie hervorgebracht hat. Was für ein Regime treibt die Menschen so weit, dass die Bomben eines externen imperialistischen Aggressors weniger unerträglich erscheinen als die Fortsetzung der innenpolitischen Herrschaft?

Hätte das Regime auf „Jin, Jiyan, Azadî" mit auch nur einem Funken Verantwortungsbewusstsein reagiert oder auch nur den kleinsten Raum für einen demokratischen Wandel geöffnet, wäre die Darstellung des Krieges als Erlösung eine Randerscheinung geblieben. Stattdessen kriminalisierte das Regime abweichende Meinungen, verschärfte die Unterdrückung von Kurd*innen, Belutsch*innen, Frauen und anderen oppositionellen Kräften und stellte jede Forderung nach Gerechtigkeit als ausländische Unterwanderung dar. Damit zerstörte es nicht nur die Voraussetzungen für einen inneren Wandel, sondern bereitete auch den Boden dafür, dass sich imperialistische Mächte unehrlicherweise als Befreier präsentieren konnten. Innerer Autoritarismus und äußerer Militarismus stehen nicht in einem einfachen Gegensatz zueinander; sie bedingen sich gegenseitig, auch wenn sie asymmetrisch bleiben.

Es ist entscheidend, diese Asymmetrie zu betonen. Es ist ein schwerwiegender analytischer und politischer Fehler, Israel und die Islamische Republik als gleichwertige Akteure zu behandeln. Während Israel die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten genießt, bleibt es der wichtigste externe Aggressor: ein Siedlerkolonialstaat, der in Gaza Völkermord begeht, die Westbank dauerhaft besetzt hält und ein umfassenderes Projekt der militarisierten regionalen Vorherrschaft verfolgt. Im Gegensatz dazu ist die Islamische Republik nicht der Architekt dieser imperialen Ordnung, sondern eines ihrer Ziele – auch wenn sie ein autoritäres und patriarchales Regime bleibt, das durch seine eigenen expansionistischen, quasi-imperialen Ambitionen (insbesondere in Syrien, wo ihre Intervention zu Massengräueln beitrug) tief in die Militarisierung der Region verwickelt ist. Israel und der Iran sind keine symmetrischen Mächte, aber sie sind tief miteinander verflochten. Jede nutzt auf ihre Weise den Krieg, um Krisen zu bewältigen: Israel, indem es militarisierte Gewalt nach außen richtet, die Islamische Republik, indem sie sich auf externe Bedrohungen beruft, um interne Unterdrückung zu rechtfertigen. In beiden Fällen fungiert der Krieg als konterrevolutionäre Kraft: Er zügelt die Hoffnung, schränkt die politische Vorstellungskraft ein und setzt patriarchale, nationalistische und etatistische Formen der „Ordnung" wieder durch – gegen den pluralistischen, feministischen und subalternen Horizont, den Jin, Jiyan, Azadî eröffnet haben.



Die politische Herausforderung ist also eine doppelte. Wir müssen dem Imperialismus nicht nur als militärischer Aggression entgegentreten, sondern auch als diskursivem Projekt, das sich die Sprache der Freiheit aneignet, um emanzipatorische Politik zu zerstören. Gleichzeitig müssen wir die innerstaatlichen autoritären Strukturen abbauen, die solche imperialen Aneignungen plausibel erscheinen lassen. Eine der iranischen Gegenwart angemessene Antikriegspolitik muss daher sowohl antiimperialistisch als auch antiautoritär sein. Sie muss die falsche Wahl zwischen Bomben und Massakern, zwischen Verwüstung und Gefängnissen, zwischen ausländischer Intervention und innerstaatlicher Unterdrückung zurückweisen.

Eine solche Politik aufrechtzuerhalten bedeutet, den revolutionären Inhalt von Jin, Jiyan, Azadî als lebendigen politischen Horizont wiederzugewinnen. Dieser Horizont lehnt die Reduzierung von Politik auf Militarismus ab, weigert sich, die Befreiung durch Krieg definieren zu lassen, und verhindert, dass sowohl imperialistische Mächte als auch nationalistische Eliten sich feministische, kurdische und subalterne Kämpfe aneignen. Die Frage ist nicht nur, wie mensch ein autoritäres Regime stürzt, sondern wie mensch verhindert, dass der Sturz der heutigen Ordnung den Weg für die Tyrannei von morgen ebnet. Solange der Wunsch nach Veränderung zwischen innerstaatlichem Autoritarismus und imperialer Aggression gefangen bleibt, wird Zerstörung als Erlösung getarnt.

Ein abschließendes Wort

Der Iran lässt sich nicht anhand simplistischer Gegensätze verstehen – Regime gegen Opposition, Krieg gegen Frieden, Reform gegen Revolution. Es ist sinnvoller, die gegenwärtige Situation als eine Konfrontation zwischen zwei Horizonten zu begreifen. Der erste, der durch „Jin, Jiyan, Azadî" eröffnet wurde, ist ein emanzipatorischer Horizont, der auf sozialer Gerechtigkeit, Pluralität und einem Wandel von unten beruht. Der zweite ist ein konterrevolutionärer Horizont, der verschiedene Formen annimmt – theokratisch, reformistisch, monarchistisch, campistisch, militarisiert, imperial.

Autoritarismus stützt sich nicht allein auf Repression. Er funktioniert auch dadurch, dass er Symbole vereinnahmt, linke Alternativen dämonisiert, innere Feinde erfindet, die Vorstellungskraft der Bevölkerung von Möglichkeiten entleert und Krieg als Lösung für Krisen legitimiert. Nach der Niederschlagung des Jina-Aufstands im Jahr 2022 ermöglichten Erschöpfung und Desillusionierung – geprägt von den Erinnerungen an die Jahre 2009, 2017 und 2019 – sowohl der Islamischen Republik als auch Teilen der im Exil lebenden Opposition, staatszentrierte Logiken, seien sie theokratischer oder nationalistischer Natur, wieder durchzusetzen und die revolutionäre Öffnung innerhalb des vertrauten Diskurses über Sicherheit, Männlichkeit und Ethnonationalismus einzudämmen.

Doch die Gewalt der Konterrevolution offenbarte zugleich die Kraft des Aufstands, den sie zu zerschlagen suchte. Wie es in Revolutionen unserer Zeit in einem internationalistischen Manifest heißt: „Hinter jedem Faschismus verbirgt sich eine gescheiterte Revolution." Israels Angriff auf den Iran sowie die begrenzte Unterstützung, die er von Teilen der iranischen Opposition erhalten hat, müssen als reaktionäre Reaktion auf einen abgebrochenen revolutionären Prozess verstanden werden. Die Unterdrückung von „Jin, Jiyan, Azadî" war nicht das Ende der Bewegung, sondern ein Beweis für ihre politische Kraft. Indem sie die Verflechtung von Geschlecht, Klasse, ethnischer Zuschreibung und Territorium in der autoritären Ordnung des Iran aufdeckte und einen Horizont pluralistischer Solidarität eröffnete, verfolgt sie die Gegenwart weiterhin als latente Alternative zur militarisierten Normalität unserer Zeit.

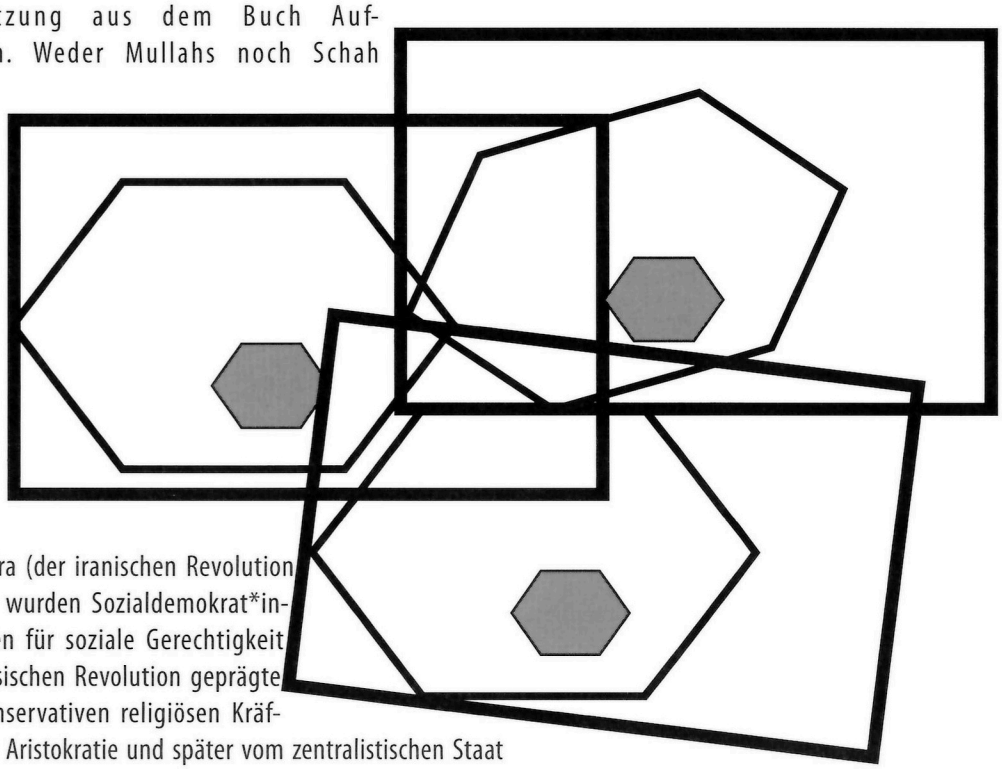
Wenn wir den Blick zurückwerfen, erkennen wir, dass die Abfolge der Repressionen im vergangenen halben Jahrzehnt einer einzigen Logik folgte. Die revolutionäre Möglichkeit, die sich 2022 eröffnete, wurde zunächst

symbolisch von Nationalist*innen angegriffen – darunter reformistische, republikanische, campistische und monarchistische Strömungen, insbesondere in der Diaspora –, dann vom Regime niedergeschlagen, vor allem im Massaker vom Januar 2026, und schließlich vom imperialistischen Krieg im Februar überrollt. In jedem Fall wurde die Möglichkeit eines Iran unterdrückt, der auf Gleichheit, Autonomie, Pluralität, sozialer Gerechtigkeit, der politischen Zentralität von Frauen und queeren Kämpfen sowie der Selbstbestimmung der Bevölkerungsgruppen gegründet wäre.

Externe Intervention vollendet die Revolution nicht. Vielmehr negiert sie diese. Sie verlagert den politischen Schwerpunkt weg vom Kampf der Bevölkerung, schwächt die Voraussetzungen für autonome Organisation und zwingt eine geopolitische Agenda auf, die der internen Dynamik fremd ist. Washington und Tel Aviv wollen keinen freien Iran, sondern einen Iran, der militärisch geschwächt , durch autoritäre Mittel intern stabilisiert und auf eine untergeordnete Position innerhalb der regionalen und globalen Ordnung reduziert ist – einen Iran, der so gezügelt ist, dass er keine geopolitische Bedrohung mehr darstellt, einen Iran, der wieder an den Westen gebunden und ausreichend kontrolliert ist, um die regionale Ordnung nicht zu stören. Sie wollen einen Iran, der nicht in der Lage ist, das Kräfteverhältnis neu zu gestalten, der keinen Einfluss auf den Kapitalfluss, die Einflusskorridore oder den Zugang zu Energieressourcen, insbesondere Öl, ausüben kann. Diese Art von „Stabilität" ist nicht der Frieden der Völker, sondern die politische Form, die erforderlich ist, um den Iran regierbar und ausbeutbar zu machen, damit er in die globale kapitalistische und imperiale Ordnung integriert werden kann.

Die Zukunft des Iran hängt daher davon ab, die politische Autonomie der populären Kämpfe zu bewahren. Das bedeutet, die Islamische Republik, die monarchistische Restauration, den sich anpassenden Reformismus und die von den imperialen Mächten auferlegte Kriegslogik abzulehnen. Die Herausforderung besteht nicht einfach darin, ein Regime zu beenden, sondern gleichzeitig zu verhindern, dass eine andere Form der Herrschaft entsteht.

Eine Übersetzung aus dem Buch Aufstand im Iran. Weder Mullahs noch Schah



Die Linke im Iran ist seit jeher in einer starken historischen Tradition verwurzelt, was zum Teil auf die Nähe des Landes zur Sowjetunion und deren Einflusssphäre zurückzuführen ist. Während der Verfassungsära (der iranischen Revolution von 1905–1911) wurden Sozialdemokrat*innen, Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und von der Russischen Revolution geprägte Gruppen von konservativen religiösen Kräften, der feudalen Aristokratie und später vom zentralistischen Staat unterdrückt. In den folgenden Jahrzehnten, insbesondere nach der Gründung der Tudeh-Partei in den 1940er Jahren und der Ausbreitung ihres Einflusses unter Arbeiter*innen, Intellektuellen, Frauen und sogar Teilen des Militärs, breitete sich im gesamten Staatsapparat und am Königshof eine strukturelle Angst vor dem Kommunismus aus, die in dem von den USA und Großbritannien unterstützten Staatsstreich von 1953 gipfelte, durch den Premierminister Mohammad Mossadegh gestürzt wurde. Dieser Moment markierte einen entscheidenden Wendepunkt in der systematischen Unterdrückung der iranischen Linken.

Mehr dazu erfahrt ihr in diesem Artikel von Yashar Darolshafa, einem linken politischen Aktivisten, der in den letzten Jahren mehr als vier Jahre im iranischen Gefängnis verbracht hat.

Fariba Adelkhah geht auf die staatliche Gewalt im Januar – ein in der modernen iranischen Geschichte beispielloses Massaker – nur am Rande ein und stellt sie stets in den Kontext von Bedenken hinsichtlich Ordnung, Stabilität, Sicherheit und der Ablehnung ausländischer Einmischung. Indem sie der Regierung ein gewisses Maß an Vertrauen entgegenbringt, strukturell manipulierte Wahlen als „wirklich kompetitiv" darstellt, den institutionellen Zwang zur Verschleierung herunterspielt und am Ende einer Woche des Blutbads andeutet, dass „vor der Abschaltung des Internets die Debatte im Iran vielleicht noch nie so offen gewesen sei", entschuldigt sie den iranischen Autoritarismus und spielt die politische Spaltung herunter, die die iranische Gesellschaft seit mindestens 2017 durchzieht. Der Text liest sich weniger wie eine getreue Schilderung der Lage, sonder eher wie der Ausdruck eines persönlichen Wunsches.

Bei bestimmten nationalen Minderheiten kommt ein weiterer Vorwurf hinzu: Für viele Kurd*innen, Belutsch*innen, Araber*innen und Türk*innen wird die Linke manchmal als eine Form des Mehrheitsnationalismus dargestellt, der am internen Kolonialismus mitschuldig ist.

von crimthinc

Wir gaben uns an diesem Tag unser tägliches Brot: Wir lehnen Mamie Clafoutis' Pain-opticon ab

Montreal, von Kanada besetztes Territorium

Im Geiste all der früheren Maifeiertags-Enteignungen betraten wir heute Morgen die Filiale von Mamie Clafoutis in der Rue Saint-Denis und füllten unsere Taschen, in völliger Ablehnung des eindringenden Blicks der Überwachung und der falschen Götter des Kapitalismus. In Zusammenarbeit mit dem Retail-Tech-Startup Leav rühmt sich Mamie Clafoutis damit, „eine neue Ära automatisierter Smart Stores einzuläuten". Dies ist der Beginn desselben Amazon-Go-Modells, das bereits andere Städte befallen hat und von den Medien als Innovation gepriesen wird. Wenn man sich über einen Gesichtsscan in ihrer App registriert, erhält man das „Privileg", in diesen automatisierten, bargeldlosen Bäckereien rund um die Uhr Brot kaufen zu können.Unbemannt und immer in Betrieb, zieht das Scan & Go-System bei Mamie Clafoutis Sie in Ihre eigene Überwachung hinein. Wir werden diesen Schrein der Kontrolle und Einengung nicht akzeptieren, der uns unter dem Deckmantel einiger Momente der Bequemlichkeit zermürbt. Hier muss es an der Wurzel abgeschnitten werden, bevor sich dieser yuppiehafte Tech-Slop-Lebensstil nicht nur auf jede Bäckerei, jeden Marktplatz, sondern auf jeden Moment des Austauschs von Zeit, Aufmerksamkeit und Zustimmung in unserem Leben ausbreitet. Wir haben diesen protzigen Laden, der Dinge des täglichen Bedarfs in Luxusartikel verwandelt, für deren Zugang man einen Gesichtsscan und eine Kreditkarte benötigt, mühelos gestürmt.

Diese Taten sind keine legendären Heldentaten, sondern einfach, in greifbarer Nähe und für immer in unserer Macht. Lebensunterhalt ist kein Produkt, das gescannt werden muss. Wir wollen diejenigen, die unter der Knute des Kapitals stehen, dazu inspirieren, sich alles zu nehmen, was ihre Hände, Taschen und Köpfe tragen können. Keine Kameras, keine Herren, kein Mamie Clafoutis!

Wir können alles mitnehmen – Fröhlichen 1. Mai!

via mtlcounterinfo

Eine Kritik der Roten Hilfe – Ein verspäteter Geburtstagsgruß

Zuallererst einmal muss festgehalten werden, dass Kritik an der Roten Hilfe (RH) nicht neu ist. Schon 1929 erklärte Erich Mühsam öffentlich seinen Austritt aus der Roten Hilfe und bereits während der Neugründung in den 1970er-Jahren gab es viel Kritik. Auch heute noch existiert ein Netz an Schwarz-(Roten)-Hilfen und Anarchist-Black-Cross Gruppen, die aufgrund der Arbeitsweise der RH lieber eigene Organisationen nutzen. Kritik an der Struktur oder tagespolitischen Entscheidungen der RH hat es also schon immer gegeben.

Das größte Problem ist der zentralistische Aufbau der Roten Hilfe. In Deutschland existieren mehrere Lokalgruppen der RH und zahlende Mitglieder. In den Ortsgruppen werden alle 2 Jahre Delegierte für die Bundesversammlung gewählt, diese wählen einen Bundesvorstand. Der Bundesvorstand hat weitreichende Befugnisse. Er entscheidet bei jedem Repressionsverfahren, ob eine finanzielle Unterstützung gewilligt wird oder nicht.

Es zeigt sich eine extreme Machtfülle beim Bundesvorstand und wenig Freiheit der Lokalgruppen. Eine freiheitliche Organisierung würde im Gegensatz dazu bedeuten, dass Lokalgruppen selbst über ihr Geld entscheiden können. In den meisten Fällen wurden Anträge von dem Bundesvorstand bisher bewilligt. Doch auch wenn es bisher Praxis war, kann bei inhaltlichen Differenzen schnell eine Absage und damit Entsolidarisierung erfolgen aufgrund der Machtfülle des Bundesvorstands. Eine Problematik, die beispielsweise eintrat bei anarchistischen Gefangenen in der UdSSR und auch heute beim Nahostkonflikt wieder aufkam. Es braucht somit endlich Selbstverwaltung statt autoritärer Bevormundung in Anti-Repressionsstrukturen. Eine föderalistische Struktur wäre nicht nur moralischer, sondern auch praktischer. Oftmals ist der Prozess bis zum Erhalt der Gelder wahnsinnig lang aufgrund des Weisungsweges. Aktivist*innen sind dadurch oft monatelang in finanzieller Unsicherheit und müssen immer in Vorkasse gehen. Da die meisten Angeklagten sehr jung sind und oftmals ihre Hauptaktivität politische Arbeit ist, ist das eine absolut sinnlose finanzielle Belastung. Selbstverwaltung und Autonomie schließen also Effizienz nicht aus, im Gegenteil, wie große basisdemokratischen Gewerkschaften wie die FAU immer wieder zeigen.

Falls nun Kritik kommt, dass dadurch keine Kontrolle der Ortsgruppen und Veruntreuung von Geldern möglich ist, wären Alternativregelungen denkbar, wie bei föderalistischen Gewerkschaften. Beispielsweise dass es Extratöpfe für Regionen gibt mit klaren Regeln für die Vergabe von Geldern (die auch eigentlich bereits existieren), Berichtspflicht der Lokalgruppen bei Entnahme, spontane Veto-Rechte anderer Lokalgruppen, jährliche rückwirkende Abstimmung der Lokalgruppen über die Entnahmeanträge oder notfalls Ausschluss von Lokalgruppen bei wiederholtem unsachgemäßen Verhalten. Natürlich sind demokratische Prozesse nie perfekt und aufwendiger, aber immer besser und weniger anfällig für Willkür und politische Einflussnahme als autoritäre Entscheidungsprozesse.

Der zweite große Kritikpunkt ist die patriarchale Einstellung der RH zu Ehre und Ehrlichkeit. Also der Bezug auf ein männlich geprägtes Wertesystem von Standhaftigkeit, Opferbereitschaft, Härte und Heroismus. Während fast alle politischen oder kriminellen Gruppierungen, von Hooligans, Clans, Salafisten bis zu Neo-Nazis versuchen mit der geringsten Strafe aus dem Ge-

richtssaal herauszukommen, haben wir als Linksradikale eine ganz eigentümliche Vorstellung von Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit im Strafprozess.

In den Prinzipien und gängigen Praxis der RH ist für finanzielle Unterstützung festgehalten, dass niemand seine Taten verleugnen, Reue zeigen oder Falschaussagen machen darf. Statt Gerichtsprozesse als kleine Rädchen der Disziplinargesellschaft zu sehen, stilisiert die RH diese als Bühne der Weltöffentlichkeit. Ähnlich wie kommunistische Parteien das Parlament zur Verkündigung ihrer großen welthistorischen Weisheiten nutzen. Die Frage ist, wen wollt ihr überzeugen?

Den Richter*innen oder Staatsanwält*innen ist komplett egal, wie gut die politische Begründung einer Tat ist. Im Gegenteil, jedes Statement wird als Uneinsichtigkeit oder Überzeugtheit der Angeklagten strafverschärfend gewertet.

Es könnte lustig sein, wenn es nicht so ernst für alle ist, die in den Fängen der Justiz stecken. Entscheidungen über das Leben von Gefangenen werden anhand von abstrakten Prinzipien festgelegt. Natürlich wird niemand direkt gezwungen keine Aussage zu machen, aber die Aussicht auf Streichung von Unterstützung bei der „falschen" Strategie ist Druck genug. Statt zu versuchen die geringste Strafe für die Betroffenen zu erhalten, will die RH Märtyrer*innen für die Bewegung herstellen. Jede gespielte Reue oder Einlassung wird als Schwäche angesehen. Jedes noch so geheuchelte Entschuldigung wird als „auf den Knien rutschen vor der Klassenjustiz" gewertet. Als ob es irgendjemanden von den Richtern, Bullen oder der Presse interessieren würde, wenn bei einem x-beliebigen Blockade-, Widerstand oder Sachbeschädigungsprozess ein Angeklagter gesteht oder sich entschuldigt, wenn die Tat ohnehin zweifelsfrei nachweisbar ist. (Und natürlich nur, wenn Anwält*innen dies als strafmindernd anraten und auch keine weiteren Personen belastet werden.)

Es kann natürlich bei groß inszenierten Prozessen oder medial viel beachteten Verfahren mit falschen Anklagepunkten Sinn ergeben, die Rechtmäßigkeit auch im Gerichtsverfahren anzuzweifeln und sich bis zuletzt als unschuldig zu bezeichnen. In allen anderen Fällen hat aber ein Text auf Indymedia oder eine Aussage in einem Interview bedeutend mehr Strahlkraft als eine Aussage vor Gericht.

Die RH muss also endlich mit der patriarchalen Vorstellung von „aufrechten Krieger*innen" brechen, die stets die Wahrheit sagen. Es muss eine Reflexion der Werte von Ehre, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit erfolgen, genauso wie eine Diskussion über die gewünschten Ergebnisse von Strafverfahren und ehrliche Einschätzung der Sinn- und Zweckhaftigkeit politischer Prozessführung. Der Text ist aber kein Aufruf zur Spaltung, sondern eher zu Einigkeit aufgrund föderalistischer und feministischer Prinzipien. Es ist eine öffentliche Kritik von außen, mit der Hoffnung, dass sich die RH ändert. Also dass einige, insbesondere neue Mitglieder, Diskussionen anstoßen und Strukturen ändern. Falls das nicht innerhalb der nächsten Jahre passiert, sollten Rätemarxist*innen, Autonome, Feminist*innen und Anarchist*innen sich aber überlegen, ob sie nicht doch eine Alternativstruktur aufbauen sollten.

Im Morgengrauen

mentale dekolonialisierung ohne praktische deindustrialisierung existiert nicht.

im grunde haben wir noch nicht einmal begonnen.

die urbane lebensweise und das teilnehmen an der verbürgerlichten moderne ist per se kolonial, sprich vergewaltigend.

es gibt keine linke, es gibt keine kunst, keine wissenschaft und keine organisation, die in irgendeiner weise positiv wirkt, solange sie nicht deindustrialisierung als voraussetzung für geistige dekolonialisierung begreift, genauso wie ohne die verwirklichung des männlichen in der frau, sowie des weiblichen im mann mensch nicht sein kann.

die flotilla kolonisiert, indem sie gutmenschlich die palästinenser retten, sie ‚füttern und wässern' will, wie es ghassan (Anm.: Abu-Sittah) so schön sagt.

der versuch auf die öffentliche meinung der moderne einzuwirken ist per se teil des bürgerlichen apparats und insofern systemstabilisierend.

es gibt keinen widerstand, ausser wir tun da, wo wir sind, alles, um die maschine zu stoppen (was zuallererst lediglich desertion sein kann, aus dem individualisierten überlebenskäfig der moderne, aus der trennung an sich, aus dem überleben), zuerst in mir, dann in der nachbarschaft gemeinsam… solange wir das individualisierte überleben nicht verlassen, aus dem technologisch ermöglichten traum-autismus nicht desertieren und sowohl wirkliches leben ohne geklaute energie, als auch geistige und soziale deprogrammierung in einem TUN, ist nichts von dem, was wir tun, etwas anderes als teilnahme an der aufrechterhaltung der alten raubritterordnung.

in der gegend rumzufliegen, um die welt zu retten, den glauben an das gute von schreibtisch oder bühne aus aufrechtzuerhalten – alles ausser umfassender desertion aus den bestehenden verhältnissen, sowohl mental als auch physisch, nur beides zusammen ist wirk-lich – ist komplizität, co-autorenschaft in der todesmaschine.

sowohl der die mentalen und sozialen strukturen nicht überwindende permakultur-fuzzi aufm land, als auch der elfenbeinturm-revolutionär am schreibtisch oder auf bühne, der sein leben auf der petroleumhungrigen alibispielwiese der bürgerlichen gesellschaft fristet – selbst wenn heroisch prekär – ist ein essenzielles rädchen im funktionieren der todesmaschine.

absonderung zur gemeinschaft, absonderung durch effektiv gemeinsames, in geist und körper, in maximaler entledigung von den elektroden im innen und aussen, ist das einzig wirklich andere. es gibt keine halben sachen, gabs noch nie, jetzt erst recht nicht mehr.

all die jungen revoltierenden im stil der soulevements leben davon, leben es momenteweise, notre-dame-des-landes ist das recent ur-beispiel, aber da es sich immer noch auf‚den kampf gegen' bezieht, zerfällt es nach‚dem sieg'.

auswilderung als das AllEine ritual, umfassend, stetig, unumkehrbar, langsam! – ist der einzige weg.

dekolonialisierung heisst wirklich zu begreifen – lebenderweise – dass schnelligkeit immer diebstahl bedeutet. ein flug zu einer dekolonialisierungskonferenz oder einem weltrettungseinsatz ist ein widerspruch in sich – auch wenn ich ihn wegdenke, er löst sich nicht auf. jeder applaus auf der bühne, und sei er für den herzzerreissendsten aufruf zur einheit des menschen, bedient unebenbürtigkeit, reproduziert anstatt aufzulösen. alle reformversuche sind selbstblenden, ein falsch aufgezäumtes pferd. um die jahrhunderte- wenn nicht jahrtausendealte galeere zu beenden, müssen wir im grundsätzlichsten von vorne anfangen, und das geht am ehesten mit 3, 5 oder 7 einzeln sich einenden in einem deindustrialisierten alltag.

am physisch kolonialen tropf dekolonisiert sich weder geist noch wesen. sich auf dem land zu verkriechen und an den blumen im eigenen garten zu riechen, dekolonialisiert nicht automatisch den geist. der revolutionäre urbanit ist so halb wie der weltabgewandte aussteiger.

der gegen die welt anrennende aktivist ist genauso halb wie der sich ins nichts meditierende. alles sackgassen, bruchstücke und behinderungen – symptome der grundsätzlichsten selbstlüge des westlichen geistes, genannt aufklärung, die ob ihrer bequemen leckerheit inwischen die ganze welt infiziert hat. die ausklammerung des unbegreiflichen (auch gott genannt) war der beginn der selbsttäuschung, damals schon im kampf gegen das aufflackernde bewusstsein, dass eigentlich wir die barbaren sind. die beseitigung gottes war der kunstgriff, um weiter plündern und vergewaltigen zu können. aber wie jede selbstlüge – je länger ich sie überdehne, desto tödlicher wird sie.

auswilderung hilft.

lediglich wenn praktisch-materielle und ökonomische, mit rythmischer, geistiger und sozialer auswilderung einhergehen, wird mensch. die deprogrammierung des haustieres ist ein holistischer prozess, es el camino que nunca deja de hacerse andando…

(Anm: „ist der Weg, der erst durch das Gehen entsteht")
es gibt keine bürgerliche befreiung.

es gibt kein industrielles paradies,

es gibt keine nehmende liebe.

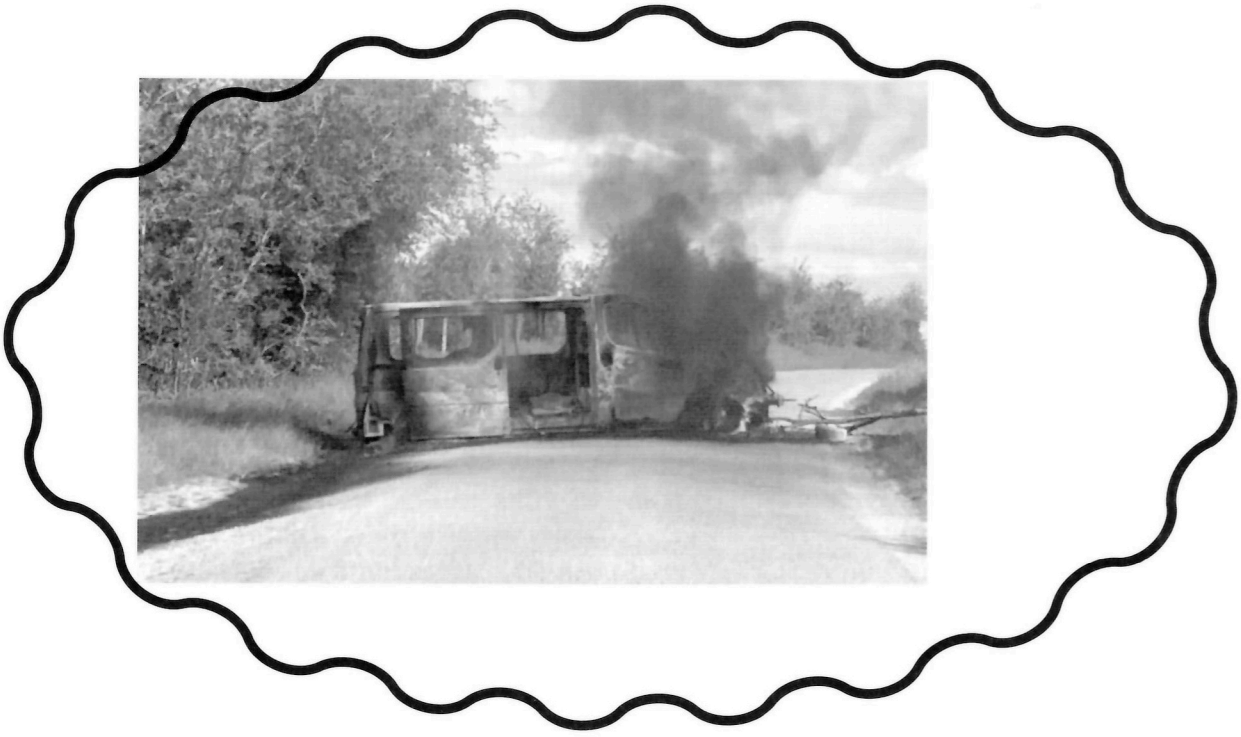
es gibt keinen ungekreuzigten jesus.

es gibt kein halbes draussen.

es gibt kein halbes ganz.

quien no cambia todo no camba nada.

(Anm: Wer nicht alles ändert, ändert gar nichts)



Alle Tage

Der Krieg wird nicht mehr erklärt,
sondern fortgesetzt. Das Unerhörte
ist alltäglich geworden. Der Held
bleibt den Kämpfen fern. Der Schwache
ist in die Feuerzonen gerückt.
Die Uniform des Tages ist die Geduld,
die Auszeichnung der armselige Stern
der Hoffnung über dem Herzen.

Er wird verliehen,
wenn nichts mehr geschieht,
wenn das Trommelfeuer verstummt,
wenn der Feind unsichtbar geworden ist
und der Schatten ewiger Rüstung
den Himmel bedeckt.

Er wird verliehen
für die Flucht von den Fahnen,
für die Tapferkeit vor dem Freund,
für den Verrat unwürdiger Geheimnisse
und die Nichtachtung
jeglichen Befehls.

Ingeborg Bachmann 1953

RHEINMETALL ENTWAFFNEN

KAMPF DEN KRIEGSTREIBERN

- FÜR UNSERE ZUKUNFT!

CAMP + AKTIONSTAGE IN KÖLN 1.- 6.9.

NATO-MANÖVER IN HAMBURG 24.-26.9.

autonomes Blättchen